

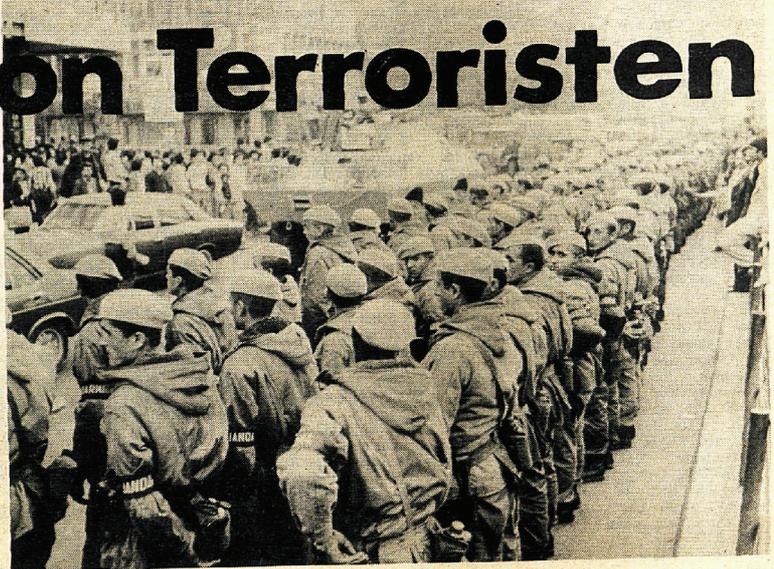


Ein Volk von Terroristen

oder wie man die Diktatur zu rechtfertigen versucht

3 453 „politische Verbrechen“ in vier Monaten davon sind
1 893 Verteilung von Flugblättern und plakatiere
202 Demonstrationen
37 Studentenaktionen

Kriegrechtkommandant von Ankara:
„Scharfe Protesteschreiben der verlängerten Armee der illegalen Organisationen werden ihre historische Stelle als Beweise der Auslandskontakten der illegalen Organisationen einnehmen.“



Nun wird die Opposition in der Türkei schon seit 5 Monaten mit den brutalsten Mitteln unterdrückt und es gibt auch nicht die geringsten Anzeichen einer Liberalisierung der Militärherrschaft, die mit dem Anspruch angetreten war, die Demokratie in der Türkei zu stabilisieren. Die blutige Repression der Bevölkerung wird dabei nach wie vor mit einem einzigen Argument gerechtfertigt: **BEKÄMPFUNG DES TERRORS.** Anscheinend sind die uniformierten

Machthaber aber so naiv, daß sie nicht einmal mit der Frage rechnen, ob man denn nun ganze Bevölkerungsschichten so mir nichts dir nichts zu Terroristen abstempeln kann. Sicherlich, es mangelt ihnen nicht an internationaler Unterstützung. So konnte man auf den Seiten 5/6 der in englischer Sprache in Ankara erscheinenden Zeitschrift DIPLOMAT (womit auch schon die Leserschaft dieses amerikanischen Propagandablattes bezeichnet ist) lesen:

„Es ist bekannt, daß neue Agenten im Ausland in modernen Guerillakampfmethoden ausgebildet werden, um auf verschiedensten Wegen so bald wie möglich Anarchie im Lande wiederaufleben zu lassen; aber nun, da die Quellen hinter diesen Aktivitäten bekannt sind und es keine Täuschung mehr darüber gibt, wessen Agenten diese 'Kommunisten' wirklich sind, haben sie wenig Aussicht auf Erfolg.“

Es wird dann zunächst Bedauern

über Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen aus dem Ausland geäußert und dann heißt es weiter:

„Jedoch arbeiten die Militärherrscher der Türkei mit einem sorgfältig vorbereiteten Plan, um diese Probleme auf einen Schlag und endgültig zu lösen... eine bestimmte Zeitspanne ist erforderlich, dies alles zu erreichen, ... und sie wird nicht durch Druck von außen beeinträchtigt werden.“

Fortsetzung Seite 2

AUS DEM INHALT:

	Seite
Diktatur in der Türkei Hilfe aus dem Westen	3
Junta Freunde vor Gericht	9
Faschismus und Revolution II	10
Folterberichte	14-17
Ein „ai“-Bericht	18
Wessen Politik macht Turgut Ozal?	19

Kein Pfennig für die Folterer!

Der Putsch vom 12. September 1980 hat die politische Landschaft in der Türkei in einer bislang nicht bekannten Radikalität verändert. Unter Hinweis auf die Militärputsche der jüngeren Vergangenheit wird immer wieder betont, daß die Armee in kürzester Zeit wieder zur Demokratie zurückkehren werde. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Junta eine ganz andere Auffassung vertritt. Sie ist entschlossen, die politische Bühne nicht eher zu verlassen, bis wirtschaftliche und politische Stabilität eingekehrt sind, was für sie bedeutet, daß der Ausbeutungsmechanismus vollständig installiert ist und nicht mehr die leiseste Kritik gegen ein mit mehr Machtbefugnissen ausgestattetes Regime geäußert wird.

FORTSETZUNG AUF SEITE 12

LETZTE MELDUNG!

Noch zwei Menschen wurden zu Tode gefoltert. In der Stadt Rize am Schwarzen Meer wurde der 27 jährige Ahmet Uzun eine Woche nach seiner Festnahme durch Folgen der Folterungen getötet. Ebenfalls in Adana starb der 24 jährige Cafer Dadogan im Polizeirevier.

Die Mauer des Schweigens durchbrochen Der Hungerstreik und seine Folgen



Daß Ihr Euch in einer Kirche im Hungerstreik befindet, geschieht nicht ohne Grund: Vielleicht merken auch in Europa viele Christen, daß wir Subversiven Nachfolger des schlecht gekleideten Proletariats und Visionärs sind, jenes professionellen Aufwieglers, hingerichtet als Feind des Systems.

Es grüßt und umarmt Euch Ernesto Cardenal

50 Tage dauerte der Hungerstreik oder das „Fasten bis zum Tode“, wie es in der türkischen Sprache bezeichnet wird, bis von den Hungernden erleichtert festgestellt werden konnte, daß sie mit ihrem Einsatz für das Schicksal ihrer Freunde und Angehörigen (fast) in vollem Umfang verstanden worden waren. In dieser Zeit hatten viele Hungernde auf Anraten der Ärzte die Aktion abbrechen müssen, da ihre Gesundheit in akuter Gefahr stand. Den über 150 Hungernden ist es aber zu verdanken, daß die Gesundheit von vielen Menschen in der Türkei gerettet werden konnte. Behcet Dintler konnten die Folterer in der Türkei noch umbringen, von den mit ihm festgenommenen weiteren 4 Demokraten mußten sie aber die Namen veröffentlichen, womit eine Ermordung (und auch weitere Folterungen) an ihnen verhindert werden konnte. Mit der Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit haben die Demokraten aber auch noch etwas anderes erreicht. Das wahre Gesicht der Militärdiktatur in der Türkei wurde in ein öffentliches Bewußtsein gerufen, das zuvor aufgrund einer fast kompletten Nachrichtensperre kaum etwas über das Treiben der blutigen Herrscher in der Türkei erfahren konnte.

Die breite Unterstützung dieser humanitären Aktion hat gezeigt, daß viele Menschen in der BRD zu dem schreienden Unrecht in der Türkei nicht mehr schweigen wollen. So wurden denn zuletzt auch die Kreise der verantwortlichen Politiker gezwungen, eindeutig Stellung zu be-

ziehen. Selbst, wenn sich die Bundesregierung als Hauptstützkraft des Militäregimes in der Türkei noch nicht von ihren Freunden distanzieren hat, so ist doch eines ganz klar geworden:

DIE MAUER DES SCHWEIGENS WURDE DURCHBROCHEN

Wenn wir hier in einem ersten Ansatz den Hungerstreik und seine Wirkungen darzustellen versuchen, so tun wir das nicht als reine Beobachter. Wir waren an seinem Aufbau und seiner Durchführung beteiligt, Freunde von uns haben mitgehungert, aber dadurch ist es nie zu „unserer“ Aktion geworden. Es waren zu viele an dem Gelingen dieser Aktion beteiligt, als daß man sie alle erwähnen könnte. Ihnen muß auch eine endgültige Auswertung überlassen werden.

1. Entstehung der Bewegung

Mitte Dezember 1980 traf die Nachricht von der Verhaftung von 5 Vertretern einer türkischen Jugendorganisation ein. Die Tatsache, daß in der Türkei nicht darüber berichtet wurde, konnte nur heißen, daß diese Menschen einer brutalen Folter unterworfen waren, um über ihre Freunde und Organisation auszu packen und dann klammheimlich um die Ecke gebracht zu werden. Im Falle von Behcet Dintler dauerte dies auch nicht lange. Nachdem seine Nieren durch die Folter einem großen Schaden erlitten hatten und er notdürftig für weitere Folterungen wieder geheilt worden war, ließ man ihn erneut nackt auf dem steinernen Boden des MAMAK-Gefängnisses liegen, so daß er schließlich am 15. 12.1980 an einer Lungenentzündung verstarb.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Ein Volk von Terroristen

Wenn man nun die Nachrichten, (bzw. Erfolgsmeldungen) der sogenannten Anti-Terror Kampagne genauer verfolgt, dann kann man den Eindruck bekommen, daß dieser engültige Schlag gegen die 'Anarchie' (sprich: Opposition) im Lande jetzt erfolgt ist.

Zunächst wurden nur täglich neue Zahlen über die erfolgreichen Verhaftungen von gesuchten Mördern und ihren Helfershelfern gemeldet. Danach wurde bei vielen Verhaftungen auch die entsprechenden Organisationsnamen genannt, die unter dem Kriegsrecht illegal arbeiten mußten und daher mit glatter Logik als terroristische Vereinigungen charakterisiert wurden. Als Letztes dürften die Leser dann noch beruhigt aufatmen, daß das Brüdermorden in ihrer Heimat nun um einiges abgenommen hatte. So hieß es, daß vom 12.11. bis zum 12.12.1980 nur noch 33 Menschen politischen Gewalttaten zum Opfer gefallen seien (Vormonat 48) und es nur noch 821 politische Verbrechen gegeben habe. Hiervon wurden 560 der Linken und 11 der Rechten zugerechnet. Der Charakter dieser 'anarchistischen' Verbrechen ist dann aber schon eher aufschlußreich. Allein 459 von ihnen wurden als Plakatkleber und Flugblattverteiler qualifiziert (ein Verbrechen, nach dem man wahrscheinlich auch in der Bundesrepublik viele Leute als Terroristen abstemeln könnte).

In dem erwähnten Zeitraum von einem Monat wurden 5.018 Menschen festgenommen. Kurze Zeit darauf erschienen die nächsten Zahlen, die sich auf einen Zeitraum von 2 Wochen (16.12.30.12.1980) bezogen. In diesem Zeitraum wurden 2.542 Personen festgenommen, wobei insgesamt 489 Verbrechen zu verzeichnen waren (385 von Links, 9 von rechts, und 345 qualifiziert als Plakatkleben und Flugblattverteilen). Auch die Schlagzeile dieser Nacht sprach von einer Abnahme der anarchistischen Vorfälle im Lande. Es gehören allerdings wahre Rechenkünste dazu, hier eine Abnahme feststellen zu können, denn 14 Tage auf einen Monat hochgerechnet (bzw. schlicht mit 2 multipliziert) hätte in beiden Fällen, Verhaftungen und Verbrechen, eine höhere Zahl ergeben, bzw. in etwa den gleichen Umfang gehabt. Zur Rechtfertigung der Überschrift diente denn auch die Zahl der Toten, die mit 15 angegeben wurde. Wieviele Opfer des uniformierten Terrors dabei verschwiegen wurden, bleibt einmal dahingestellt.

Immerhin sprechen auch die offiziellen Zahlen schon eine deutliche Sprache. 230 Tote in den ersten 4 Monaten der Militärdiktatur sind ein eindeutiger Beleg, daß politische Morde weiterhin zum Alltag der Türkei gehören, wobei sich lediglich der Charakter der politischen Gewalt geändert hat: wo zuvor die zivilen Kommandos wüteten, veranstaltet jetzt die Armee Schießübungen auf sogenannte Terroristen, die häufig nur noch tot festgenommen werden können. Die Zahlen für den Zeitraum der ersten vier Monate sind auch noch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Die Zahl der Festgenommenen wurde mit 32.537 angegeben (eine Kleinstadt von Terroristen).

Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die Anarchie im Lande noch nicht aufgehört habe, denn es seien in diesem Zeitraum immerhin noch 3.453 politische Verbrechen passiert, von denen 2.352 der Linken und 43 der Rechten zur Last gelegt werden. Und auch hier nehmen Aktionen wie Plakatkleben, Flugblätter verteilen (1.893), Demonstrationen (202) und Studentenaktionen (37) mit einer Summe von 2.132 die erste Stelle ein. Diese Zahlen dürften für sich sprechen, d.h., wer nach einer Definition des Anarchismus fragt, findet sie in diesen Zahlen.

Ein weiterer Schritt bei der Anti-Terror Kampagne sind die inzwischen zahlenmäßig nicht mehr zu erfassenden politischen Prozesse. Die Zahl der in diesen Verfahren beantragten Todesstrafen haben auch längst eine nachvollziehbare Grenze überschritten. Die Angeklagten sind sowohl Angehörige von illegal operierenden Organisationen, aber auch Vertreter von Berufsverbänden und Gewerkschaften, sowie Angehörige des Parlaments, die je nach 'Gefährlichkeit' für die Militärdiktatur alle unter dem Etikett 'Terrorist' abgestempelt werden.

In den Verfahren sind auf der einen Seite bekanntere Leute (Parlamentarier) in gesonderten Verhandlungen angeklagt, auf der anderen Seite finden sich dann aber die Massenprozesse gegen mehrere hundert Gewerkschafter oder einige zehn Angehörige von illegalen Organisationen, denen im wesentlichen die Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation zur Last gelegt wird. Der wohl größte Prozeß ist in Kurdistan gegen Mitglieder der PKK-Organisation eingeleitet worden. Die Anzahl der pauschal angeklagten 'Terroristen' mit 1.200 ist hier schon erschreckend.

Während man in den ersten Monaten noch den Eindruck haben konnte, als würde sich das Leben in der Türkei langsam wieder normalisieren (u.a. wurden Ecevit und Demirel wieder entlassen), so begann eine erneute Verschärfung nach Neujahr. Es war eindeutig nicht gelungen, die Opposition im Handumdrehen auszuschalten. Aus diesem Grunde wurden die Anstrengungen noch einmal verstärkt. Während man in entlegenen Teilen des Landes die 'Widerspenstigen' mit Hubschraubern und ganzen Militäreinheiten aufs Korn nahm, Häuser bombardierte und ganze Dörfer schlichtweg ausrödete, mußten in den Städten neben den Slumbegehren nun auch wieder bekanntere Vertreter des öffentlichen Lebens zur Abschreckung 'eingebuchtet' werden.

In Zusammenhang mit den Vorfällen in Fatsa wurden zwei CHP-Abgeordnete, Ertugrul GÜNEY und Temel ATEŞ am 20.1.1981 festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, der illegalen Organisation DEV-YOL Unterstützung gewährt zu haben. Zu diesen Abgeordneten aus der Provinz Ordu kam dann noch der Senator der CHP aus dieser Provinz, Orhan VURAL, gegen den beim Militärstaatsanwalt eine Untersuchung eingeleitet wurde.

Hatte man damit gerechnet, daß auf gewerkschaftlichem Sektor die Zügel mit der Zeit gelockert würden, so sah man sich auch hier getäuscht. Nachdem zunächst 68 Funktionäre der DISK (revolutionäre Gewerkschaftskonföderation) festgenommen worden waren (damit war nur ein Teil der 506 angeklagten Gewerkschafter festgesetzt worden), wanderten am 4.1.1981 noch weitere 15 Gewerkschafter hinter Gitter. Schließlich folgten ihnen am 20.1.81 noch einmal eine Anzahl von 223, gegen die ein Haftbefehl ausgestellt wurde, so daß von den 506 angeklagten Gewerkschaftern nun 306 im Gefängnis auf ihren Prozeß warten dürfen.

In der Zwischenzeit wurde aber bekannt, daß einige der DISK-Funktionäre im Ausland gesucht werden. Am 5.2.1981 war in der Presse zu lesen, daß insgesamt 34 Gewerkschafter mit einer Ausbürgerung rechnen müssen, wenn sie sich nicht bis zum 5.3.1981 den Sicherheitsbehörden gestellt haben. Schon einige Zeit davor wurde die Vorsitzende der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Behice Boran, in Abwesenheit mit 7,5 Jahren Haft verurteilt und ebenfalls mit der Ausbürgerung bedroht, wenn sie sich nicht umgehend stellen würde. In anderen Fällen werden Angehörige von in der Illegalität arbeitenden Organisationen zum Abschuß freigegeben. Auch

Öffentlich haben sie dann zu bekunden, daß ihr Tun in der letzten Zeit übel war und daß sie für sehr viele schreckliche Taten der Vergangenheit verantwortlich sind.

Ein Beispiel besonderer Art bot dabei die Sendung über Fatsa am 18. Dezember 1980. Über den ganzen Tag verteilt wurde auf diese Sendung zu einer Zeit mit hoher Einschaltquote aufmerksam gemacht, so daß auch jeder Bürger mit einem Fernseher (oder aber einem Cafe in der Nähe mit einem Fernseher) voller Spannung auf die "objektive" Berichterstattung über das "Revolutionstest" Fatsa wartete, über das Generalstabs-

(ein Vertreter der Regenbogenpresse und nach ihm noch weitere drei Redakteure der Tageszeitung 'HÜRRIYET' wurden festgenommen, weil sie eine Nachricht über die Inflationsrate im Lande nicht zurückziehen wollten). Jedoch können sie der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland, das heißt uns allen, nicht so leicht den Mund verbieten. Aus diesem Grunde begannen sie schon sehr bald mit einer Einschüchterungskampagne gegen die im Ausland lebenden Türken. Am 9.11.1980 hieß es, daß im Rahmen des Nationalen Sicherheitsrates ein Kontrollgremium eingesetzt worden sei, welches die Gegenpropaganda gegen die Türkei aus dem Ausland verfolgen soll. Gleichzeitig wurde die Kommission damit beauftragt, die Tugenden der Militärdiktatur auf geeigneten Wegen in die Medien des Auslandes zur Ausstrahlung zu bringen.

republik noch nicht so durchlöchericht ist, daß man ihnen hier kein Gastrecht einräumen würde. In praktisch allen Fällen ist nämlich das einzige Vergehen dieser Verfolgten, das Regime in mündlichen oder schriftlichen Stellungnahmen kritisiert zu haben. Dies ist - zumindest augenblicklich - in der Bundesrepublik noch nicht strafbar, so daß es die Pflicht dieses Staates ist, solche Bürger vor einer weiteren Verfolgung zu schützen.

Die Militärdiktatur hat neben dieser propagandistisch als Verbrechensbekämpfung aufgebauten Kampagne aber noch andere Möglichkeiten, ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. In ständig wiederkehrenden Fernsehsendungen werden verhaftete 'Militante' mit ganzen Waffenarsenalen gezeigt. Während die Kamera genüßlich von einer Ecke des Raumes (nicht selten ein Kino) zur anderen schwenkt und dabei die gesenkten Häupter der 'Gewalttäter' streift, werden einige Vertreter (vom sogenannten Führungskader) zur Abbeichte angehalten.

"Sofort nach diesen Festnahmen begannen scharfe Protestschreiben aus dem Ausland - von Personen und Organisationen, von denen seit jeher bekannt ist, daß sie die Türkei spalten wollen und welche ideologischen Ausrichtungen sie haben, und die die verlängerten Arme der illegalen Organisationen sind - einzutreffen, zu einem Zeitpunkt als innerhalb der Sicherheitskräfte nur einige Personen informiert waren. Sie enthielten die Behauptung, daß den Verhafteten Gewalt angetan würde. Diese Schreiben werden ihre historische Stelle als Beweise der Auslandskontakte der illegalen Organisationen einnehmen. ...

Auf diese Weise wird die große türkische Nation diese Abenteuer, die den Staat als unrechtmäßig und sich selber als rechtmäßig betrachten, und die den Eindruck der Stärke durch die Ungewißheit des Versteckens in dunklen Vorhöfen erwecken, im Tageslicht sehen und zusehen, wie sehr diese dunklen Personen, die sich in Lügen wohlgefällig und sich selbst mit Terror letzen wollen, unfähig und bedauernswert sind. ...

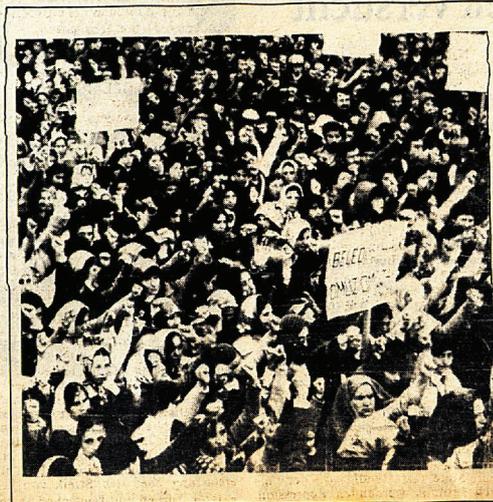
Hier folgt ein rhetorischer Schwenk zu den Gewerkschaftsbossen.

Die aufopfernde Arbeit der Sicherheitskräfte, die die Terroristen, die in geheimen Zellen in der Gesellschaft arbeiten, einen nach dem anderen verfolgen und fassen, ohne die Ruhe und Ordnung der Gesellschaft zu stören, und die durch die planvollen Verleumdungen der Organisationen, die spüren, daß sie in die Knie gezwungen wurden, gepregnet werden sollen, wird ihren echten Platz und Wert in der stolzen Brust der Nation erlangen.

Im Namen der Sicherheitskräfte sende ich meinen Dank und meine Hochachtung an die Bewohner des Gebietes, die mit gesundem Verstand und Geduld, insgesamt und als Gesamtheit ihren Platz an der Seite der Sicherheitskräfte einnehmen, an die Mitglieder des Lehrkörpers, die die Studenten vor den Vergewaltigungen der Anarchisten bewahren und gegen das Spiel aufzutreten, das mit dem Schicksal der türkischen Republik gespielt wird."

Dies ist nicht nur Demagogie, die alle Menschen, die ein Gewissen haben, zu Terroristen abstemeln will, sondern eine massive Drohung, auch nicht den leisensten Protest aus dem Ausland zu dulden. Diese Äußerung ist jedoch nicht das Einzige, was sich die Militärs in letzter Zeit als Gegenschlag gegen die demokratisch gesinnten Bürger haben einfallen lassen. Weitere Maßnahmen sind in dem Artikel 'Kein Pfennig für die Folter' enthalten.

Sollten Sie sich an den Protesten gegen die Folter und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beteiligt haben, so können Sie sich nun mit allen inhaftierten 'Terroristen' der Türkei eins fühlen, denn auch der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland wurde hiermit der Krieg erklärt.



chef EVREN knapp einen Monat später sagte:

"Wir hatten erklärt, daß wir zunächst die Anarchie bekämpfen würden und daß dann die verfassunggebende Versammlung zusammenzutreten würde. ... Aber wir haben sie noch nicht ganz ausgerottet. ... Im Kommunistenzentrum in Fatsa wurden im letzten Monat 350 Militante, 7 davon tot, festgenommen. Im Fernseher wurde gezeigt, wie die Ankara Organisation gearbeitet hat. Wenn wir noch gewartet hätten, hätten sie sich des Staates bemächtigt und diese Rede würden sie halten."

Evren am 15.01.81 in Konya

In der Sendung wurden dann einige ausgesuchte Bürger interviewt, die voller Lobes über die neue Ordnung waren. Es ist bekannt geworden, daß interviewte Einwohner, die auch nur den Anflug von Kritik an der Militärdiktatur vor der Kamera äußerten, nicht nur nicht ins Programm aufgenommen wurden, sondern gleich inhaftiert wurden. Der Betrug war jedoch für viele Zuschauer so eindeutig, daß dieser propagandistische Einsatz sein Ziel nicht erreichte.

Zwei der interviewten Bürger waren geschulte Faschisten, die nun als "Musterlandslaute" hingestellt wurden. Die Aussagen einer Mutter, deren Sohn von den Sicherheitskräften umgebracht und ihr dann mit der Bemerkung, ihn hätten die Revolutionäre umgebracht, vor die Füße gelegt worden war, beruhten schlicht auf falscher Information. Diese Mutter hätte in der gleichen Weise wie sie auf die Revolutionäre schimpfte, auf die Militärdiktatur geschimpft, wenn sie nur die wahren Mörder ihres Sohnes gekannt hätte.

Die Generäle haben auch schon frühzeitig eine weitere Gefahr für ihren diktatorischen Kurs erkannt. Die Massenmedien in der Türkei konnten sie mit entsprechenden Repressionsmaßnahmen zum Schweigen bringen

Ein weiterer Schritt war und ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsorganen, um angebliche Terroristen, denen es gelang zu flüchten, wieder zurückzuholen. Die Zeitungsnotiz vom 10.11.1980 sprach zwar nur von 4 rechtsextremistischen Terroristen, die speziell gesucht wurden, wobei die Helfershelfer gleich mit einer entsprechend hohen Strafe bedroht wurden. Aber wozu die Polizeispezialisten wirklich das Ausland aufsuchen, dürfte bekannt sein. Noch vor dem Putsch konnte die Auslieferung von Levent BEGEN an die Türkei nicht verhindert werden und nun sitzt schon der zweite, Semsi ÖZKAN, in Abschiebehäft. Was die gesuchten Faschisten anbetrifft, so stand in einer letzten Meldung am 5.1.1981 zu lesen, daß die deutsche Polizei beim Auffinden dieser Gewaltverbrecher nicht behilflich war, und daß die Täter von rechtsextremistischen deutschen Organisationen beschützt würden.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn die Anti-Terror Kampagne längst den Boden der Türkei verlassen hat. Die Gegenkampagne zur Anti-Folter Bewegung, sozusagen die Anti-Anti-Folter Kampagne hat mit starker Vehemenz eingesetzt. Sie zielt derzeit zwar noch in erster Linie auf die türkische Bevölkerung in der Bundesrepublik ab, wird aber in ähnlicher Form auch für die deutsche Bevölkerung zu erwarten sein. Die Erklärung des Kriegsvertragskommandanten von den Provinzen Ankara, Cankiri und Kastamonu, dem Korpsgeneral der 4. Armee, Recep EVREN ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich. Nachdem er zunächst voller Stolz davon berichtet, daß die gesamten Führungskader der illegalen Organisationen in Ankara verhaftet worden sind, fährt er fort:

hiervon sollen sich einige im Ausland befinden, die man dann auf diplomatischem Wege vor die Henker in der Türkei zitieren will. Hier kann man nur hoffen, daß für diese Verfolgten das Asylrecht der Bundes-



Diktatur in der Türkei Hilfe aus dem Westen

(Eine Auswahl von Presseberichten)

Institutionen keinerlei Schwierigkeiten bei der Fortsetzung der Kreditverträge zugunsten der Türkei... (so ein hoher Beamter der Weltbank)

2. Die ersten Monaten der Gewaltherrschaft— Schweigen im Westen

Nachdem schon die totale Beseitigung der Demokratie in der Türkei im Westen als notwendiger Schritt kommentiert worden war, konnte man auch nicht erwarten, daß das weitere Vorgehen der Junta größere Proteststürme im Westen auslösen würde. Im Gegenteil, was bis dahin als Hilfe noch nicht überwiesen war, wurde jetzt den zuverlässigen Partnern am Bosphorus eilig zugestellt, oder aber neu bewilligt (so u.a. eine Militärmilfe in Höhe von 600 Millionen Mark durch die Bundesregierung). Die deutsche Bevölkerung erfuhr in den ersten Monaten praktisch nichts über die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen der neuen Herrscher. In der bürgerlichen Presse standen kaum ein, zwei Zeilen über die enormen Verhaftungsoperationen, die Erschießungen von angeblichen Terroristen, der Art und Weise wie von den Generälen Ruhe und Ordnung im Lande hergesetzt wurde. Selbst die ersten Hinrichtungen seit über acht Jahren fanden kaum Beachtung in den westlichen Medien. Lediglich die alternative Presse berichtete fast ständig von der täglich brutaler werdenden Repression im Lande Türkei. Dabei mußte sie aber feststellen, daß dieses Interesse an einer demokratischen Entwicklung des NATO-Partners Türkei nur von wenigen geteilt wurde. So schreibt die 'TAGESZEITUNG' am 26.9.1980:

1. Erste Reaktionen auf den Putsch: wohlwollend

Obwohl der Sturz der Regierung in dem befreundeten Staat Türkei passierte, wurde ihm außer ein paar Schlagzeilen in den ersten paar Tagen nach dem Putsch keine weitere Bedeutung beigemessen. Allein in der alternativen Presse der Bundesrepublik waren kritische Zeilen zur Machtübernahme der Generäle zu lesen. Die Reaktion der Politiker, die anstelle von eigenen Kommentaren der großen Zeitungen übernommen wurden, zeigen denn auch die wohlwollende Haltung des Westens gegenüber der Errichtung einer Diktatur in unmittelbarer Nähe. Auch in diesen Äußerungen ist zu spüren, daß der Putsch erwartet wurde und durchaus den Interessen des Westens (mit finanzieller und militärischer Unterstützung in Milliardenhöhe am Schicksal der Türkei beteiligt) entgegenkam. In der 'WELT' konnte man denn auch schon am 13.9.1980 die Meinung von Willy Brandt wiederfinden:

Brandt auf die Frage ob er durch den Umsturz keine aktuellen Konsequenzen für die Haltung der BRD gegenüber der Türkei sehe. Aktuelle Konsequenzen für das Bündnis sehe ich jetzt nicht... Die Nachrichten von den Verhaftungen des Sozialdemokraten Ecevit und weiterer führender Repräsentanten der politischen Parteien in der Türkei erfüllen uns allerdings mit Sorge....

Die Politiker der anderen Parteien wichen in ihren Meinungen nicht sehr stark von diesen Einschätzungen ab. Wiederum die 'WELT' zitierte am 15.9.1980 Aussagen von dem CDU-Vorsitzenden Kohl, sowie Außenminister Genscher:

Vor dem Hintergrund der traditionell engen deutsch-türkischen Freundschaft erklärte Kohl, es müsse jetzt alles getan werden, um die jetzige schwierige Periode zu überwinden. Im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaftshilfe wandte er sich gegen die „Philosophie“ jener, die vor einer solchen Unterstützung warnen....

Wie Kohl sprach auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Hoffnung aus, daß in der Türkei möglichst rasch wieder demokratische Verhältnisse herzustellen

der Türkei in Europa e.V. (HDF) forderten auf einer Pressekonferenz in Hamburg die sofortige Einstellung jeglicher Finanzhilfe für die Türkei.

Vereinzelte Stimmen waren auch aus den Reihen von Einzelgewerkschaften zu vernehmen, die nur schwer ein Verständnis für die Inhaftierung aktiver Gewerkschafter aufbringen konnten. Aber auch dieser Protest konnte sich in der Öffentlichkeit kaum Gehör verschaffen, zumal ein entsprechendes Engagement im DGB nicht sehr verbreitet war. Neben der alternativen Presse griff nur noch der 'SPIEGEL' und die 'Frankfurter Rundschau' das Thema der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei auf.

3. Menschenrechte, Hungerstreik— die wahren Helfer der Türkei zeigen sich

Eingeweihte Kreise (wie amnesty international) waren natürlich längst informiert, daß in der Türkei der Alltag sich nicht innerhalb von rechtsstaatlichen Prinzipien abspielte und daß die Junta brutal wie jede Diktatur mit den Oppositionellen abrechnen wollte. Die Informationen drangen jedoch nur zu einem ganz geringen Anteil an die Öffentlichkeit. Der Hungerstreik in 10 bundesdeutschen Städten (Paris, Straßburg und Liege) traf dann zeitlich mit Aktivitäten in diplomatischen Kreisen zusammen, die inzwischen entschlossen hatten, auf verschiedenen Wegen die Situation in der Türkei zu überprüfen. Die regionale und überregionale Berichterstattung über den Streik von besorgten Türken und Deutschen brachte zudem das Problem Menschenrechte und Diktatur in der Türkei in das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten. Dazu berichtete die Tageszeitung vom 5.1.1981:

Seit Weihnachten haben in verschiedenen Städten der BRD und in

Kommunisten nicht schwer war, sich den berechtigten Forderungen der Hungerstreikenden anzuschließen, die aus Sorge um das Leben ihrer Freunde und Angehörigen ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten. Beispielsweise hier nur eine Meldung aus der 'FRANKFURTER RUNDschau' vom 9.1.1981 zitiert:

Die südhessischen Jungsozialisten haben zu Anfang dieser Woche einen eindringlichen Appell an Bundesfinanzminister Matthöfer gerichtet. Aus Anlaß des Hungerstreiks der Türken in Frankfurt, der sich zu einem Durststreik auszuweiten droht, erinnernden die Jusos den Frankfurter Bundestagsabgeordneten Matthöfer daran, daß „er einmal den Mut hatte, die Junta in Chile als „Mörderbande“ zu bezeichnen“. Einen Unterschied zur gegenwärtigen türkischen Militärdiktatur sehen die Jusos nicht.

Als dann dieser öffentliche Druck noch durch Berichte von Kommissionen, die die Türkei bereist hatten, unterstützt wurde, da geriet zum ersten Mal das feste Hilfsbündnis BRD-Türkei leicht ins Schwanken. Schließlich konnten sich die verantwortlichen Politiker den Ansichten eines Gewerkschafters wie Heinz Kluncker nicht verschließen. Sein Eindruck von der Türkeireise wird in der 'WELT' vom 16.1.1981 wiedergegeben:

Die Menschenrechte werden zur Zeit in der Türkei „mit Füßen getreten“. Diesen Eindruck gewann Heinz Kluncker, der das Land in seiner Eigenschaft als Präsident der Internationale der öffentlichen Dienste (IDÖ) besuchte. Der Gewerkschaftsdachverband und mindestens eine Einzelgewerkschaft seien „de facto“ verboten, die meisten ihrer Funktionäre in Haft, meinte Kluncker....

Es stehe für ihn außer Zweifel, daß zur Zeit in der Türkei gefoltert werde....



Ankara im September 1980 „nie zur Debatte gestanden habe, die Hilfe an die Türkei abzugeben“, machte der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Alwin Mählmann, deutlich, daß noch keine Entscheidung über die Hilfe an die Türkei gefallen sei.... Über die sich in den letzten Monaten häufenden Berichte über Folterungen und gravierende Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die von Özal als „nicht der Wahrheit entsprechend“ in Abrede gestellt wurden, weigerte sich Becker „Benotungen“ über diese Äußerungen Özals abzugeben.

Auch international gesehen waren sich die Politiker gar nicht mehr so einig, wie man mit der Türkei verfahren sollte. Der Beschluß des Europaparlamentes, konkrete Anzeichen einer Demokratisierung aus der Türkei bis zum Ende dieses Jahres zu verlangen, versetzte die Militärdiktatur der Türkei schon in helle Aufruhr. Dazu berichtet die 'SÜDDEUTSCHE ZEITUNG' vom 30.1.1981:

Eine erste Warnung an die türkische Militärdiktatur hat die Parlamentarische Versammlung des 21 Mitgliedstaaten umfassenden Europarats gerichtet. Fehlende Fortschritte in Richtung auf die Wiederherstellung der Demokratie werden mit einer Mitgliedschaft der Türkei im Europarat nicht vereinbar, heißt es in einer vom politischen Ausschuß im Plenum mit großer Mehrheit vorgelegten Entscheidung. Nach der der Versammlung vorliegenden Informationen würden die Menschenrechte in der Türkei nicht beachtet.

Wie sehr sich auch die offiziellen Stellungnahmen der westdeutschen Politiker geändert haben, wird in den vielen Zitaten deutlich, die im 'SPIEGEL' Nr. 6/81 vom 2.2.1981 zu finden sind. Fraglich ist nur, ob die Staatsvertreter auch langfristig bei einer solch kritischen Haltung verweilen werden. Auf alle Fälle aber müssen sie damit rechnen, daß sie in Zukunft wieder bei den hier vorgebrachten Worten genommen werden:

Er würde es begrüßen so Schmidt, „wenn sich die Gefängnisse leeren würden“....

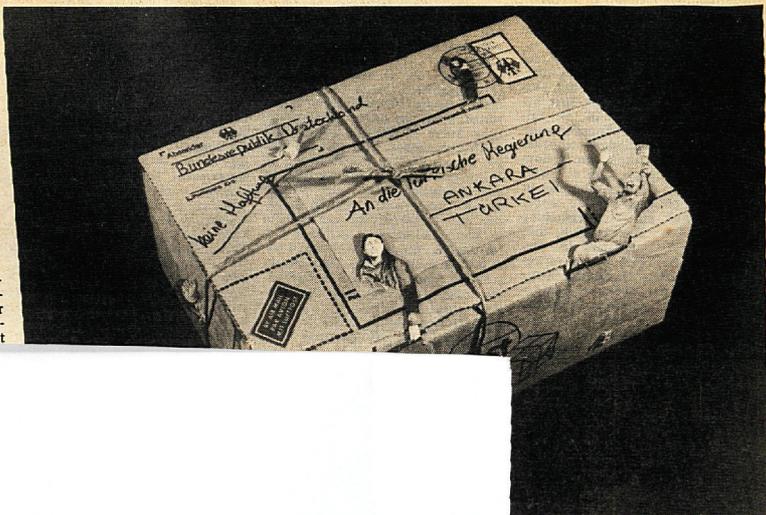
Zuvor hatte Finanzminister Hans Matthöfer den ökonomischen Chefplaner Özal bei einem Treffen in Washington wissen lassen, sein persönliches Engagement für eine neue Hilfsaktion sei abhängig von der in der politischen Entwicklung in der Türkei....

In der Bundesrepublik häufen sich die Proteste. Mit Hungerstreiks versuchen Türken und Deutsche in westdeutschen Städten die Bundesregierung auf die Mißstände in dem befreundeten Staat aufmerksam zu machen....

Die SPD-Parlamentarier Duve und Coppik wollen jegliche Militär- und Wirtschaftshilfe für die türkischen Militärs stoppen. Coppik: „Bei der Güterbewährung zwischen einer Stärkung der militärischen Südfanke der Nato und der Erhaltung elementarer Menschenrechte sollten wir uns für die Menschenrechte entscheiden“....

Der deutsche Botschafter in Ankara versucht abzuweigen. Die Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen seien, so berichtete Dirk Oncken, „von der hiesigen extremen Linken“, die nach „anfänglicher Desorientierung Tritt zu fassen sucht“; und von der „in Wahrheit linksradikal durchsetzten Istanbuler Rechtsanwaltskammer“ lanciert....

Doch die Bonner mögen ihrem Botschafter nicht so recht trauen. Eine Delegation von SPD- und FDP-Parlamentariern des Auswärtigen Ausschusses soll vor Ort selbst die Lage erkunden. Karsten Voigt: „Wir müssen wissen, wie es da wirklich aussieht“.



In Regierungskreisen hatte man anschließend doch einige Mühe, eindeutige Stellungnahmen zum Putsch, Verletzung der Menschenrechte und der Türkeihilfe abzugeben. Schließlich war der türkische Wirtschaftskordinator Turgut Özal just zu einem Zeitpunkt gekommen, wo in der bundesdeutschen Öffentlichkeit massenweise gegen die Folterungen in der Türkei protestiert wurde. Die Unsicherheit der Regierung in der Frage der Türkeihilfe kommt in folgendem Nachrichtenauszug aus der 'FR' vom 17.1.81 zum Ausdruck:

Während Regierungssprecher Becker zunächst auf Befragen „keinen Anlaß sah, sich zu äußern“, dann aber unter Hinweis auf die auf den deutschen Steuerzahler zukommenden Belastungen in Höhe von mehreren 100 Millionen Mark erwiderte, daß auch nach dem Militärputsch in

Die Mauer des Schweigens durchbrochen

Der Hungerstreik



Diese Nachricht traf just zu einem Zeitpunkt ein, als schon die ersten Aktionen angefallen waren. Vertreter der 'alternativen Türkeihilfe', Parlamentarier aus Belgien, Dänemark und der Bundesrepublik hatten in einer Protestwelle versucht, weitere Folterungen zu verhindern. Amnesty international startete eine 'urgent action' (=dringende Aktion) und war im Begriff, eine Kommission in die Türkei zu entsenden. Die Nachricht vom Tode Behcet Dinlerer zeigte in deutlichem Maße, daß allein verbale Aktionen nicht ausreichen würden, auch die anderen Freunde von einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Nachdem man am 20.12.1980 vom Ableben Behcets erfahren hatte, war klar, daß umgehend etwas unternommen werden mußte und man nicht erst auf eine Entscheidung der Kommissionen wie die des Europaparlaments, oder des Gewerkschaftsverbandes des öffentlichen Dienstes warten konnte.

In verschiedenen Komitees der 'Türkei-Solidarität' wurde die Möglichkeit von weiteren Aktionen diskutiert, wobei sehr rasch die Einsicht folgte, daß es nur noch ein Mittel gab, gegen die Folterungen zu protestieren. Der Entschluß, keine Nahrung mehr zu sich zu nehmen, konnte in drastischer Weise die Betroffenheit der hier lebenden Menschen aus der Türkei und ihrer deutschen Freunde verdeutlichen. Nachdem erst einmal eine Einigung über solche eine koordinierte Aktion erzielt war, konnte gezielt an den Aufbau herangegangen werden.

Mit dem Hungerstreik sollte gezielt auf das Schicksal von nun noch 4 Personen hingewiesen werden. Neben der Notwendigkeit zur Entscheidung einer Kommission mußte in den anderen Forderungen aber auch deutlich gemacht werden, daß diese Schicksale keine Einzelfälle darstellen. Damit war der Rahmen für die Ziele der Aktion abgesteckt. Hier noch einmal die Forderungen:

Wir fordern, daß

1. uns konkrete Angaben zum Schicksal dieser Personen gemacht werden, und daß diese umgehend einer ärztlichen Untersuchung unterworfen und behandelt werden.

2. die Bundesregierung auf diplomatischem Wege Informationen über das Schicksal der Gefolterten einholt, diese in der Presse bekanntigt sowie einer zu entsendenden Kommission diplomatischen Schutz gewährleistet.

3. Neben diesen unmittelbaren Forderungen drängen wir auf Maßnahmen des Europaparlaments, der Menschenrechtskommission oder ähnlicher Institutionen.

4. Die Namen von tausenden von Menschen, über deren Schicksal nichts zu erfahren ist, müssen veröffentlicht werden. Wir verlangen ein Lebenszeichen von diesen Menschen.

5. Wir fordern die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe an diese Militärjunta, die die fortschrittlichen Menschen in der Türkei zu tausenden foltern läßt und so viele in den Gefängnissen ermordet.

2. Der Aufbau

In der vorweihnachtlichen Zeit war es nicht in allen Städten möglich, die nötige organisatorische Arbeit in der Kürze der Zeit zu leisten. Im Laufe der Kampagne gegen die Folter in der Türkei beteiligten sich aber auch besorgte Kreise in anderen Städten, wo noch keine aktiven Komitees bestanden. In der unten aufgeführten Liste stehen denn auch mit Ausnahme von Köln (das erst spät begann) die Städte oben an, die aufgrund vorhandener Solidaritätskomitees diese Aufbauarbeit schneller leisten konnten. Neben den 10 bundesdeutschen Städten kam es später noch zu Solidaritätshungerstreiks in anderen europäischen Städten, wobei Straßburg hier eine Sonderstellung einnimmt. Der Hungerstreik hier erfolgte unter internationaler Beteiligung (6 Nationen waren vertreten) und begleitete die Sitzungen zur Mitgliedschaft der Türkei im Europaparlament. Hier nun die Übersicht über die Städte, in denen ein Hungerstreik stattfand, mit Anfangsdatum, Ort und Anzahl der Hungerstreikenden.

3. Der Verlauf

Da die Aktion sehr spontan entstanden war, blieben auch die organisatorischen Probleme nicht aus. Zudem bot es für die ersten Städte eine zusätzliche Schwierigkeit, daß in der weihnachtlichen Zeit, wo zumindest alle Deutschen, die nicht in Urlaub gefahren waren, sich in ihre familiären Kreise zurückgezogen hatten, nur schwer Kontakt aufzunehmen war. Auf der anderen Seite war der Zuspruch aus kirchlichen Kreisen besonders groß. Dies beschränkte sich nicht nur auf einen starken Besucherstrom der Kirchgänger, es gab auch in vielen Städten Pastoren und Priester, die sich in ihren Predigten bei gut besuchten Gottesdiensten mit der so gar nicht weihnachtlichen Situation in türkischen Gefängnissen auseinandersetzten.

Für die Hungerstreikenden und Betreuer ergaben sich praktisch in allen Städten die gleichen Schwierigkeiten. Ein Komitee mußte gebildet werden, das dann für die Koordinierung der anfallenden Arbeit zuständig war. Und hier gab es nicht wenig zu tun. Insbesondere mußte organisiert werden:

FORTSETZUNG VON SEITE 1

- Betreuung der Hungernden
- ärztliche Versorgung
- Küchenarbeit (Getränke)
- Information der Besucher
- Pressearbeit
- Flugblattaktionen (Stände usw.)
- parallele Veranstaltungen (folkloristische Solidaritäts- wie auch Informationsveranstaltungen)

Hinzu kamen ganz banale Dinge, wie das Besorgen von Seife und Handtüchern. Das plötzliche Zusammenleben von vielen Menschen gestaltete sich in der Regel jedoch nicht weiter problematisch. Im Gegenteil konnte in vielen Orten eine bislang nicht erlebte Kreativität erlebt werden. Das ging von gemeinsamen Singen über das Entwerfen von Plakaten bis hin zu selbst verfaßten Gedichten oder Hungerstreikliedern. An diesem Punkt hat nun etwas stattgefunden, was erst noch in seinem vollen Umfang aufgearbeitet werden muß. Noch nie gab es eine derart intensive Zusammenarbeit von Türken und Deutschen. Im alltäglichen Miteinander mußten die Wege der Kommunikation gefunden werden, wie zwischen nicht nur zwei Sprachen, sondern teilweise auch zwei Welten vermittelt werden kann. Diese Erfahrungen gilt es neben einer Menge anderer Eindrücke und Erkenntnisse aufzuarbeiten.

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich noch nicht sehr viel über die gemeinsamen und speziellen Erfahrungen aussagen. Es ist auch nicht möglich, im Detail die Aktivitäten der Komitees vor Ort zu schildern. Aus diesem Grunde werden wir hier nur auf die wichtigsten Schritte bei der Entwicklung einer Anti-Folter Kampagne eingehen.

ERSTES ZENTRALES TREFFEN IN FRANKFURT

Mit insgesamt 10 Städten, in denen ein Hungerstreik angefallen war, wurde am 11.1.1981 das erste zentrale Treffen der Hungerstreikkomitees abgehalten. Noch waren neben einer ständig anwachsenden Unterstützung aus der deutschen Bevölkerung keine konkreten Erfolge der Aktion abzusehen. Deswegen standen bei diesem Treffen Überlegungen im Vordergrund, wie noch zusätzlich zu den regionalen Reaktionen weitere Kreise angesprochen werden konnten. Die Hungerstreiks sollten dann in allen Städten, in denen eine Unterstützung durch gewichtige deutsche Organisationen wie den Gewerkschaften schon erreicht war, Demonstrationen (am folgenden Wochenende) organisiert werden. Auf diesem Treffen wurde auch die Idee eines zentralen Hungerstreiks in

Bonn und einer entsprechend vorbereiteten Pressekonferenz diskutiert.

REAKTION DER TÜRKIE AUF FORDERUNG 1

Schon einige Tage später war den türkischen Medien zu entnehmen, daß 204 Mitglieder einer linken Organisation innerhalb der letzten drei Monate mit einer 'Faustoperation' verhaftet worden seien. Unter den Namen waren auch die der 5 Demonstranten, über deren Schicksal die Hungerstreikenden etwas erfahren wollten. Auf ihr Schicksal ging dann die Erklärung der türkischen Botschaft in der BRD am 16.1.81 ein. Aus diesem Grund veröffentlichten wir diese Stellungnahme noch einmal in nahezu wörtlicher Wiedergabe:

Wenn man einmal all das ideologische Brimborium wegläßt, so bleibt in dieser Erklärung die Aussage übrig, daß „Behcet Dinlerer gestorben ist“ und „die anderen 4 Personen noch in Haft sind“. In der Türkei wurden die Personen sogar im Fernsehen gezeigt, womit man beweisen wollte, daß sie nicht gefoltert worden seien. Wichtig für die Hungerstreikenden war, daß sie jetzt davon ausgehen konnten, daß diese Menschen nicht mehr gefoltert würden. Sie hatten also mit dem Risiko für die eigene Gesundheit das Leben und die Gesundheit dieser 4 Leute gerettet.

Aber schließlich waren es nicht diese 4 Menschen alleine, die der Folter in der Türkei unterworfen wurden und werden. Deswegen konnte an diesem Punkt auch der Streik noch nicht abgebrochen werden, da die Erfüllung der 2. Forderung noch im Raum stand. Deshalb kamen die folgenden Aktionen auch noch als zusätzliche Steigerung.

DEMONSTRATIONEN BEI EIS UND SCHNEE

In vier Städten der Bundesrepublik wurden am 17.1.81 Demonstrationen durchgeführt, für die teilweise nur sehr wenig mobilisiert worden war. In Hamburg aber zeigte sich das Bild, das die ganze Streikbewegung schon ausgemacht hatte. Bei der Demonstration waren praktisch alle Organisationen mit einem linken und demokratischen Anspruch auf den Beinen, (wie man es sonst nur bei 1. Mai Demonstrationen erlebt). Hier zeigte sich die ganze Breite der Unterstützungs- und Unterbewegung. In den anderen Städten war zwar die Beteiligung nicht so stark, aber auch hier gab es zumindestens in der regionalen Presse eine positive Reaktion auf das Anliegen

der Hungerstreikenden. Während es in Hamburg 3.500 Menschen waren, die trotz Eis und Schnee bei dem Protest gegen die Folter in der Türkei mitmarschierten, waren es in Frankfurt 800, in Ulm 700 und in Nürnberg 300 Demokraten, die ihren Protest auf die Straße trugen.

TREFFEN ZUR ZENTRALISIERUNG

Inzwischen hatte auch der Vorschlag einer Zentralisierung des Hungerstreiks konkrete Formen angenommen. Zu diesem Zweck wurde am 19.01.1981 noch ein Treffen aller Streikkomitees in Hamburg veranstaltet. Praktisch schon am nächsten Tag bestand dann die Aufgabe der Komitees in einer Verlegung der Hungergeschwächten nach Bonn.

DIE ELFTE STADT IN DER BRD BEGINNT DEN HUNGERSTREIK

Es hatte schon enorme Kraftanstrengungen aller Organisatoren gekostet, die Hungerstreikenden wohlbehaltend nach Bonn zu transportieren, aber hier wurden sie mit zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Obwohl der VDS Räume für ca. 100 Personen zugesagt hatte, reichten die Räumlichkeiten hier maximal für 60 Personen aus. Am 20. und 21.1.81 trafen aber insgesamt 121 Hungerstreikende (unter ihnen immer noch 5 Deutsche) und 30 Betreuer ein, die alle untergebracht werden mußten. Zum Glück sprangen hier der Bundesvorstand der Falcken mit Räumen und auch sonst großzügiger Unterstützung ein. Auch die ESG stellte noch Räume für 24 Personen zur Verfügung, so daß dieses Problem gelöst werden konnte. Aber es standen noch weitere an.

Bonn war nicht so einfach die Zusammenfassung der regional erarbeiteten Kontakte und Artikulationsmöglichkeiten. Hier mußten alle Kontakte von Neuem aufgebaut werden und all die Dinge erneut organisiert werden, die in den einzelnen Städten auch schon organisiert worden waren. Es ging um medizinische Betreuung genauso wie um die Organisation von zusätzlichen Veranstaltungen. Besucher mußten informiert werden, ein ständiger Informationsstand in der Innenstadt mußte betreut werden und die Kontakte auf nun höheren Ebenen mußten geknüpft werden. Wie schon für 10 Städte zuvor ist es auch für Bonn nicht möglich, diese ganze Arbeit ausführlich in einem Bericht wiederzugeben. Wichtig ist aber noch, zu erwähnen, daß zu all den typischen örtlichen Schwierigkeiten in Bonn noch die Abgeschiedenheit von Freunden und Bekannten aus den

und seine Folgen

einzelnen Städten hinzu kam, was nicht zu unterschätzende psychologische Probleme bei den Streikenden verursachte.

Das konnte nur dadurch überwunden werden, indem man merkte, daß es nun langsam aber sicher zu einem positiven Abschluß kam. Hieran waren wiederum die örtlichen Komitees in nicht unwesentlichem Ausmaß beteiligt. Wir bringen hier einen Auszug aus dem Rundschreiben an die örtlichen Komitees, wo die Situation nach dem Umzug sehr gut wiedergegeben ist.

Aber auch eine andere Welt ist uns in Bonn inzwischen begegnet: Die erschreckende Kälte eines bürgerfremden, sich abschottenden Verwaltungsapparates, worin sich ein einfacher Bürger mit seinem Anliegen wie im kalten, klebrigen Netz einer Riesenspinne verfängt.

Wir stehen mit unserer Demonstration vor einer Mauer des eisigen Schweigens. Unsere Versuche, diese Mauer zu durchbrechen, waren bisher erfolglos. Wir sind bisher mit unseren Forderungen auf der Ebene einiger gutwilliger SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneter, die auch schon in unseren Heimatstädten zu uns kamen, steckengeblieben.

Die Ebene, auf der Wirtschaft und Militärlieferanten in Milliardenhöhe ausgehandelt wird, wo die Konsequenzen für Menschenleben offensichtlich keine Rolle mehr spielen, ist uns mit unseren rein humanitären Forderungen um Einhaltung auch nur der mindesten Menschenrechte bisher völlig verschlossen. Hier zählen als Personen nur Menschen ab stellvertretende Ministerpräsidenten aufwärts - vergleiche den Besuch von Turgut Ozal zur Aushandlung weiterer Finanzspitzen - die sicherheitspolitisch und ökonomisch interessante Räume von zigtausend Kilometern anzubieten haben.

Diese Regierung hier wird nicht auf ein paar Menschen reagieren, die sich für mehr Menschlichkeit zu Tode hungern. Diese Regierung wird nur auf den Druck reagieren, der von vielen ausgeht, die hinter den Hungerstreikenden stehen. Diese Regierung die nur in diesen großen Kategorien denkt, obwohl sie sich uns als bürgerlich angepriesen hat, muß zu spüren bekommen, daß sie von vielen Menschen mit ihrem Gerede von Demokratie und Menschenrecht in die Verantwortung genommen wird. Dies ist nicht allein unsere Sache, sondern hier seid ihr alle in Euren Städten usw. aufgefordert worden, verstärkt die Sache, die wir hier in Bonn vertreten, bei Euch zu Eurer Sache zu machen und massiven Druck auszuüben. Wir haben nicht mehr viel Zeit, weil unsere Kräfte bald am Ende sind.

Es schien also in den ersten Tagen in Bonn wieder eine eiserne Mauer des Schweigens aufgebaut zu sein, wenn man einmal von dem positiven Echo auf der Pressekonferenz am 21.1.1981 absieht, wo allerdings in der Berichterstattung der Hungerstreik meistens erst an zweiter Stelle nach der alternativen Türkeihilfe rangierte.

PRESSE - UND RUNDFUNKARBEIT

Langsam aber sicher stellten sich nicht nur regional (in der Bonner Presse) Erfolge ein. Es wurden Telefoninterviews mit den verschiedenen Rundfunkanstalten gegeben. Im ZDF-Journal erstlichen die längst erwartete Berichterstattung und auch die Tagesthemata brachten einen Beitrag zu den Menschenrechten in der Türkei. Das „Auslandsjournal“ im 3. Programm schließlich widmete der aktuellen Lage in der Türkei ganze 45 Minuten, wobei als Spezialisten neben Steiner und Thüsing auch Jürgen Roth zu Wort kam.

ANKETTUNG AN DER BOTSCHAFT

Mit einer spektakulären Aktion sollte in Bonn noch einmal die Aufmerk-

samkeit der deutschen Bevölkerung auf das menschliche Anliegen der Hungerstreikenden gelenkt werden. 20 Mitglieder des christlichen Friedensdienstes ketten sich am 26.1.1981 an die türkische Botschaft, woraufhin wohl einige Botschaftsangehörige bei dem großen Polizeiaufgebot einen terroristischen Angriff befürchteten und das Gelände nicht mehr betreten. Während dieser Aktion in der türkischen Presse unter der Überschrift „Angriff auf die Botschaft“ große Schlagzeilen fand, ging praktisch nur die regionale Presse von Bonn hierauf näher ein. Immerhin verspürte man in der nächsten Zeit, daß die parlamentarischen Kreise direkt angesprochen waren, so daß auch ein Erreichen der 2. Forderung nach Entsendung einer Kommission in erreichbarer Weite stand.

ENTSENDUNG EINER KOMMISSION ZUGESAGT

Nachdem die Koordinierung der Hungerstreikenden in Bonn schon vorher in informellen Kontakten zu einigen Parlamentariern gestanden hatte, wurde am 28.1.1981 unter der Federführung von der FDP-Abgeordneten Schuchardt die Zusage für die Entsendung einer Untersuchungskommission gemacht. Am 30.1.1981 war diese Meldung in der deutschen Presse und am 31.1.81 auch in der türkischen Presse zu vernehmen. Offiziell wurde diese Zusage auf einem Treffen von 3 Hungerstreikenden und 2 Komiteemitgliedern mit Dohnany am 29.1.81 gegeben. Bei diesen Verhandlungen wie auch bei einem Treffen mit Ehmke stand die eigentliche Forderung der Hungerstreikenden nach der Entsendung einer unabhängigen Kommission

nach zur Debatte, wesentliche Fortschritte konnten bei diesen Verhandlungen nicht mehr erzielt werden. Selbst, wenn zu befürchten ist, daß eine parlamentarische Kommission mit Ergebnissen aus der Türkei zurückkehren wird, wie sie derzeit schon von der Junta veröffentlicht werden (Folterungen werden in gewissem Umfang zugegeben, aber die Verantwortung dafür abgelehnt), so ist doch das Faktum, daß überhaupt eine Kommission aus der Bundesrepublik in die Türkei reisen wird, ein großer Erfolg der Hungerstreikaktion. Aus diesem Grunde war ein noch längerer Aushalten der Hungernden (für manche waren es schon 50 Tage) nicht mehr einzusehen und mit einer Bekräftigung der ursprünglichen Forderungen (unabhängige Kommission, Untersuchung aller zweifelhaften Fälle, Informationen über das Schicksal von Verschollenen verbunden mit der Forderung die Hilfen für dies Folterregime einzustellen) wurde die Aktion mit einer Pressekonferenz am 10.2.81 abgeschlossen.

4. Die Unterstütztkreise

Die Aktion kann nur deshalb so erfolgreich sein, weil von Anfang an Menschen der verschiedenen politischen Färbung das humanitäre Anliegen unterstützt hatten. Dies waren vor allem kirchliche Kreise, die bei der Bereitstellung von Räumen, aber auch in der aktiven Arbeit bis hin zu Protestschreiben eine Vorrangstellung einnahmen. Unter den Solidaritätsadressen waren sehr viele bekannte Persönlichkeiten aus den Kreisen der aktiven Katholiken und Protestanten. Natürlich ist auch die

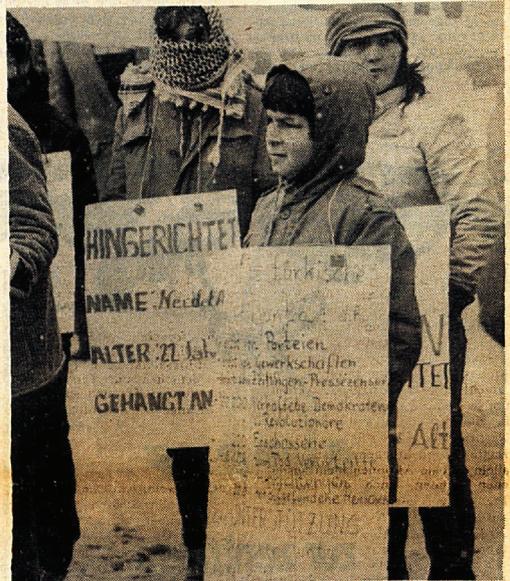
Mitarbeit von Angehörigen linker Organisationen zu erwähnen, aber in gleichem Maße beteiligten sich auch unorganisierte Personen. Mit Befriedigung ist aber festzustellen, daß Solidaritätsadressen von praktisch allen Organisationen eintrafen, zumindest ist uns nicht bekannt, daß sich irgendeine deutsche Organisation von den Zielen des Hungerstreiks distanziert hat. Lediglich FIDEF, als Anhänger der TKP meinte auf dunkle Kreise hinter dem Hungerstreik hinweisen zu müssen. Zur Durchsetzung der Forderungen war die Unterstützung von bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens genauso wichtig wie die schon frühzeitige Unterzeichnung der Forderungen durch einige fortschrittliche Parlamentarier. Vor Ort zeichnete sich jedoch etwas ab, das Hoffnungen für eine Weiterarbeit weckt. Die Verantwortlichen auf unteren Ebenen der Parteien waren sehr schnell bereit, das Anliegen der Hungerstreikenden zu unterstützen. Sie hatten schließlich auch Gelegenheit vor Ort sich über die ehrlichen Absichten der Hungerstreikenden zu informieren. So kam es denn auch zu solch positiven Beschlüssen wie diesem der Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg:

...Daß dieser Brief (von Frau Hamm-Brücher an Pfarrer Purrer) ein Versuch sein würde, die Haltung der Bundesregierung und die Ablehnung der Forderungen der Hungerstreikenden Kollegen zu rechtfertigen, dachte ich mir, ehe ich ihn gelesen hatte.

...Persönlich erschüttert hat mich insbesondere eine Stelle in Deinem Brief, ein Satz, eine Begründung für die ablehnende Haltung der Bundesregierung: „Zu starke offizielle Einmischung des Auslands könnte jedoch nach Ansicht aller Kenner türkischer Mentalität einer positiven Entwicklung eher entgegenwirken.“

Ist Dir denn gar nicht aufgefallen, was für ein Rassismus und Chauvinismus in diesen Worten steckt? Hast Du Dir einmal überlegt, welche Beleidigung für jeden demokratisch gesinnten Türken es bedeutet, wenn ihm eine gemeinsame „Mentalität“ mit den Generälen, Blatirchern und Folterknechten angedichtet wird, die seine Brüder ihrer Freiheiten berauben, sie quälen und ermorden?

...Wenn Dir Dein Ruf als engagierte Demokrat, den Du einmal besessen hast, bevor Du Regierungsposten bekamst, etwas wert ist, soll-



Betr.: Menschenrechtsverletzungen in der Türkei / Hungerstreik in der St. Stephanusgemeinde in Hamburg

test Du Dich außerdem in dieser Bundesregierung einsetzen für die Forderungen der türkischen Kollegen und Freunde im Hungerstreik.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat in ihrer Sitzung am 12. Januar 1981 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

1. mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Informationen nachzugehen, daß in der Türkei die Menschenrechte erheblich verletzt werden, insbesondere daß tausende von Menschen ohne richterliche Anordnung im Gefängnis festgehalten und daß sie dort gefoltert werden;
2. einer unabhängigen Kommission, die sich in der Türkei darüber informieren soll, ob die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen zutreffen, die für diese Aufgabe notwendige diplomatische und finanzielle Unterstützung zu gewähren;
3. bei Bestätigung dieser Informationen ihren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß nachdrücklich dahingehend geltend zu machen, daß die Türkei ihrer Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte gemäß Nato-Vertrag und gemäß der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte nachkommt.

Nur an einigen Orten gelang es, die Unterstützung gewerkschaftlicher Kreise zu erlangen, wenn man einmal von der positiven Reaktion des Bundesvorstandes der GEW absieht. Dafür ist das Echo in den Medien durchweg als positiv zu bewerten. Schließlich gelang es auch, mehr als nur die örtliche Presse anzusprechen.

Vergessen werden sollten aber nicht die unzähligen Briefe, die allerorts an die verantwortlichen Stellen geschickt wurden. Hier nun Auszüge aus einem offenen Brief von Michael Brücher an seine Tante Hildegard Hamm-Brücher im auswärtigen Amt:

ERKLÄRUNG DER TÜRKISCHEN BOTSCHAFT IN BONN ZU DEN FOLTERVORWÜRFEN (16.01.1981)

„In den letzten Tagen ist zu beobachten, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Kampagne begonnen wurde, die darauf abzielt, daß in der Türkei gefoltert wird, und daß von manchen zielbewußten Gruppen alle Möglichkeiten benutzt werden, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen...“

Im Folgenden wird auf die lautereren und heeren Absichten der türkischen Streikkräfte bei ihrem Eingreifen vom 12. September 1980 hingewiesen: daß sie die Demokratie erneut aufbauen und ihr zum Funktionieren verhelfen wollen, daß in der Türkei Unversehrbarkeit des Lebens von Gefangenen und das Verbot der Folter laut Gesetz geregelt sei.

Es lohnt sich, im Zusammenhang mit den Festnahmen in der Türkei, den Personen und Institutionen, die rein aus menschlichen Überzeugungen und lautereren Absichten einige Behauptungen aufstellen, folgenden Punkt erneut in Erinnerung zu rufen: in der türkischen Republik existiert keine bewußte, systematische Folterpraxis, die ein Element der Verhörer ist...

Es wird zwar zugegeben, daß es in vereinzelt Fällen zu Gesetzesübertretungen gekommen sein kann, diese Vorwürfe aber jedes Mal im juristischen Rahmen untersucht würden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden.

In den letzten Tagen ist zu beobachten, daß einige Kreise absichtlich und systematisch wahrheitswidrige Nachrichten produzieren und Behauptungen aufstellen. Beispielweise wurde als Tatsache vorgegeben, daß fünf Leute - namentlich genannt - gefoltert wurden,

einer an den Folgen der Folter gestorben sei und das Schicksal anderer ungeklärt sei. Von diesen Personen, die einer aktionistischen linken Gruppe angehören, wegen verschiedener terroristischen und Mordaktionen angeklagt sind und von den Sicherheitskräften festgenommen wurden, ist Behcet DİNLERER, von dem behauptet wird, daß er aufgrund der Folterungen im Gefängnis gestorben sei, nach Erkrankung am 30. November 1980 in ein ziviles Krankenhaus eingeliefert worden und am 15. Dezember in diesem Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben.

Die anderen 4 Personen, von denen behauptet wird, daß ihr Schicksal unklar sei, und die 25 Morde und viele Terrorakte vorbereitet haben und einer linken Organisation angehören, sind noch in Haft. Von ihnen sind keine Beschwerden gekommen, daß sie gefoltert worden seien. Die angesprochenen 4 Personen wurden zusammen mit anderen Angehörigen der linken Organisation am 11. Januar 1981 den Mitgliedern der Presse und der Öffentlichkeit im Fernsehen einen langen Zeitraum gezeigt und interviewt. Von ihnen haben zwei außerdem vor dem Fernsehen gesprochen und erklärt, daß sie führende Leiter der angesprochenen linken Organisation seien.

Von allen Fernsehzuschauern wurde auf diese Weise gesehen, daß die Personen, von denen behauptet wird, daß sie in mörderischer Weise gefoltert werden, oder daß ihr Schicksal nicht klar sei, keine Anomalität ihres Gesundheitszustandes aufwiesen.“

Der Hungerstreik und seine Folgen **brd-info**

FORTSETZUNG VON SEITE 5

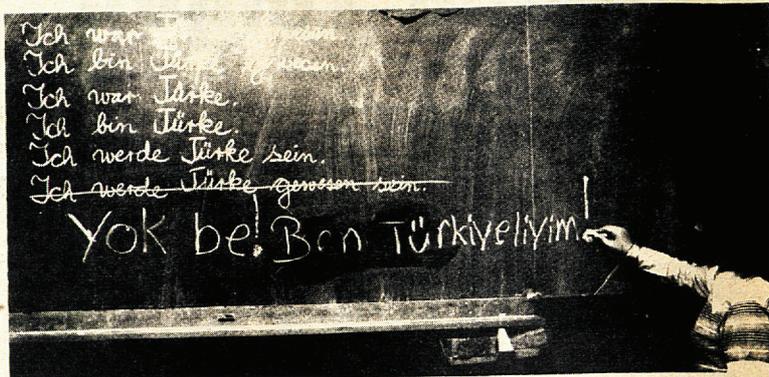
derungen, so daß ein jeder sich bei diesen Aussagen mit den Zielsetzungen identifizieren konnte. Es waren Forderungen in einem humanitären Rahmen, die eine breite Unterstützung ermöglichten. Das gewählte Kampfmittel Hungerstreik verstärkte die Dringlichkeit der Forderungen, da die Streikenden sich hiermit selbst in Lebensgefahr begaben, um das Leben anderer Personen zu retten. Dieser selbstlose Einsatz traf zusammen mit dem christlichen Motiv der Nächstenliebe, das besonders in der Weihnachtszeit unter der deutschen Bevölkerung stark zur Geltung kommt.

Innerhalb der Organisationsform ist die Zusammenarbeit von Deutschen und Türken schon besonders erwähnt worden. Die beteiligten Kreise konnten jeweils mit den Vertretern einzelner Organisationen und auch anderen Bürgern und Personen des öffentlichen Lebens in Kontakt treten und so eine ganz persönliche Betroffenheit erzeugen. Nicht die abstrakte Idee stand im Vordergrund, nicht eine bestimmte politische Anschauung wurde hier propagiert, sondern die Auswirkungen von Unterdrückung, Ausbeutung und ande-

ren Schlagwörtern am konkreten Schicksal für jeden faßbar.

An diesem Punkt schienen sich einige linke Organisationen besonders schwer zu tun. Sie glaubten hier eine Aktion wie viele andere politische Aktivitäten vor sich zu haben, für die ein Grundsatzprogramm entwickelt werden müßte, eine Plattform für eine Aktionseinheit geschaffen werden sollte. Sicherlich kann der Hungerstreik als Handlung von Antifaschisten aufgefaßt werden und als antifaschistische Aktion eingestuft werden. Sie hatte aber kein politisches Grundsatzprogramm zum Ausgangspunkt und versuchte auch nicht, alle Probleme des NATO-Partners Türkei auf einmal zur Sprache zu bringen. Trotzdem hat er viel mehr von diesen Problemen in ein öffentliches Bewußtsein gebracht, als es monatelange Diskussionen und örtliche Aktionen zur Türkeisolidarität vermocht hatten. Hier aber liegt auch das Problem der nächsten Zeit. Die Frage, wie es in Zukunft weitergehen kann, steht ungelöst vor allen engagierten Demokraten, denen das Schicksal der Menschen in der Türkei besonders am Herzen liegt.

Ausländerhetze



AUFRUF

zur zentralen
Demonstration
gegen die Militärjunta
in der Türkei

14 März 1981
Sonntag / 12:00 h

in
FRANKFURT



DIE DEMONSTRATION WIRD VON DER
ALTERNATIVEN TÜRKIEHILFE
AUFGERUFEN

Ausländerfeindlichkeit fällt nicht vom Himmel. Sie wird zu einem Zeitpunkt kräftig geschürt, indem die ökonomische Krise in der Bundesrepublik fortschreitet und sich verstärkt. Prognosen für den Winter sagen ein Anwachsen der offiziellen Arbeitslosenzahlen von über ein Million voraus.

Während der Aufbauphase und "Wirtschaftswunderzeit" in der Bundesrepublik in den 50-ziger und 60-ziger Jahren bestand ein Arbeitskräftemangel, der aus Anwerbungen aus anderen Ländern gedeckt wurde. Es wurde von dem Rotationsprinzip ausgegangen, das fertige Arbeitskräfte aus Billig-Lohn-Ländern hier einige Jahre arbeiten und dann wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Der Arbeitskräftebedarf wird durch Steuermechanismen wie Anwerbung, Anwerbestopp, Ausländergesetzgebung u.a. nach Marktlage leicht manövrierbar.

Das Rotationsprinzip versagte aus vielfältigen Gründen wie Entfremdung zum Herkunftsland, und der dortigen Verschärfung der Bedingungen.

Die Wirtschaftskrise von 1967 und die Dauerkrise seit 1973 setzten massiv Arbeitskräfte für einfache und ungelernete Arbeiten frei. Rationalisierung und die Verlagerung von 'lohnintensiven' Produktionen in Länder mit billigen Lohnkosten beschleunigten diese Entwicklung. Ungelernte und einfache Arbeiter, insbesondere Frauen und Arbeiter höheren Alters sind von den Auswirkungen der 'freien Marktwirtschaft' am stärksten betroffen.

Die Verschärften Arbeitsmarktbedingungen werden in den bürgerlichen Medien natürlich nicht dem Verursacher - der Wirtschaftspolitik und der 'freien Marktwirtschaft' - angelastet. Es werden falsche Antworten auf diese Probleme gegeben. Eine davon ist die Konkurrenz unter der Arbeiterschaft, insbesondere die Hetze gegen die ausländische Kollegen. Besonders deutlich ist dies an der Kampagne gegen Asylanten, die -so die bürgerliche Presse- als sogenannte Wirtschaftsasylanten sich hier bereichern wollen und die Arbeitsplätze wegnehmen. Mit 2416 anerkannten politischen Flüchtlingen für das Jahr 1979 ist rein zahlenmäßig diese irrationale Argumentation erkennbar.

Ziel der Ausländerhetze ist die Konkurrenz und die Spaltung der Betroffenen in deutsche und ausländische Arbeiter. Damit wird von der Ursache abgelenkt und zugleich ein gemeinsames und geschlossenes Vorgehen unterlaufen. Untersuchungen haben gezeigt, daß die Ausländerhetze gerade bei denjenigen am stärksten greift, die von den Auswirkungen der

Krise am stärksten betroffen sind. Und dies sind die ungelerneten und einfachen Arbeiter, ältere Kollegen und 'Hausfrauen' (versteckte Arbeitslosigkeit).

Die NPD und deren militantes Umfeld, die am offensivsten die Ausländerhetze betreiben versuchen dadurch ihre eigene Rekrutierung aus den Unzufriedenen und Betroffenen der Krise. Sie verfügen über ausgezeichnete Kontakte zu Gruppen, die ebenfalls von der Ausländerfeindlichkeit und der Spaltung profitieren; die ausländischen Faschisten, insbesondere den Grauen Wölfe. Die Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit, die Ghettsituation und die Probleme der türkischen Familien sind die Chance der Grauen Wölfe. Mit ihrem Nationalismus und ihrer Hetze gegen andere nichttürkische Völker aus der Türkei wie den Kurden lenken sie von den eigentlichen Problemen und ihren Ursachen ab. Ihre Propaganda haben ihre Parallele in der Judenhetze und der Bekämpfung alles nichtarischen im 3. Reich. Allen gemeinsam ist die Liquidierung der Arbeiterbewegung.

So läuft die Spaltung innerhalb der ausländischen Kollegen weiter. Von der rechten Wochenzeitung 'Anadolu' wird bekundet, daß die türkischen Linken und die politischen Flüchtlinge aus der Türkei Schul für das "schlechte Ansehen" der Arbeiter aus der Türkei in der BRD seien, wobei die Masse arbeitsfertig und für Ruhe und Ordnung wären. Zielscheibe sind hier die bewußteren und organisierten Kräfte, die ausgeschaltet werden sollen.

Die Bundesregierung und die deutschen Behörden arbeiten an derselben Aufgabe. Konkret stehen Verbote für türkische Organisationen an. Vorboten dieser Entwicklung sind die Aufforderung an Vereine aus der Türkei, in verschiedenen Städten (insbesondere West-Berlin) die Mitgliederlisten herauszugeben und die Informationssammlung über diese Vereine.

Die Antwort auf diese Versuche muß in deren Ziel -der Spaltung- und in der realen Situation der ausländischen und deutschen Arbeiter in der Bundesrepublik gesucht werden. Dies bedeutet, daß ein Umdenkungsprozeß notwendig sein wird. Einerseits von den Kollegen aus der Türkei, daß nicht die Türkei im Vordergrund ihres Denkens und Handelns steht, sondern mindestens gleichermaßen ihre Situation in der Bundesrepublik. Andererseits von den deutschen, daß sozialarbeiterische Herangehensweise und Mitleid die Situation nicht grundsätzlich verändern werden sondern gemeinsame und gleichberechtigte Arbeit notwendig ist. Die drohenden Verbote für türkische Organi-

sationen werden diesen Prozeß beschleunigen. Gemeinsame Organisationsformen (z.B. deutsch-türkische Vereine) stehen auf der Tagesordnung.

INTEGRATIONSPOLITIK = ASSIMILATIONSPOLITIK???

Fragen zu den Beschlüssen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik vom 19. März 1980

Die Beschlüsse der Bundesregierung basieren auf dem im September 1979 erstellten Memorandum des damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Heinz Kühn, und den Vorschlägen des Koordinierungskreises "Ausländische Arbeitnehmer" beim Bundesarbeitsministerium vom 22. November 1979. Aufbauend auf die Vorschläge der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik und auf eine, dem Bericht beiliegende Situationsanalyse leitet die Bundesregierung sogenannte "Orientierungslinien" für die Weiterentwicklung der Ausländerpolitik her, deren wichtigste Punkte im Folgenden besprochen werden sollen.

"Zukünftige Schwerpunktaufgabe der Ausländerpolitik muß die soziale Integration der zweiten und dritten Ausländergeneration sein. ..."

"Dabei geht es vor allem um die volle Integration der Ausländerkinder in die deutschen Kindergärten und Schulen, um die angemessene Eingliederung der ausländischen Jugendlichen in das Berufsleben und um die Erleichterung der Einbürgerung bei uns herangewachsener Ausländer. ..."

"Die Bewältigung dieser Aufgabe liegt sowohl im gesellschaftspolitischen als auch im beschäftigungspolitischen Interesse, weil sie dazu beiträgt, den aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwartenden Mangel an Fachkräften auszugleichen. ..."

Hier redet man von der sozialen Integration der ersten und zweiten Generation und verläßt damit das Kühn-Memorandum, in dem ganz klar Maßnahmen für a 1 1 e in der BRD lebenden Ausländer gefordert wurden. Dieses Memorandum stellte nach Meinung vieler, in der Ausländerarbeit engagierter Ausländer und Deutscher eine Minimalforderung dar, die ausbaufähig war. Die Bundesregierung tritt damit weit zurück hinter das Kühn-Memorandum und macht damit deutlich, daß der Kurs geändert wird: es wird selektiert, nach Aus-

Der Spaltung entgegenzutreten

ländern erster und zweiter Klasse! Die erste Generation scheint die "veriorene" zu sein, die zwar seit 10 Jahren und oft länger hier arbeitet, Steuern zahlt und damit die Renten der Deutschen sichert, ansonsten aber nicht integrationsfähig ist.

"Abbau von Integrationsdefiziten und die Beschäftigungssicherung der hier bereits lebenden Ausländer setzen voraus, daß die Zuwanderung in die Bundesrepublik begrenzt gehalten wird..."

"Flankierend hierzu muß im Rahmen einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit verstärkt für die Ausländerintegration geworben und die Begegnung von Deutschen und Ausländern gefördert werden..."

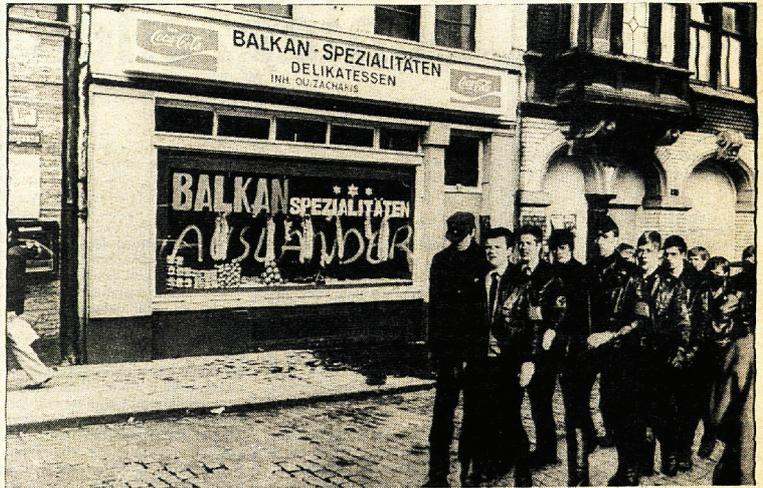
Noch immer fehlt hier eine Definition des Begriffs "Integration", obwohl bereits jetzt sich abzeichnet, daß wohl eher "Assimilation" gemeint ist. Das Werben für Ausländerintegration durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit mutet seltsam an, denkt man an Schlagzeilen der Boulevardpresse und Ausländerhetze durch faschistische Bürgerinitiativen, die ungestraft Ausländerfeindlichkeit schüren können.

Doch nicht nur das Konzept, auch die Maßnahmen der Bundesregierung sind sehr umstritten. Das beste Beispiel dafür sind die sogenannten MBSE-Maßnahmen.

Schwerpunkte der ca. 1000-stündigen Kurse waren handlungsorientierter Sprachunterricht und Werkstattunterricht, begleitet von sozialpädagogischer Betreuung..."

Ein guter Anfang für Jugendliche, die aus der Heimat neu in die BRD kommen und so eventuell motiviert werden, die Sprache zu lernen, diese Kurse machten sie zwar arbeitslos, die Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, steige nicht, hole die Jugendlichen aber wenigstens von der Straße. Seit Beginn des Jahres hat das Kind einen anderen Namen und damit auch einen anderen Stellenwert in der Ausländerpolitik erhalten:

"Seit Anfang 1980 ist das Programm - unter der Bezeichnung "Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer" (MBSE) - mit den berufsvorbereitenden Lehrgängen der Bundesanstalt für Arbeit nach § 40 Arbeitsförderungsgesetz verbunden. In der neuen einjährigen Vollzeitmaßnahme (ca. 1.500 Stunden ohne Berufsschulunterricht) gewinnt die Vermittlung berufsbezogener Kenntnisse und Fertigkeiten ein größeres Gewicht. Sie ist damit noch stärker als das alte Programm darauf bezogen, auf den Übergang in ein reguläres Ausbildungsverhältnis hinzuwirken. Die neue Maßnahme wird zu 75 % von der Bundesanstalt für Arbeit und zu 25 % - je zur Hälfte - von Bund und Ländern finanziert."



Die Theorie klingt gut, doch bereits heute zeigt die Praxis, daß diese Jugendlichen in der Regel keinen Ausbildungsplatz bekommen, sondern als Hilfs- oder angelernte Arbeiter in den Firmen angestellt werden, in denen die MBSE-Kurse stattfinden. Eine sehr billige und effektive Methode, mit staatlicher Finanzierung und Beihilfen durch die Bundesanstalt für Arbeit, Jugendliche anzulernen und ohne jeglichen finanziellen Einbußen sofort produktiv einsetzen zu können.

"Berücksichtigt man, daß eine Teilnahme nicht nur wie seit Anfang April 1979 den Wegfall der Wartezeit für den Arbeitsmarktzugang, sondern zukünftig auch den Rechtsanspruch auf die Arbeitserlaubnis zur Folge haben wird, ist davon auszugehen, daß potentieller und effektiver Bedarf kaum voneinander abweichen werden..."

Wegfall der Wartezeitregelung und Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis sind ein bitterer Bonbon für arbeitslose Jugendliche und für Jugendliche, die im Rahmen der Familienzusammenführung in die BRD eingereist sind. Um die begehrte Arbeitserlaubnis zu erhalten, nehmen viele ausländische Jugendliche die MBSE in Kauf. Die Hoffnung, eine Lehrstelle zu finden, zerschlägt sich dann aber sehr rasch, und die Notwendigkeit, mit zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, zwingt die Jugendlichen zur Annahme der vom MBSE-Betrieb angebotenen Hilfsarbeiterjobs.

"Für Jugendliche, die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit bereits dadurch unter Beweis stellen, daß sie einen Hauptschul- oder höheren Schulabschluß erwerben, eine berufliche Ausbildung abschlossen oder an berufsorientierenden Vollzeitmaßnahmen mit einer Regeldauer von einem Jahr regelmäßig teilgenommen haben, sollte ebenfalls ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Arbeitserlaubnis geschaffen werden..."

Was bedeutet eigentlich "Integrationsbereitschaft"? Ich denke, es bedeutet hier ganz klar die Aufgabe der eigenen kulturellen und nationalen Identität und völlige Assimilation in die deutsche Gesellschaft. An diesem Punkt wird auch klar, was diese weiterentwickelte Ausländerpolitik in Wirklichkeit ist: Assimilationspolitik, die zwangsläufig Familien spalten wird, weil sie nicht mehr den Anspruch hat, die erste Generation zu integrieren.

Denn daß die erste Generation noch weniger (wahrscheinlich überhaupt nicht) zu assimilieren ist als die zweite und dritte, dürfte selbst der Bundesregierung mittlerweile klar sein. Anstatt den Integrationsbegriff neu zu diskutieren, geht man den leichteren Weg der Selektion von "integrationswilligen bzw. -fähigen" Ausländern. Das Konzept sibt gleichzeitig alle diejenigen Jugendliche aus, die sich nicht nahtlos in die deutsche Gesellschaft einfügen wollen oder können, z.B. straffällig gewordene Jugendliche. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Frage der Einbürgerung. Deshalb sind unten die Aussagen der Bundesregierung zur Einbürgerung der ersten Generation, denen zur Einbürgerung der zweiten und dritten Generation gegenübergestellt.

1.GENERATION

"Eine solchermaßen erleichterte Einbürgerung würde die Vollintegration beschleunigen. Sie würde sicherlich im Interesse der hierdurch begünstigten Ausländer liegen, die eine rasche Gleichstellung mit den Inländern anstreben, aber auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, der daran gelegen sein muß, die volle Integration von integrationsbereiten und -fähigen Ausländern nach Möglichkeit zu fördern. Mit dieser Konzeption soll deutlich gemacht werden, daß das Integrationsangebot an die dauernd hierlebenden Ausländer auch in letzter Konsequenz ernst gemeint ist. Mit der Einbürgerung erreichen die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien die von ihnen angestrebte Gleichstellung, vor allem auch die Teilhabe an der politischen Willensbildung..."

"Wenn die Anforderungen für eine Einbürgerung wesentlich herabgesetzt werden, könnte es sein, daß ein Eingebürgerter trotz des rechtlichen Bandes der Staatsangehörigkeit innerlich in Deutschland ein Fremder bleibt, der sich trotz voller rechtlicher Gleichstellung in seinen sozialen Chancen diskriminiert fühlen könnte..."

"Im übrigen müssen auch außenpolitische Auswirkungen einer extensiven Einbürgerungspolitik bedacht werden..."

"Für Ausländer, die beabsichtigen, im Bundesgebiet auf die Dauer zu bleiben und die volle rechtliche Gleichstellung mit den Inländern anstreben, kann die Einbürgerung den Abschluß der Integration fördern..."

"Das Wesen der Staatsangehörigkeit ist darin zu sehen, daß der Staatsangehörige selbst diese staatliche Gemeinschaft mitbildet und mitträgt" (BVerfGE 37, S. 246). Von einem Einbürgerungsbewerber ist daher eine gewachsene Beziehung und Bindung als Bürger zum Gemeinwesen zu fordern. Nur so bleibt die Staatsangehörigkeit in ihrer wesentlichen Funktion für den Staat mit lebendigem Inhalt erhalten. Diese Zuordnung zum deutschem Volk kann nur durch ein Einleben in deutsche Lebensverhältnisse erreicht werden..."

2.GENERATION

"Der Grundsatz der einheitlichen Staatsangehörigkeit in der Familie soll zurücktreten (Einbürgerung auch ohne die Eltern)

- Entwicklungspolitische Belange stehen der Einbürgerung nicht entgegen. Danach ist vorgesehen, daß ein Ausländer, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag einbürgerbar ist, wenn er seit Vollendung des 12. Lebensjahres rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat und sich darüber hinaus vorher insgesamt mindestens zwei Jahre hier aufgehalten hat, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert, es sei denn, daß unüberwindbare Hindernisgründe vorliegen, und den Antrag vor Vollendung des 21. Lebensjahres stellt. Von dem Rechtsanspruch auf Einbürgerung ausgeschlossen sollen Bewerber sein, die rechtskräftig zu Freiheits- oder Jugendstrafen von insgesamt einem Jahr oder mehr verurteilt worden sind..."

Die Integrationsbereitschaft der Bundesrepublik in puncto 1.Generation erweist sich augenscheinlich als sehr gering. Wenn Integration der 1. Generation, dann nur volle Integration mit der Konsequenz der Einbürgerung. Dies bedeutet aber ein klares "NEIN" zu den Forderungen der demokratischen Ausländervereine nach kommunalem Wahlrecht und gleichem Kindergeld für die in der Heimat verbliebenen Kinder. Es bedeutet, daß den rückkehrbereiten ausländischen Arbeitnehmern auch in Zukunft jegliche Form der politischen Partizipation am Leben in der BRD versagt bleiben wird.

Es ist nicht zu leugnen, daß einzelne Maßnahmen der Bundesregierung dringend erforderlich und längst überfällig sind, dennoch können diese wenigen positiven Momente des Konzepts seine "neue" Tendenz nicht verstecken: das Konzept der Assimilation.

GASTMASCHINE



"Voraussetzung besserer beruflicher Integration derjenigen ausländischen Jugendlichen, die das allgemeinbildende System ohne Abschluß verlassen haben, ist die Teilnahme an Maßnahmen, die zur Berufstiefe hinführen. Dieser Erkenntnis folgend, wurden in den vergangenen Jahren im Zusammenwirken von Bund und Ländern speziell für ausländische Jugendliche ohne Hauptschulabschluß "Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung" (MSBE) entwickelt.

Die Teilnehmer erhalten im Rahmen der Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes individuelle Berufsberatungshilfe."

"Ziel muß es sein, möglichst viele ausländische Jugendliche ohne schulischen Abschluß an anerkannte Berufsbildungsgänge heranzuführen..."

Kurzmeldungen

BRD schenkt Polizeiausrüstung an die Junta

Im Rahmen der deutsch-türkischen Zusammenarbeit schenkt die BRD 50 "Dienstgeräte" an die türkische Polizei. Die besagten Geräte sind wohlbehalten in der Türkei eingetroffen.

Neue Türkeihilfe:
1.200.000.000 Dollar

Der türkischen Presse zufolge steht es schon fest, obwohl sich in bundesdeutschen Regierungskreisen noch widersprechende Meinungen finden lassen: die neue Türkeihilfe für 1981 ist perfekt. Sie soll jetzt eine Höhe von 1,2 Milliarden Dollar haben, nachdem zuvor vom türkischen Staatsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut ÖZAL ein Betrag von 2,2 Milliarden gefordert worden war. Der Nachricht zufolge ist auch in diesem Jahr wieder die Bundesregierung für die Koordination der Hilfe zuständig. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der OECD haben auch schon die Höhe der von ihnen zu erwartenden Hilfe angegeben. Bislang ist jedoch nur der Anteil der Schweiz bekannt geworden, der sich in der Höhe von 35 Millionen Dollar bewegen soll. Da wird der bundesdeutsche Steuerzahler doch wieder etwas tiefer in die Tasche greifen müssen, wenn der Rest noch finanziert werden muß.

Ab 1. März dürfen Gefangene nicht mehr von draußen versorgt werden!

Aus Adana wurde am 26.1.1981 gemeldet, daß es ab dem 1.3.1981 verboten ist, den Gefangenen Nahrungsmittel zu bringen. Dafür sollen die Kantinen wieder mit Profit betrieben werden. Die Gefangenen müssen dann für bislang 28 Lira täglich 70 Lira für ihre Verpflegung aufbringen. Bei Gefangenen, die zu einer solchen Zahlung nicht in der Lage sind, wird der angesamelte Betrag nach ihrer Entlassung gerichtlich eingetrieben. Offizielle Begründung für diesen Schritt: erstens das Essen soll qualitativ verbessert werden und zweitens soll ein unkontrollierter Eingang von verschiedenen Materialien, wie Rauschgift und Waffen, unterbunden werden.

BEIM BARTE DES PROPHETEN

Bekanntlicherweise versucht die Militärinteraktion auch durch eine deutlich sichtbare Säuberungswelle im öffentlichen Leben die Sympathien bestimmter Bevölkerungskreise zu erlangen. Den Beamten wurden daher strikte Vorschriften zur Kleidung und Bart- und Haartracht gemacht. So darf der Schnauzbarter der Männer nicht über die Oberlippe stehen, und alle Männer haben sich täglich zu rasieren.

Der technische Zeichner Mehmet Ali Akgün fand jedoch diese Vorschrift nicht eindeutig, da in der Vorschrift ja nur Bartstoppen als nicht schicklich angesprochen worden waren und ging weiter mit Bart zu seiner Arbeitsstelle bei der Wolfabrik der Sümerbank. Daraufhin wurde ihm für den Monat Januar kein Lohn ausgezahlt. Der Personalchef Muammer Öztürk wies ihn ferner darauf hin, daß seine Beschwerde nicht beantwortet werde. Herr Akgün ist aber entschlossen seinen Fall durch die Instanzen zu verfolgen, da er nicht versteht, wieso Bartrträger nicht in die Firmen gelassen werden, zumal auch der Prophet bärtig gewesen ist.

Fatsa macht erneut Schlagzeilen

Das türkische Fernsehen brachte am 18.12.1980 einen längeren Bericht über die Stadt Fatsa. Allem Anschein nach war dieses Programm direkt von der Junta initiiert worden, denn der Rundfunk hatte schon den ganzen Tag stündlich auf dieses Programm hingewiesen, und außerdem gab es nach den Abendnachrichten noch einmal eine Programmanzeige über diesen Bericht.

Der Tenor der Sendung war, daß Fatsa, ehemals ein von linken Organisationen beherrschtes befreites Gebiet, erst nach der Machtergreifung der türkischen Streitkräfte befriedet wurde. Es war sonnenklar, was die Juntageneräle mit dieser Sendung bezweckten: Einerseits wollen sie die Bevölkerung und die Revolutionäre demoralisieren, andererseits aber ihre Greuelthaten rechtfertigen. Die Bevölkerung sollte den Eindruck gewinnen, daß es keine Rückkehr zur Demokratie geben kann, solange die linken Organisationen nicht ausradiziert worden sind.

Die Programmgestalter versuchten bei dieser Sendung nicht die Meinung der Mehrheit der Fatsaner darzustellen, sondern nur die Meinung solcher Leute, die einseitig gegen das Volk sind. Einer von denen berichtete, daß er schon vor dem 12. September von Fatsa nach Samsun gezogen sei und erst mit der Machtergreifung der Militärs wieder nach Fatsa zurückkam. Von dieser Person steht fest, daß er bei den Gemeinderatswahlen im Oktober 1979 gegen Cafehäuser, in denen Wahlversammlungen stattfanden, Anschläge durchführen ließ und nach den Wahlen alle Initiativen der Gemeindeverwaltung sabotierte. Aufgrund der Reaktion der Bevölkerung mußte er dann nach Samsun übersiedeln und dort seine faschistischen Aktivitäten fortsetzen. Seine Behauptung daher, die Revolutionäre würden bei Spendenaktionen Gewalt anwenden und die Bevölkerung bedrohen, erntete bei den Fernsehzuschauern nur Skepsis.

Ein anderer "Zeuge", auf den sich die Junta bei ihren Lügengeschichten verließ, war ein prominenter Schwarzhändler aus der Kreisstadt Camas. Auch er hatte sich in seiner Heimatstadt nicht aufhalten können. Da er seine Waren zu überhöhten Preisen verkaufte und bewaffnete, Faschisten aufs Volk hetzte, war der Zorn der Bevölkerung gegen ihn groß, und er mußte umsiedeln. Gerade eine solche Person hatte lobende Worte für die Generäle übrig.

In allen Dörfern von Fatsa sind heute Militärdienststellen eingerichtet, denen je ein Oberst bzw. eine Oberstleutnant vorstehen. Die Bevölkerung wird systematisch unterdrückt und terrorisiert. Die Juntakräfte versuchen durch Gerüchteverbreiten die Bevölkerung zu demoralisieren. Ein von Soldaten umgebener Mann wurde seiner Familie übergeben, mit der Behauptung, er sei von Revolutionären ermordet worden. Die Frau dieses Mannes durfte dann in der Sendung am 18. Dezember als Zeugin der Junta erscheinen.

Desweiteren wurden in dieser Sendung einige Jugendliche der Kamera vorgeführt, die sich als

inhaftierte Revolutionäre ausgaben. Sie forderten ihre Genossen in Freiheit auf, sich den Behörden zu stellen. Später zeigten sie die Grötte, in der sie sich verborgen hielten. Sie sagten, daß ihre Genossen sich in den Bergen aufhielten und bewaffnet seien. Einer von den Jugendlichen meinte, daß in Gefängnissen nicht gefoltert würde. Diese Bemerkung veranlaßte Millionen von Zuschauern zum Schmunzeln, weil diese Aussage von jemandem stammte, der ganz offensichtlich gefoltert worden war. Jedermann konnte sehen, daß die Junta nur durch Folter die Folterpraktiken verleugnen lassen konnte.

Was geht heute in Fatsa tatsächlich vor?

Nach der Sendung am 18. Dezember fragte sich jedermann, wie es in Fatsa tatsächlich aussieht. Daß es in Fatsa vor dem 12. September nicht so ausgesehen hat, wie man es in der Sendung dargestellt hat, wußte eigentlich nicht nur die türkische Öffentlichkeit, sondern auch die Weltöffentlichkeit (vgl. "Türkei Information" 3 und 5). Die Gemeinderatswahlen, die nachfolgenden kollektiven Initiativen, das Kulturfest, der Terror von Gouverneur Akkaya und der Widerstand des Volkes waren Dinge, die jedermann wußte. Die Öffentlichkeit war sich darüber im Bilde, daß Ruhe und Ordnung in Fatsa nicht durch Revolutionäre gestört wurde, sondern durch die Faschisten von MHP, die von Staatskräften unterstützt wurden. Sogar die Boulevard Presse mußte zugeben, daß vor dem 12. Dezember in Fatsa Ruhe, Brüderlichkeit und Friede herrschte. Worum es sich im Fall von Fatsa handelte, war der Wille der Bevölkerung, in Friede und Selbstverwaltung über sich selbst zu bestimmen.

Deshalb rangierte Fatsa an erster Stelle derjenigen Städte, die die Junta "befrieden" wollte. Der Name Fatsa war zu einer Legende geworden. Aus diesem Grunde hat die Junta gleich nach dem 12. September eine Anti-Terror-Brigade nach Fatsa geschickt. Diese Brigade war nach den Prinzipien des außerordentlichen Krieges und der Niederwerfung der Volksbewegungen ausgebildet. Sie war Teil der Kontr-Gerilla und verfügte über schwere Ausrüstung wie Hubschrauber, Panzer und Geschütze. Die derzeitigen "Operationen" in Fatsa werden von dieser Brigade durchgeführt. Dabei bombardieren die Hubschrauber die als Höhlen eingestufteten Stellen in Bergen und Wäldern. Manchmal hört man, daß sogar die Dörfer bombardiert werden. Häuser und Dörfer, von denen man annimmt, daß sie den Revolutionären Unterschlupf gewähren, werden von Armeeeinheiten umstellt und ausgeplündert.

Desweiteren hat das Regime von General Evren den maskierten faschistischen Denunzianten aus der Zeit der Demirel-Regierung eine neue Funktion zugewiesen. Sie werden bandenmäßig organisiert, bewaffnet und in die Berge auf die Jagd nach Revolutionären geschickt.

Das ist heute das wahre Gesicht von Fatsa!

Linke Bücher werden eingestampft

Wegen Verherrlichung des Kommunismus wurde das Buch von Yalcin Küçük „Für eine neue Republik“ eingesammelt, obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. In Bursa wurden in diesem Zusammenhang zwei Buchhändler verhaftet und festgehalten, weil sie dieses Buch im Angebot hatten, das heißt unschuldige Bürger wurden gefoltert, um herauszubekommen, wer für diese „kommunistische“ Schweinerei verantwortlich sein soll.

Juntachef Evren verurteilt die Gewerkschaftler

In der Türkei wurde Koalitions-, Tarif- und Streikrecht nicht erkämpft, sondern im Zuge der 6ter Verfassung von den herrschenden Klassen zugebilligt. Deshalb wurde die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse nie klar erkannt: Über 800 Einzelgewerkschaften waren kurz vor dem Putsch registriert und rivalisierende Gewerkschaften kämpften im gleichen Betrieb um das Tarifrecht. Die Gewerkschaftsbonzen gingen auf Mitgliederjagd und „transfrieren“, z.T. durch Betrug und Erpressung, ganze Hundertschaften von Arbeitern für „ihren Verein“, um die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten im Betrieb zu bekommen. War das Tarifrecht erst einmal „erkämpft“, so interressierten sie sich nur noch für Lohnpolitik, bei der sie die Arbeiter regelrecht an die Kapitalisten verkauften und sich dabei nach Kräften bereicherten. So entstanden dann Gewerkschafts-„konzerne“, über die einige Bonzen ohne Mitspracherecht der Basis frei bestimmen konnten.

Auf diese Mißstände hinweisend verurteilte Juntachef Evren kürzlich das Gewerkschaftszentrum. Er vergaß aber eines zu erwähnen: Die Militärs selber sind Aktionäre und Nutznießer des zweitgrößten Konzerns OYAK. Mit ihren Spezialkäufern, Vergnügungsanstalten und Armeehäusern sind sie eine viel in sich geschlossenere Gesellschaft als die Gewerkschaftsbonzen. Zudem sind sie durch ihre Abhängigkeit von ausländischer Hilfe direkte Sachverwalter des Imperialismus in der Türkei.

Dieser Sport wurde auch von einigen mittellosen Bürgern betrieben, die dann ihren Platz in der Schlange an wohlhabende, bequeme Landsleute weiterverkaufen konnten. Auf diese Weise konnten bis zu 100,-DM eingenommen werden (ca. 5000 türkische Pfund = halber Monatslohn). Besonders gerissene „Kunden“ stellten sich gleich mit der ganzen Familie an, so daß sie dann an einem Tag je nach Platz in der Schlange bis zu 10.000 türkische Pfund verdienen konnten. Für alle Leute, die erst nach den ersten 500 Leuten eingetroffen waren, blieb nur die Hoffnung, mit einer entsprechenden Methode am nächsten Tag unter die ersten 500 zu gelangen, da sie nicht mehr an einem Tag abgefertigt werden konnten.

Zwei Zeitschriften wegen Pornographie eingesammelt

Zwei Zeitschriften in der Türkei, YANKI vom 12.1.1981 und MODERN GAZETE vom 6.-12. Januar 1981 wurden eingesammelt, da man in ihnen anstößige Artikel gefunden zu haben glaubte. Jedoch wurde dieser Beschluß für die mit aktiver Unterstützung des Geheimdienstes aufgebaute Zeitschrift YANKI später wieder aufgehoben.

Hochkonjunktur für pensionierte Offiziere und verhinderte Faschisten

Angefangen vom Direktor der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten bis hin zu Direktoren von Banken und staatlichen Betrieben hat inzwischen eine große Umverteilungssaktion stattgefunden. Bevorzugt kommen dabei ehemalige Offiziere der Armee, aber auch weniger erfolgreiche Vertreter der faschistischen MHP zum Zuge. Als Dogan KASAROGLU, der angeblich seine Pensionierung gefordert hatte, seinen Platz beim staatlichen Rundfunk und Fernsehen dem Generalmajor i.R. Ertugrul Macit AKMAN überließ, sagte er u.a.: „Wir haben im Fernsehen Dinge gemacht, die seit Jahren nicht gemacht wurden. Wir haben den einheimischen Produzenten Vorrang eingeräumt. Den Anteil der ausländischen Filme haben wir von 39 auf 22% gesenkt.“

Innerhalb des Dorf- und Genossenschaftsministeriums erhielt Hüsnü POYRAZ ein Direktorat zugeachtet. Er hatte sich 1977 erfolglos auf der Liste der MHP für einen Platz im Senat beworben.

Reaktion im Aufwind Die türkische Sprache soll zurückentwickelt werden

Im Dezember wurde von der Stiftung für politische und soziale Forschung ein Seminar zur türkischen Sprache abgehalten, auf dem die sprachliche Erneuerung, die durch Atatürk eingeleitet worden war, heftig kritisiert und lächerlich gemacht wurde. Die Duden-Gesellschaft, die seit Jahren versucht, die türkische Sprache zu bereinigen (indem sie die osmanischen Einflüsse beseitigt, aber viele westliche Einflüsse unberührt läßt) beteiligte sich nicht an diesem Seminar.

Im Eingangreferat wurden die neuen Wörter, die unser extraordinäres Türkisch opressieren und bedrohen, lächerlich gemacht. Hierunter fallen teils extreme Beispiele wie Wärmekammer (für Sauna) oder Goldapfel (für Grapefruit), aber auch Wörter wie Schreibmaschine (für Daktilo). Ein Vergleich mit deutschen Verhältnissen ist an diesem Punkt nicht möglich. Dieses Beispiel zeigt aber, in welcher Weise die Auseinandersetzung alle gesellschaftlichen Bereiche der Türkei erfäßt hat. Auch auf kulturellem Gebiet ist die Reaktion nach dem Putsch auf dem Vormarsch.

Schmuggelware:

Heroin

Im vergangenen Jahr wurden nach Zeitungsmeldungen Betäubungsmittel im Werte von 89.777.500 Dollar bei Türken sichergestellt. Der kleinere Anteil davon wurde im Inland gefunden (103 Kilo Heroin), während die Fahnder im Ausland mit 618 Kilo Heroin hier schon erfolgreich waren. Damit brachten sie es ungerecht auf mehr als ein Kilo Heroin pro Festgenommenen, denn sie nahmen nur 614 Personen fest, während die eifrigen Kriminalisten der Türkei unter der Obhut der Generale immerhin 2.213 Personen festnahmen, so daß im statistischen Mittel nicht einmal ganze 50 gr. auf eine Festnahme entfallen.

Kein Pfennig für die Folterer!



Schließlich war es der Bericht der 3-4 köpfigen Europaparlamentsdelegation, die die Türkei zuvor bereist hatte, der in der Parlamentsdebatte diskutiert wurde. Selbst wenn die politische Kommission diesen Bericht in einigen beschreibenden Passagen klar formuliert hat, als es im ursprünglichen Steiner-Bericht zu lesen war, so konnte dieser Herr aber nicht sagen, daß damit irgend welche falschen Beschuldigungen ausgesprochen worden seien. Wir bringen hier die wichtigsten Passagen des Beschlusses:

Das Europaparlament hat (es folgen 13 Abschnitte, hier nur teilweise wiedergegeben)

– noch einmal an seinen Beschluß Nr. 904 vom 1. Oktober 1980 erinnert, daß eine sofortige Zurückkehr zu demokratischem Leben in der Türkei unumgänglich ist. (§ 2)

– die Notwendigkeit wiederholt, daß die türkische Regierung genaue Auskünfte über die Bedingungen und Zeiträume einer Wiedereinstellung des freien Willens des Volkes, und der demokratischen Institutionen unter Berücksichtigung der Gewerkschafts- und Pressefreiheit gibt. (§ 4)

– hat erklärt, daß die demokratischen Prinzipien in der Türkei zur Zeit nicht angewendet werden und die Menschenrechte in der unten aufgeführten Form verletzt werden:

es sind viele Foltervorfälle bekanntgeworden, obwohl der türkische Ministerpräsident am 6. Dezember seine feste Entschlossenheit zur Untersuchung der Foltervorwürfe und der strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen bekundet hat. (§ 6)

– hat beschlossen, den Generalsekretär zu beauftragen, über alle Folter- und andere Vorwürfe, die ihm durch die Parlamentarier zugehagen werden, bei den türkischen Behörden Informationen einzuholen. (§ 12)

Und jetzt hat die Generäle Panik ergriffen. Zusammen mit ihnen hatten die westlichen Diplomaten gehofft, daß die Opposition, die sie in Bausch und Bogen als Kommunisten und Terroristen beschimpfen in einem Handschlag erledigen würden. So steht es jedenfalls in der auf englisch herausgegebenen Zeitschrift "Diplomat" vom 24.12.1980 zu lesen:

"Um einer völligen Radikalisierung des Terrors in der Türkei vorzubeugen, ist der Westen jetzt bemüht, die Militärherrschaft zu beenden, bevor das Programm vervollständigt ist. Ein gemeinsamer Angriff gegen die Militärherrschaft wird in Westeuropa für Januar/Februar erwartet. Eine "Folterkampagne" wird erwartet, genauso wie es Anstrengungen gibt, die Hinrichtung von Terroristen zu verhindern, die für schuldig befunden sind des Mordes von mehr als 5000 Menschen in den vergangenen 2 Jahren. Die anglo-amerikanische Praxis ist wohl bekannt – ungeachtet der Begleitumstände wird der Mörder eines Polizisten definitiv hingerichtet. Aber wenn es um die Mörder von hunderten von türkischen Soldaten und Sicherheitskräften geht, tritt das wohlbekanntes zweierlei Maß in Er-

scheinung. In Brüssel und Luxemburg werden Türken bedrängt, "diese jungen Männer", von denen einige für den kalblütigen Mord an sehr vielen unschuldigen Menschen verantwortlich sind, nicht hinzurichten.

Jedoch arbeiten die Militärherrscher der Türkei mit einem sorgfältig vorbereiteten Plan, um diese Parolen auf einen Schlag und endgültig zu lösen.

Entsprechende Meldungen, daß die Organisationen "in die Knie gezwungen wurden" und dergleichen kann man in letzter Zeit häufiger in der türkischen Presse lesen. Aber den neuen Feind haben die Generäle jetzt in den verlängerten Armen dieser Organisationen und ihrer Helfershelfer im Ausland entdeckt. Aus diesem Grunde haben sie auch eine große Kampagne unter den Gastarbeitern in der Bundesrepublik eingeleitet, mit der die deutsche Öffentlichkeit beeinflusst werden soll. Zunächst richtete sich der Botschafter in Bonn am 4.2.81 mit schwülstigen Worten an seine Landsleute: (der komplizierte Satzbau soll den Grad der Gebildetheit betonen)

Die Sensibilität der großen Mehrheit der türkischen Landsleute im Besitze von gesundem Menschenverstand gegen die zerstörerischen Aktivitäten, die in Richtung auf unser Land mit grundlosen Verleumdungen die deutsche Öffentlichkeit gegen uns zu beeinflussen trachten und die Türkei in Abenteuer stürzen wollen, deren Ende ungewiß ist, und an denen sich, wenn auch in geringer Zahl, türkische Landsleute beteiligen, wird von allen, die die Türkei lieben, mit Zufriedenheit begrüßt. Die Aktivitäten, die zur Übermittlung der Liebes- und Verbundenheitsgefühle der Landsleute für die heutige Landesführung, die entschlossen und bemüht ist, die Türkei auf festen Grundsätzen in eine wirkliche Demokratie zu überführen, an die deutsche Öffentlichkeit gerade von unseren Landsleuten auf friedlichen und legalen Wegen begonnen wurden, werden den Lärm, der von einer Handvoll Verräter hervorgerufen wurde und ihrer Zahl entsprechend überproportional ist, zum Schweigen bringen und seinen Einfluß unwirksam machen.

Gleichzeitig wurde ein großer Aufruf mit nationalistischem Unterton in der Regenbogenpresse gestartet, wo die Handlanger der Diktatoren die türkischen Arbeiter mit vorgetragten Briefen zu einem Protest gegen die Hungerstreikbewegung mobilisieren wollten. Kein Wort zum Vorwurf der Folter, die deutschen Parlamentarier werden sowohl angegriffen als auch mit Verständnis bedacht. Die Hilflosigkeit der Pro-Folterer kommt auch in ihrer Sprache zum Ausdruck. Aber lesen sie selbst:

Wir Türken, die in der Bundesrepublik leben, stellen mit Bestürzung fest, daß die deutsche Öffentlichkeit nicht immer richtig über die Türkei informiert wird. Hunderttausende Türken, die in der Bundesrepublik leben, unterstützen das Militär und die von ihm getroffenen Maßnahmen. Die Behauptungen über Folterungen, die angeblichen Hungerstreiks und der Versuch, die Türkei ins schlechte Licht zu rücken, sind gegenüber diesen Tatsachen ohne Bedeutung. Wir verurteilen die deutschen Politiker, die sich durch Aussagen der Splittergruppen beeinflussen lassen.

Das türkische Volk und die 1,5 Millionen Türken, die in der Bundesrepublik leben und ein Teil des türkischen Volkes sind, haben großes Vertrauen zum Militär.

IMPRESSUM
türkei-information
Kajen 22, 2000 Hamburg 11
V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Kajen 22, 2000 Hamburg 11
Auflage: 10 000
Erscheinungsdatum: 18.2.1981

In der Türkei herrschen heute wieder Ruhe und Ordnung, die Sicherheit auf das eigene Leben und auch die Sicherheit der Türkei ist wieder garantiert. Die Demokratie wird wieder einkehren der Wunsch der europäischen Länder dürfte auch in diesem Sinne sein.

Wir sind sicher, daß den deutschen Politikern diese Tatsache bekannt ist. Es gibt Länder auf der Welt, deren Zukunft düster aussieht. Die Türkei gehört nicht zu diesen Ländern.

Die Türkei ist ein europäisches Land, das die Menschenrechte achtet.

Das türkische Volk und das türkische Militär sind demokratisch eingestellt. Die Deutschen Bürger erhalten zum Teil ein falsches Bild von der Türkei. Hunderttausende Türken, die in der Bundesrepublik leben, unterstützen voll und ganz das türkische Militär und die von ihm getroffenen Maßnahmen. Wir bitten Sie, auch unsere Meinung, der deutschen Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Trotzdem sollte man die Wirkung einer solchen Kampagne, die mit großen finanziellen und personellen Mitteln vorgetragen werden kann, nicht unterschätzen. Hier liegt eine der ersten Aufgaben der jetzt in allen Städten entstandenen oder noch zu gründenden "Türkei-Solidarität". Aus dem Lager der türkischen Armee heraus aber versucht die Junta inzwischen noch den letzten verbliebenen Trumpf gegen den Westen auszuspielen. Als einziges Argument ist ihnen noch die Bedeutung als Südostflanke der NATO verblieben. Mit einem schielenden Auge auf die Milliarden aus dem Westen verklärte EVREN am 16.01.1981 in Adana:

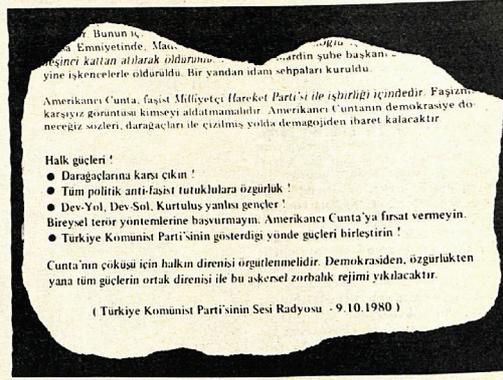
"Wir leben in einer sehr kritischen Zeit. ... Ganz in unserer Nähe liegen zwei benachbarte Staaten im Krieg. ... Ein kleiner falscher Schritt, eine kleine falsche Rechnung kann das ganze Gebiet in Flammen setzen. ... Aus diesem Grund müssen wir immer auf einen Krieg vorbereitet sein. ... Während wir auf der einen Seite den Anarchismus und Terror bekämpfen, vernachlässigen wir auf der anderen Seite die Kriegsvorbereitungen nicht."

Hierauf kann es nur eine Antwort geben, wie sie von MdB Coppik formuliert wurde:

"Bei der Güterabwägung zwischen einer Sicherung der Südflanke der NATO und der Erhaltung elementarer Menschenrechte sollten wir uns für die Menschenrechte entscheiden."

Sollte sich diese Ansicht in parlamentarischen Kreisen durchsetzen, dann stehen die Folterer bald ohne westliche Währung da und ohne die Steuergelder für die Gewehre haben sie auch bald ihre mörderische Macht verloren.

Vorgehensweise einer Gruppe gegen die Junta, namens T'K'P



– Sowohl vor und insbesondere nach dem Putsch haben wir mit dem Kritik gegen andere Gruppierungen aus der Türkei uns zurückgehalten, um mehr Platz für den Widerstand in der Türkei zu widmen.

– Ein Flugblatt zu verteilen, minimalistische Rechte zu fordern, geschieht zur Zeit in der Türkei durch das Einsetzen eines Lebens. Bislang sind knapp 100 Genossen aus Devrimci Yol bei verschiedenen Widerstandaktionen von Juntakräften ermordet worden. Die Festnahmen von vier leitenden und weitere 900 Genossen werden in der Juntafreundlichen Presse als Sieg gefeiert. Nur die Zahl der Festgenommenen stieg bei Neujahr auf 32.500.

– Bei einer solchen schwierigen Situation der Bevölkerung der Türkei gibt es noch Gruppen, die andere Ziele verfolgen. In einem Flugblatt der Komitee zur Unterstützung der Atilim (Sprachrohr der T'K'P) in München heißt es: "Es hat sich klargestellt, daß ein Leiter der Devrimci Yol in Adana ein MIT-Agent (türkische Geheimdienst) und ein Anderer ein Faschist ist" Oder bei einem Plakat der T'K'P gegen die Hinrichtungen wird die Forderung gestellt: "Devrimci Yol-Angehörige, übt keinen individuellen Terror, gibt keine Gelegenheit der amerikanischen Junta!"

– Inzwischen weiß jeder, daß die faschistische Junta die Verhaftung der CHP-Abgeordneten, den Verbot von der DISK (revolutionäre Arbeitergewerkschaftskonföderation), von

TÖB-DER (Lehrerverband der Türkei), TÜM-DER (Beamtenverband der Türkei), TMMOB (Ingenieur- und Architektenkammer der Türkei), Rechtsanwältinnen und Ärztekammer als Terrorismus argumentiert. Dabei bezweckt die Junta die gesamte Opposition, den Widerstand zu kriminalisieren. Zur Stadt Adana und Devrimci Yol ist folgendes zu sagen: Es läuft ein Gerichtsverfahren der Junta gegen die 66 Mitglieder dieser Organisation in Adana, wobei mindestens 18 Todesurteile gefordert werden.

– Daß diese Kampagne von T'K'P-Anhänger FIDEF mitgetragen wird, versteht sich selbstverständlich. Bei Hungerstreikaktionen gegen die Junta hat die FIDEF bei gewerkschaftlichen, kirchlichen und SPD-Kreisen "zufälligerweise" die gleiche Sprache benützt wie die Junta, um die Unterstützung dieser Kreise zu unterbinden. Als der Hungerstreik in 11 Städten der Bundesrepublik klarstellen konnte, daß es nicht um "demokratische" Militärs geht, waren sie schnell mit Pressekonferenz in Bonn daran. Von FIDEF und von einigen Persönlichkeiten getragene "Solidarität mit dem Demokraten in der Türkei" am Vortrag des Pressekonferenz der Hungerstreikenden einen Pressekonferenz am 4.2 in Bonn abgehalten. Dann mußten die Hungerstreikenden ihre Pressekonferenz aus diesem Grund vom 5.2 auf 10.2 verlegen, somit 5 Tage noch mehr im Hungerstreik waren. Die Entscheidung über dem Verhalten der T'K'P und der FIDEF überlassen wir unseren Lesern.

ABONIERT

türkei information

JAHRESABONEMENT 15,- DM (incl. Porto)

Adresse: Kajen 22, 2000 Hamburg 11 Tel: 36 66 78

Kontonummer: L. Ulusal

Hamburger Sparkasse
BLZ: 200 505 50
Ko.Nr: 1152/760 169

FOLTER

Das Thema Folter steht in der Türkei nicht erst seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 auf der Tagesordnung. Schon vorher wurde die Folter systematisch angewendet und war weitverbreitet (Report von amnesty international vom 9. Juni 1980). Die groß angelegte Kampagne gegen alle Demokraten und Oppositionelle hatte schon unter dem Kriegsrecht zur Zeit der Demirel-Regierung begonnen, wiewohl sich das Militär trotz seiner Befugnisse hier und da noch ein wenig zurückhielt. Nun haben die Generale die volle Verantwortung für die Geschehnisse des Landes übernommen, und gleich häufen sich die Nachrichten über die Folterpraktiken in unvorstellbaren Maßen.

Schon in der letzten Ausgabe der türkei-informationen hatte wir die Namen von mehr als 20 Folteropfern veröffentlicht. In der türkischen Presse war bis dahin sehr wenig von den alltäglichen Folterpraktiken in den (Militär-)Gefängnissen der Türkei zu lesen. Trotzdem hatten sich die Vorwürfe aus dem In- und Ausland derartig gehäuft, daß Ende November eine erste Meldung über zweifelhafte Sterbefälle in Gefängnissen erschien. Hier waren insgesamt 9 Folteropfer aufgeführt, unter ihnen der bekannte Verleger İhan ERDOST. Zu seinem Tod schreibt sein Bruder, der zusammen mit ihm verhaftet wurde, aber noch einmal dem Tod entging:

Muzafer Erdost halbtot aus den Krallen der Junta entkommen und deckt auf:

İhan Erdost wurde 1944 in Artova geboren und stammte aus einer armen Bauernfamilie. Nach dem Besuch der Volksschule (Koranschule) in Artova besuchte er das Gymnasium in Ankara bei seinem älteren Bruder Muzafer und studierte Jura. Als 1971 Muzafer Erdost von der Junta, die damals Demirel stürzte verhaftet wurde, übernahm İhan den Verlag seines Bruders „Linker Verlag“. 1973 gründete er den Verlag „Onur“ und hat eigene wie auch Bücher von Hegel, Darwin, Engels, Russell, Rosalind u.a. veröffentlicht. İhan wurde im Gegensatz zu seinem Bruder Muzafer, der außer den wiederholten Inhaftierungen nur knapp einem Attentat der „Grauen Wölfe“ im November 1979 entging, nie in Haft genommen.

Der Brief Muzafer Erdosts:

Ein Vetter von mir, Buchhändler, informierte mich, daß die Abteilung 1. (A), d.h. die politische Presseabteilung, der Schutzpolizei von Ankara nach mir fahndete und daß ich die Telefonnummer, die ihm auf einem Zettel gegeben worden sei, anrufen müßte.

Am 3.11. rief ich an. Der Leiter der Schutzpolizei teilte mir mit, ich müßte mich der Schutzpolizei stellen, er wußte aber selbst nicht den Inhalt der Anklage. Er sagte, es liege ein Brief der militärischen Verwaltung Ankaras vor, die verlangte, daß Anklage gegen mich erhoben würde.

Am selben Tag erschien ich in der Presseabteilung der Direktion der Schutzpolizei. Dort fragte man mich, warum mein Bruder İhan nicht auch erschienen sei. Wir wußten nicht, daß auch İhan gesucht würde.

In der Direktion lag ein Brief vor, in dem die Durchsuchung unserer Wohnungen und unserer Büros angeordnet wurde. In diesem Brief wurde auch ein „gründliches Verhör“ angeordnet, „auch im Falle, daß keine Beweise vorhanden seien. Am selben Tag wurden unsere Wohnungen und Büros durchsucht. Eine Liste unserer Bücher wurde aufgestellt. Die meisten davon waren Bücher, die in meinem Verlag „Sol Yünlari“ erschienen waren.

Die Liste wurde dem zuständigen Offizier überreicht, um zu prüfen, ob verbotene Bücher darunter seien. Nur drei wurden als verboten be-



trachtet und beschlagnahmt.

Am selben Abend, dem 3.11.80 wurde ich in einer Zelle des 6. Stockwerks der Direktion der Schutzpolizei eingesperrt. Am nächsten Morgen nahm der Leiter der Presseabteilung der Schutzpolizei meine Aussage auf Tonband auf. Er wollte alle Einzelheiten unseres Lebens wissen, stellte aber keine Fragen, die auf irgendwelche Beschuldigungen hindeuteten. Ich erklärte von alleine, daß die drei als verboten betrachteten Bücher von mir herausgegeben worden waren, daß aber keine gesetzliche Handhabe über die Beschlagnahme oder ein Verbot der Bücher bestünde. Am 5.11.80 stellte sich auch İhan der Schutzpolizei. Seine Aussage wurde ebenfalls auf Band aufgenommen. İhan war der Cheflektor der Verlags „Onur“ und Inhaber der „İkyaz Press“, die in den letzten Jahren mit Verlust arbeitete, so daß wir ihre Einstellung beschlossen hatten. Mittags brachten sie İhan in meine Zelle. Er sagte, er habe alles über seine verlegerische Tätigkeit ausgesagt.

Am selben Nachmittag wurden wir in Begleitung eines Polizisten zur Direktion der Kriegskommission des Amts für öffentliche Beziehungen (public relations) in Ankara-Mamak gebracht. Wir kamen 15.10 Uhr an. Ein Unteroffizier teilte uns mit, daß nach dem Befehl des juristischen Beirats nach 15 Uhr keine Fälle mehr untersucht würden. So wurden wir in unsere Zellen zurückgebracht.

Ein Buch, das İhan gehörte, „Dialektik der Natur“ von Engels und drei Bücher von mir, ebenfalls „Dialektik der Natur“, „Das Jugendproblem“ von Lenin und „Anarchismus und Sozialismus“ von Stalin, sowie die Akten mit unseren Aussagen und ein Begleitbrief wurde dem juristischen Beirat der Kriegsgesetzdirektion übergeben.

Der Untersuchungsrichter, ein Militärrichter, hatte nach Überprüfung der Akten zu entscheiden über – Untersuchungshaft – Überweisung des Falls an ein Zivilgericht – die Rückgabe unserer Akten an die Schutzpolizei zur Ergänzung – Freilassung

Wir erwarteten, daß sie uns der Ziviljustiz zuweisen würden, aus der wir dann freigesprochen werden müßten, da der Besitz von verbotenen Büchern kein Verbrechen ist. Mit diesen Gedanken warteten wir ungefähr 10 Stunden, und um 19 Uhr wurde uns gesagt, der Untersuchungsrichter sei weggegangen. Wir wurden zur Schutzpolizei zurückgebracht.

Am nächsten Morgen, dem 7.11., wurden wir wieder zur Kriegskommission im Mamak gebracht. Wir warteten bis spät nachmittags. Um 17.30 wurde unser Begleiter, der Polizist, ins Büro des juristischen Beirats gerufen. Er kam wenig später, um zu sagen, daß wir unter Militärhaft stünden. Wir fragten, aufgrund welcher Beschuldigungen und auf-

grund welchen Gesetzes. Er antwortete, daß ihm die gesetzliche Handhabe nicht genannt worden sei, aber der Grund unserer Haft sei der „Besitz verbotener Bücher“.

Das Gefängnis liegt im Militärbezirk auf einem niedrigen Hügel. Mein Onkel wartete am Eingang des Militärbezirks, um uns mit seinem Auto ins Gefängnis zu bringen. Meine Frau war auch dabei. Sie war an solche Umstände gewöhnt, da ich oft in der Vergangenheit verhaftet worden war. Sie zeigte immer große Geduld. Als wir aus dem Auto stiegen, sah ich sie weinen. İhan lachte und sagte zu ihr: „Rena, es ist das erste Mal, daß du vor dem Gefängnis weinst.“ Sie antwortete: „İhan, ich fühle, daß es diesmal anders ist.“

Dann wurden wir im 3. Block verhört. Da ich in der Vergangenheit zweimal im selben Gefängnis untergebracht worden war (das erste Mal zwei Jahre, das zweite Mal 15 Tage,) sagte ich İhan, daß der 3. Block der bessere sei. Es war İhans erste Inhaftierung. Das Militärgefängnis im Mamak besteht aus drei Blöcken. Das alte Gebäude heißt zweiter Block und das zweite, das nach dem Putsch am 12.3.71 gebaut wurde, heißt erster Block. Später, zehn Minuten entfernt, wurde aus ein paar Kasernen ein neues Gefängnis gebildet, das dritter Block heißt.

Bevor wir das Gefängnis betraten,

wollten sie sich, nach unserer politischen Anschauung erkundigen. Wir antworteten „links“ und trugen in unserm Untersuchungsheft „Linker“ ein.

Zunächst brachten sie uns in ein kleines Abstellzimmer, wo die Akten aufbewahrt und Fotos gemacht wurden. Da befanden sich noch drei weitere Inhaftierte und dann kamen noch zwei hinzu. Danach mußten wir uns auf der Treppe in einer Reihe aufstellen mit dem Gesicht zur Wand. Sie machten Frontalaufnahmen und Profilaufnahmen von uns. Haar und Bart wurden abrasiert. Wieder wurden Fotos gemacht. Jeder von uns füllte eine Karte aus. Und ein Soldat trug unsere persönlichen Merkmale ein.

Während dieser Prozedur beschimpften sie uns mit vulgären Ausdrücken, versetzten uns Kolbenschläge, schlugen uns mit Fäusten und gaben uns Tritte, wenn wir uns nach ihrer Meinung nicht richtig verhielten. Sie schlugen İhan und mich zweimal mit dem Kolben auf die Arme.

Wir zwei wurden von den übrigen getrennt. Der Soldat, der unsere Merkmale auf der Karte notiert hatte, rief irgendwo an und sagte, er bräuchte einen großen Lastwagen, da zwei Gefangene zum 3. Block transportiert werden müßten. Ein kleiner Wagen wäre nicht geeignet. Offenbar wurde ihm gesagt, es wäre kein Lastwagen vorhanden, da er antwortete: „Schickt ein REO“ (Anmerkung: großer Militärlastwagen). Wenig später erschien ein Unteroffizier und fragte: „wer ist es?“ Sie zeigten auf uns. Wir standen stramm, mit dem Rücken zur Wand, neben der Tür. Ein Soldat hinter dem Unteroffizier fragte uns, was wir begehren hätten. Wir antworteten: „Besitz an verbotenen Büchern“. Darauf er: „nämlich?“ Das verstand ich zuerst nicht, aber dann ahnte ich, was er wissen wollte; seine Frage zielte darauf, ob wir Linke oder Rechte seien. So sagten wir: „Linke“.

Auf dem Korridor des 1. Blocks untersuchten sie uns nochmal. Der Unteroffizier sagte beleidigend: „Ihr habt auch die zehnjährigen Kinder vergiftet. Die Gefängnisse sind voll von diesen Jugendlichen.“ Und auf den Soldaten zeigend, fügte er hinzu: „Die, haben auch in der Nacht keine Zeit zum Schlafen“.

Als wir auf den REO steigen wollten, begannen sie uns mit Tritten und Kolben zu schlagen. Wir stürzten uns auf den Wagen, von dem bloß die hintere Tür geöffnet war. Wir setzten uns auf zwei gegenüberliegende Bänke und schauten uns an.

Der REO war in zwei Räume geteilt, in der Mitte eine Tür mit einem Riegel. Vier Soldaten mit Kolben in den Händen stiegen ein und befahlen uns aufzustehen. Wir standen stramm an der linken Seite des Wagens. Sie schlugen uns mit ganzer Kraft erbarmungslos, zwei stürzten sich auf mich, zwei auf meinen Bruder. Ich schrie vor Schmerz. İhan sagte nichts. Sie schlugen ununterbrochen.

Ich sah meinen Bruder auf den Boden fallen. Die zwei Soldaten schlugen weiter. Vor sechs Jahren wurde mein Bruder an der Schulter operiert. „Seine Schulter ist gebrochen, schlägt mich nicht, schlägt mich“, bat ich. Niemand reagierte darauf. Durch die Schläge ins Gesicht konnte ich meinen Bruder nicht mehr scharf sehen. Es war dunkel und an dem langsam dahinfahrenden Wagen war keine Beleuchtung angebracht. Mein Bruder versuchte kriechend aufzustehen. Die Folter dauerte, wie ich annehme, eine halbe Stunde. Der Wagen hielt und sie prügelten uns hinaus. Als wir zum Gefängnis gingen, befahlen sie uns stehenzubleiben. Zusammen mit dem Unteroffizier schlugen sie uns weitere fünf Minuten. Wir hielten es nicht mehr aus und baten den Unteroffizier, aufzuhören. Er meinte: „daran hättest ihr vorher denken müssen“. Als die Soldaten dies hörten, wurden sie ermun-

FOLTER

tert und schlugen noch stärker zu. Ich sah meinen Bruder wieder zu Boden fallen. Er konnte nicht mehr stehen. Sie fielen auf ihn, schlugen ihn mit Tritten und Fäusten. Sie befahlen uns, stramm zu stehen, obwohl wir uns auf unseren Beinen nicht mehr halten konnten. Unsere Arme waren dick wie Baumstämme geschwollen, so daß wir sie nicht mehr an den Körper legen konnten. Der Unteroffizier schrie: „Legt ihre Arme an den Körper an. Euch bleiben noch Eure Geschlechtorgane zum Plätzen!“ Nach diesen Worten fingen die Soldaten wieder an, uns mit Schlägen zu traktieren. Irgendwann gebot ihnen der Unteroffizier Einhalt. Sie trugen uns zum Eingang des Gefängnisses. Wir gingen durch zwei eiserne Türen. Zwischen Gefängnisgang und Gefängnisgebäude war ein Halt. Als wir zum Eingang geschleppt wurden, zeigten sie uns eine andere Tür und befahlen uns, dahin zu gehen. Als wir uns der Tür näherten, begannen sie erneut, uns zu schlagen. Wir hörten irgendwelche Befehle. Sie schleppten uns wieder zum Gefängnisgang und schlugen weiter. Mein Bruder fiel wieder zu Boden.

Als sie uns wieder befahlen, vor der Tür stramm zu stehen, stand mein Bruder mit großer Anstrengung auf. An jeder Türseite standen zwei Soldaten. Sie schrien: „Stramm stehen! Arme an den Körper legen!“ Drei seit längerer Zeit Inhaftierte liefen herbei. Sie sagten: „Auf euern Befehl, Herr Kommandant!“ Die Soldaten fragten: „Wendet ihr sie hinein?“ Die Antwort lautete: „Jahwohl, Herr Kommandant.“ Einige Inhaftierte hielten mich an den Armen, andere meinen Bruder. Einen Augenblick schauten wir uns an. Sein Gesicht war mit Blutflecken bedeckt, seine Augen waren rot. Wir schauten uns an, ohne ein Wort zu wechseln. Ilhan ging zwei Schritte zurück und sagte: „Es ist mir übel geworden, ich werde erbrechen.“ Er fiel um. Die Gefangenen hielten ihn und legten ihn auf ein Bett. Mich brachten sie ins Innere des Raumes. Sie zogen sein Hemd aus.

Ich sah ihn wieder als sie ihn auf das danebenstehende Bett legten. Sein Kopf hing herunter und sein Mund war offen. „Ilhan, Ilhan“, rief ich. Ich bekam keine Antwort. „Ilhan, Ilhan“, rief ich wieder. Sie sagten zu mir, es würde ihm besser gehen. Ich dachte er wäre bewußtlos. Sie legten ihn auf das Bett gleich neben mir. Uns trennte ein Abstand von 40-50 Zentimeter. Als sie ihn hinlegten, sagte einer: „Er kann nicht auf seinen Beinen stehen“. Er erschrak und dachte, er sei gelähmt worden. Ich wollte nicht an seinen Tod glauben.

Es war auch ein Medizinstudent anwesend, den die anderen „Doktor“ nannten. Er versuchte die künstliche Beatmung. „Mein Bruder ist tot“, sagte ich. Nein, es ist nichts passiert, antworteten sie. Sein Puls ist nur ein wenig schwach, wir versuchen ihm zu helfen. Nach einer Viertelstunde kam ein Unteroffizier und bestellte einen Krankenwagen. Sie transportierten ihn mit einer Bahre nach draußen. Er lag mit offenem Mund, die Augen waren halb offen. Ich wollte ihn küssen, aber die anderen Gefangenen hielten mich ab.

Mein Bruder war weg. Er starb hier neben mir. Wie schwierig war es für mich, diese Tatsache hinzunehmen. Die Gefangenen versuchten, ihn aufzuwecken, vergeblich. Trotzdem bleibt mir eine Hoffnung. Vor zwei Stunden, als wir auf die Entscheidung des juristischen Beirats warteten, konnte Ilhan noch gehen. Mein Bruder war damals so schön. Er hatte einen sehr schönen Schnurrbart, seine Augen leuchteten. Ich dachte, daß ich ihn behüten könnte, wenn ich bei ihm wäre. Aber jetzt war er tot. Was würde ich seiner zwölfjährigen Tochter sagen? Und wann hätte seine 5 Monate alte Tochter Vater sagen lernen?

Sie haben uns zum letzten Mal zusammen fotografiert. Sie haben uns zusammen geschlagen. Er ist gestorben, ich lebe noch. Ich begann ihn zu beweinen.

Die Gefangenen warteten stramm in einer Reihe auf den Apell. Einige von den Linken hörte ich weinen. Immer mehr Leute begannen zu weinen. Dann nahmen sie mich aus die-

sem Gebäude raus.

Ich war naß und durchgeschwitzt. Sie brachten mich an einen anderen Ort. Es wehte ein kalter Wind. Ich zitterte und wäre beinahe umgefallen. Deshalb wickelten sie meinen Kopf in meine Jacke, um mein Zittern zu verhindern. Sie schleppten mich 3-400 Meter weiter bis zur Offiziersabteilung.

Der Unteroffizier, der uns zum Gefängnis gebracht hatte, fragte: „Herr Muzafer, warum haben Sie uns nicht informiert, daß Ihr Bruder am Herz leidet?“ Mein Bruder hatte nie ein Herzleiden gehabt. Ich verstand, daß mein Bruder an einer Gehirnerkrankung gestorben war. Ich sprach nicht. Ich trank ein bißchen Wasser. Dann brachten sie mich in eine Zelle der G-Abteilung.

Einige Inhaftierte gaben mir 5-6 Decken, Wasser und Milch. Die Wächter gaben mir eine Spritze zum Einschlafen. Ich schlief ein wenig und sprach trauernd mit meinem Bruder. Die Soldaten beobachteten mich dauernd durch das Fenster.

Nach unendlichen Stunden kam der Morgen. An diesem Tag, es war der 8.11., sagten sie mir, ich solle mich fertig machen. Zwei Gefangene halfen mir, mich anzuziehen. Arme und Hände waren noch immer geschwollen.

Sie wollten unbedingt die Handschellen anbringen, obwohl das bei meinen geschwollenen Händen unmöglich war. Sie legten die Handschellen an, ohne sie zu verschlüssen. In einem kleinen Wagen brachten sie mich zum 1. Block.

Zuerst aber muß ich auf ein paar Tatsachen zurückgreifen. Als sie uns beide mit dem REO transportierten, legten sie uns keine Handschellen an, obwohl die Anordnungen klar waren: jeder Inhaftierte oder Gefangene muß an Handschellen angekettet werden, auch für den Fall, daß er an einen nicht weit entfernten Ort gebracht wird. Wenn wir Handschellen getragen hätten, hätten wir unseren Kopf schützen können, und das wußten sie.

Zweitens: als sie mich zum Büro des Staatsanwalts mit dem kleinen Wagen transportierten, sah ich, daß in diesem Wagen für 10 Menschen Platz war, aber er war nicht hoch genug, daß 4 Leute zwei andere foltern könnten. In diesem Auto hätte man uns nicht derart zusammenschlagen können.

Im Büro des Staatsanwalts nahmen sie meine Aussage auf Band und notierten alles, was ich sagte. Am nächsten Tag ergänzte ich meine Aussage über den Tod meines Bruders.

Der Staatsanwalt sagte mir, daß im REO nur drei Soldaten Dienst gehabt hätten und es wurde nach dem vierten Soldaten gesucht. Später fand er heraus, wer der vierte Soldat war. Der Unteroffizier behauptete in seiner Aussage, daß wir nur im REO geschlagen worden seien, und daß er nichts über die Sache wüßte. Die Soldaten sagten aus, sie hätten uns nicht geschlagen.

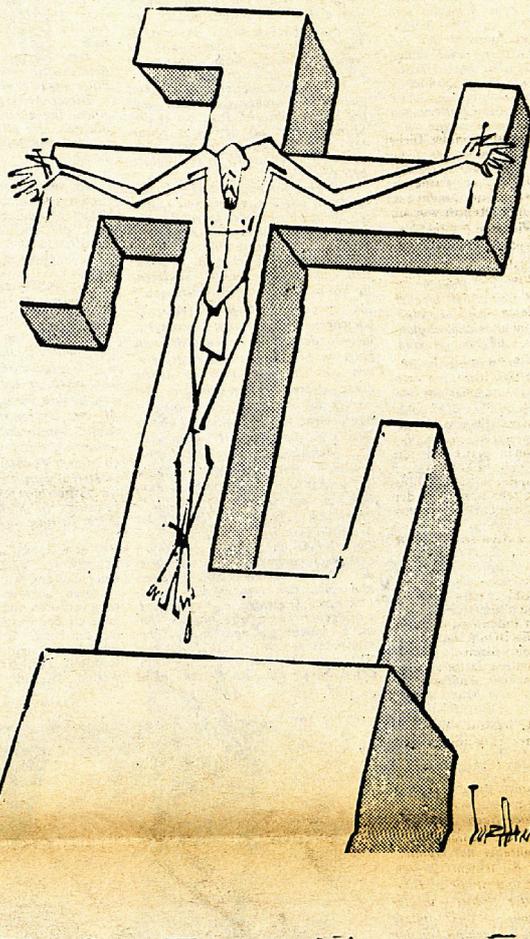
Am Montag wurde ich wieder ins Büro des Staatsanwalts geführt, um einige Soldaten zu identifizieren. Ich erkundigte mich, ob unsere Familien informiert worden wären. Sie sagten, da wäre die Kriegsrechtskommission kompetent und über welche Verwandten sie meine Familie informieren sollte. Ich nannte den Namen Chali Zelenk, Rechtsanwalt und Familienfreund.

Vier Tage waren seit dem Tod meines Bruders vergangen und keiner außerhalb des Gefängnisses wußte davon. Um vier Uhr nachmittags wurde der Tod Chali Zelenk bekanntgegeben, der meine Familie informierte.

Am nächsten Tag besuchte mich Chali und sagte, daß er einen Entlassungsantrag gestellt hätte.

Ich wurde durch die Räume, die ich mit Ilhan betreten habe, hindurch zum Ausgang geführt, wo mein Onkel auf mich wartete. „Wir haben das Gefängnis gemeinsam betreten, aber ich komme allein zurück“, sagte ich.

Zu Hause erfuh ich, daß die Schließung der Zeitung „Zumhuriyet“ verordnet worden war, weil sie über den Tod Ilhans einen sechsspaltigen Bericht veröffentlichte. Wir beschlossen, am nächsten Tag Ilhan beizusetzen. Durch die Hilfe einiger Freunde konnten wir die Todesnachricht in



„Milliet“ und „Hürriet“ veröffentlichten.

Am nächsten Morgen kniete ich den Leichnam meines Bruders betrachten. Seine Augen waren halb offen. Die Oberlippe war gedehnt, als hätte er. Sein Schädel war eingedrückt, seine Rippen gebrochen. Ich wusch ihn und beweinete ihn. Ich küßte ihn an den Augen, am ganzen Gesicht. Sein Leichnam wurde zu Jamil gebracht. Wir folgten ihm nach.

Wir haben ihn friedlich und mit Würde beigesetzt. Es waren alle fortschrittlichen, demokratischen und linken Schriftsteller, Journalisten, Professoren und Menschen anderer Berufe anwesend.

Mit der ersten Nachricht in der inländischen Presse sollte ganz sicher der Eindruck erzeugt werden, daß die Folterter Einzeltäter sind, die in jedem Fall mit der Schärfe des Gesetzes verfolgt werden. Im Hinblick auf die Sitzung des Europarates im Januar und die geplanten Besuche von internationalen Kommissionen ließ denn auch Ministerpräsident ULUSU am 6.12.1980 verlauten:

„Unsere Gesetze haben – unabhängig von dem begangenen Verbrechen der Gefangenen – eine Behandlung, die der Menschenwürde widerspricht und die Folter an ihnen definitiv unter Strafe stellt. Foltervorwürfe werden als Anzeigen gewertet, die ernsthaft untersucht werden. Wer am Ende einer Untersuchung als Folterter zu erkennen ist, wird unter Anklage gestellt und ohne Verzögerung bestraft.“

Trotz dieser heeren Versprechungen gingen die Folterungen in unverminderter Härte weiter und auch im Monat Dezember waren etliche Folterter zu beklagen (ganz zu schweigen von den unzähligen Inhaftierten, die täglich unter den Folterungen zu leiden haben und von denen nicht

wenige ihr Leben lang verkrüppelt und mit unheilbaren Leiden zu kämpfen haben). In der Türkei glaubte die Militärjunta jedoch ihr Notwendigstes getan zu haben, um auch die skeptischen Politiker im Ausland von ihren lauterer Absichten überzeugen zu können.

Dennoch fanden sich mutige Journalisten, die – wenn auch nur ansatzweise – von den Folterpraktiken in den türkischen Kerkern sprachen. So schrieb Mustafa Ekmecki in der Zeitung CUMHURİYET am 22.12.1980, daß Quälen von Menschen eine „unschöne“ Sache sei. Er zitierte dabei aus dem Brief eines Sohnes an seinen Vater:

„Vater, du weißt, daß ich am 18. September 1980 festgenommen wurde. Als ich sagte, daß ich der Vorsitzende der Jugendabteilung der CHP (Sozialdemokraten) sei, sagte der Polizeipräsident zu den Polizisten: „Wir nehmen keine Parteifunktionäre fest, warum habt ihr Nuri festgenommen?“ Daraufhin sagte der Polizist C: „Dies ist ein Spezialauftrag.“ Am 26. Oktober lasen die Polizisten 7 Namen vor. Ich war auch unter den 7 Leuten ... Nachdem sie unsere Hände und Augen verbunden hatten, haben sie mich mit den 6 Leuten auf einen Wagen verfrachtet. Nachdem wir eine ganze Weile gefahren waren, hielt der Wagen einmal. Sie luden uns aus und brachten uns an einen Ort. Wie ich später erfahren habe, war dies das Straßenausbau Nr. 10 auf dem Weg nach Akcaabat. Kaum waren wir drinnen, zogen sie mich gleich an meinem Schnurrbart. Einer kam nahe heran und sagte: „wir machen dich fertig.“ Vater, diese Stimme habe ich gleich erkannt. Es war „Z.A.“

Hier hat der Journalist den Brief abgebrochen und nur noch zusammenfassend von den Folterungen be-

richtet, wobei er wohlweislich das Wort „Folter“ vermieden hat und nur von „Quälereien“ spricht. Eindeutiger sind da schon die Berichte von Leuten, denen es gelang, ins Ausland zu fliehen. Obwohl auch schon an anderer Stelle veröffentlicht, geben wir hier den Bericht eines Ingenieurs wieder, der sich noch rechtzeitig vor seiner Verhaftung ins Ausland absetzen konnte:

Ein zufällig festgenommener Bekannter von mir besuchte mich einen Tag nach seiner Freilassung. Er berichtete über die angewandten Verhörmaßnahmen. Er war total erschöpft. Er war zu einem Platz hinter dem Polizeipräsidentium gebracht worden, der als Zentrale bekannt ist und unter der Leitung des Kommissars Kemal steht: hier werden alle linksgerichteten Leute verhört. Ihre Festnahme passierte folgendermaßen: Sie waren zu einer Wohnung gegangen, während eine Operation in einer anderen Wohnung verlief, wo sie in kleinster Form hätten Zugang haben können. Dort wurden alle Personen, die in diese Wohnung kamen, festgenommen. Unterdessen wurden auch sie nach ihren Ausweisen gefragt. Sie zeigten ihre Ausweise vor, worauf die Polizisten ihnen sagten: „Laßt uns mal zur Zentrale gehen“ – und sie dann mit zu dem oben beschriebenen Verhörort – nahmen. Hier wurden sie in eine Zelle geworfen und nachdem sie eine Weile gewartet hatten, kamen sie zum Orte des Verhörs. Hier wurden sie 15 Minuten lang, ohne daß sie irgend etwas gefragt wurden, an der Decke aufgehängt und geschlagen, gleichzeitig wurde auch Strom gegeben. Danach hat man mit der ersten Frage nach ihren Namen gefragt. Sie sagten ihren Namen, worauf die Verhörenden sagten: „Sagt den wirklichen Namen, wir glauben an das, was du

FOLTER

sagt überhaupt nicht", und weiter fortführen mit dem Schlagen und den Stromstößen, ca. eine Stunde lang. Das alles, obwohl der Bekannte seinen Ausweis und seinen Führerschein bei sich hatte. Trotzdem haben sie, um seinen wirklichen Namen herauszubekommen, eine Stunde lang mit den Folterungen fortgefahren. Danach sagten sie: „Mal sehen, jetzt wollen wir dem mal glauben“ und unterbrachen die Folterungen für eine Zeit. Dieses Mal haben sie eine Stunde lang geschlagen und die Stromfolter angewandt, um seinen Beruf herauszubekommen. Obwohl er seinen Beruf sagte, akzeptierten sie diese Antwort als nicht richtig und führen mit der Folter fort; nachdem sie eine kurze Unterbrechung gemacht hatten, fragten sie wieder: „was für eine Arbeit machst du?“ und mit dieser Frage war eine Stunde Folter verbunden. Nachdem dies beendet war, fragten sie eine Stunde lang: „wer sind deine Bekannten? Beschäftigt du dich mit Politik?“ und führen dabei mit der Folter fort. Als letztes wurde er nach seinen Verwandten gefragt und mit wem er häufig etwas zu tun habe, und was diese denn machten. Diese Fragen waren ebenso mit Folterungen verbunden. Danach sagten sie zu dem Freund: „tut uns leid“, und ließen ihn wieder laufen.

Es hat also den Anschein, daß sie jemanden, den sie auf irgendeine Weise willkürlich festgenommen haben, mit der Absicht „vielleicht bekommen wir doch etwas heraus“ den verschiedensten Folterungen unterwerfen. Diesen Bekannten, der der Folter unterworfen wurde, haben sie einige Tage später wiederum festgenommen. Als Folge der erneuten Folterungen ist sein Schlüsselbein gebrochen worden, das haben wir in Erfahrung gebracht. Die Informationen, die wir von den Rechtsanwältinnen bekommen haben, die mit ihren Mandanten sprechen konnten, deuten daraufhin, daß bei den Gefangenen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, noch weit schrecklichere Folterungen vorgenommen werden, als die oben beschriebenen. Sowie uns die Anwälte von ihren Mandanten mitteilen, sind die mit Sicherheit angewendeten Foltermethoden folgende: Stockschläge, Stromstöße, Polizeiknäppel in After oder Vagina stecken, nicht schlafen lassen, nicht auf die Toilette lassen, nicht hinsetzen lassen, im Kalten nackt lassen, den Kopf unter Wasser halten und dort bis kurz vor dem Erstickten festhalten; hungrig und ohne Wasser lassen; zwangsweise Salz essen lassen; ohne Licht lassen oder aber in grellem Licht zurücklassen, gleichzeitig auf den Brustkasten steigen und darauf herumspringen; den Kopf gegen die Wand schlagen und mit Ermordung drohen; aus einem der obersten Stockwerke des Gebäudes zu werfen drohen; in eine dunkle Gegend bringen und dort drohen, ihn zu erschossen.

Nach dem Ende der Verhöre kommen die Leute in das Militärgefängnis von Mamak, und hier werden die Folterungen täglich fortgesetzt. So wie einer, der aus dem Militärgefängnis herauskam, beschreibt, sind diese unvorstellbar.

Zuerst kommen die Leute von Block A und B in die Quarantäne, das ist eine Abteilung innerhalb des Gefängnisses, in dieser Quarantäne werden sie ausgezogen und mit einem Feuerwehrschauch wird mit großem Druck kaltes Wasser auf sie gespritzt. Danach werden die nassen Gefangenen von den Soldaten geschlagen. Die Gefangenen werden von Zeit zu Zeit wieder naß gemacht und erneut geschlagen. Während dieses Vorganges sind die Gefangenen in einer Zelle ohne Fenster. Hier werden sie naß eingesperrt. Sie müssen dort warten und nehmen so gesundheitlichen Schaden. Diese Vorgänge dauern 48 Stunden und danach wird der Gefangene in erschöpftem Zustand in die für ihn vorgesehene Zelle gebracht.

Das Leben in den Zellen ist für die Gefangenen kein Unterschied zu den Folterungen. So wie der Berichterstatter mitteilte, wird den Gefangenen die Möglichkeit zu jeder menschlichen Regung genommen, und sie werden auch in der Form beeinflusst, daß sie von den Überzeugungen, die sie vorher hatten, Abstand nehmen. Jeden Morgen wird die Nationalhymne gespielt, gleichzeitig werden militärische Übungen durchgeführt.

Aufgrund des Fehlers von einem, den man immer findet, müssen sich dann alle bücken, daß in ihren After Luft reinkommen könnte und sie werden dann, bis die Soldaten müde sind, von diesen geschlagen.

Der Berichtende hat dabei einmal eine Krise durchgemacht. Er wurde ins Revier gebracht. Dort hat er drei Stunden lang auf den Arzt gewartet, aber nachdem der Arzt nicht kam, wurde er wieder in sein Zellenbett geworfen.

Bei dem Wachenwechsel holen die Soldaten alle Leute zusammen, stellen sie nebeneinander auf und schlagen sie der Reihe nach. Bei jedem Wachenwechsel gibt es einige, die dann aus Verzweiflung schreien: „wir haben keine Angst vor den Schlägen, ihr könnt uns bis zum Tode schlagen.“ Bei manchen ist das psychische Gleichgewicht verloren gegangen, insbesondere, wenn in den Zellen von jüngeren Leuten noch ältere geschlagen werden, bekommen sie häufig einen Nervenzusammenbruch. Bei Besuchstagen wird der Lautsprecher häufig sehr leise gestellt und so die Besuchten herbeigeht, wenn man den Besuchten dann findet, bekommt er erst einmal vor den Besuchern mit der Bemerkung „warum hast du das denn nicht gehört?“, ordentliche Prügel. Dies ist bei der psychologischen Vernichtung der Gefangenen sehr einflußreich. Neben den physischen Folterungen fragt jeder Wächter willkürlich die Gefangenen nach den Prinzipien des Atatürkismus. Derjenige, der keine Antwort geben kann, wird bis zur Ohnmacht geschlagen und jedesmal bekommen sie dann ganz sicher eine Antwort. Es kann aber auch sein, daß ihnen die Antworten nicht

ungenießbar und hat keinen Nährwert. Die Ernährung in der Kantine ist dreimal so teuer wie außerhalb.

Der Artikel schließt mit einer Bemerkung, warum diese ganzen Folterungen gemacht werden.

Dieser Artikel wurde verfaßt von einem Ingenieur, dem es gelang, zu flüchten, der allerdings nicht möchte, daß sein Name mitveröffentlicht wird.

Unter vielen anderen Berichten erreichte uns auch die Aussage einer Mitgefingenen von Defne Sandalci (26), die Tochter eines bekannten Schriftstellers, der in der Zwischenzeit ebenfalls festgenommen wurde.

„Defne wurde während einer Unterhaltung mit Freunden unter der Beschuldigung, eine Geheimorganisation gegründet zu haben, festgenommen. Obwohl sie seit über einem Monat festgehalten wird (die Nachricht erreichte uns am 10.01.81 d.V.) darf sie ihre Verwandten nicht sehen. Als ihre Mutter sie einmal besuchen wollte, wurde ihr gesagt: „Wenn du weiter drängelst, kannst du die Leiche deiner Tochter sehen.“

Defne wurde täglich einige Male zur Folter abgeführt. Sie wurde verwagt. In ihrem Gesicht und auf ihrem Körper sind überall Flecken.“

Vor dem Putsch wäre es sicher möglich gewesen, solche Berichte auch in einer Zeitung wie der DEMOKRAT zu lesen, aber erstens ist diese Zeitung verboten und zweitens ist es den anderen Zeitungen auferlegt worden, nur die Dinge zu berichten, die kein schlechtes Licht auf die türkische Republik (sprich: neuen Herrscher) werfen. Deshalb bekommen sie auch

verbreiteten und systematisch angewandten Folterpraktiken der uniformierten Herrscher in der Türkei hörten und auch diese Probleme an verantwortlicher Stelle zu Gehör brachten. Jetzt reichte es nicht mehr aus, daß der Ministerpräsident eine Pressekonferenz abhielt, in der er die Verfolgung der Folterter ankündigte, nun mußten konkrete Ergebnisse einer angeblichen Bestrafung der Folterknechte vorgezeigt werden. So erschien denn auch am 25.1.1981 in der türkischen Presse ein großer Bericht, daß die Foltervorwürfe untersucht werden.

Während in der ersten Nachricht vom 24.11.80 noch von neun zweifelhaften Sterbefällen die Rede gewesen war, wurden hier nur noch acht Fälle aufgeführt, die allesamt genauestens recherchiert worden seien (laut Angaben des Berichts). Das Ergebnis war, daß in fünf Fällen Verfahren gegen die Verantwortlichen an der Folter eingeleitet werden mußten, während drei weitere Fälle eingestellt wurden, da es sich hierbei angeblich nicht um Folterungen handeln soll. In zwei Fällen wurde behauptet, die Toten hätten Selbstmord begangen. Hierzu gehört der Anwalt des Gewerkschaftsbundes DISK, Ahmet Hilmi VEZIROGLU, der sich in Bursa das Leben genommen haben soll (wie noch zwei andere, die in dem Bericht gar nicht erwähnt werden) und Bekir Bag, der sich in dem Militärgefängnis in Ankara MAMAK mit dem Bettlaken an der Heizung aufgehängt haben soll. Das überraschendste Ergebnis fand sich aber im Falle von Zeynel Abidin CEYLAN, der am 26.9.1980 an den Folgen der Folterungen, die er in vier Tagen nach seiner Festnahme, am

rüle besaß aber außerdem die Frechheit, weder auf die Namen der von amnesty international als bewiesenen ausgeübten Foltertoten einzugehen (z.B. Saadettin GÜVEN) und verschwieg auch die Vorwürfe der Folter, die in der einheimischen Presse wiedergegeben waren.

Ein Beispiel dafür ist Ercan KOCA, 17 Jahre, der am 13.12.1980 beim Plakatkleben gegen das Todesurteil von Erdal EREN festgenommen und am 15.12.1980 verstorben war. In seinem Totenschein war die Rede von einer Blutung der Hirnhaut und darauf folgendes Versagen der Atmung und des Kreislaufes. Sein Vater richtete daraufhin eine offizielle Beschwerde an die Kriegsverbrecherkommandantur in Ankara (Datum: 15.12.1980, Nr. 6652). Ercans Vater, der pensionierter Eisenbahner ist, und seine Mutter, Süleyman und Yasar KOCA, wurden wegen dieses Vorfalles für einige Zeit festgenommen. Auch Ercans Schwester, Rezzan KOCA, die an der Universität Hacettepe in Beytepe arbeitet, wurde schon im Oktober wegen eines im Müllbehälter befindlichen Flugblattes festgenommen (dies sind Meldungen der in der Türkei nicht verbotenen Presse, so daß ein offizieller Untersuchungsbericht darauf hätte eingehen müssen).

Zwei Tage danach wurde vom Tod eines ebenfalls 17jährigen Beschuldigten berichtet, der in Istanbul am 28. September verstorben war (Diagnose: Gehirnblutung). Dies war schon der 17. Tag seiner Vernehmung. Auch der Tod dieses jungen Lebens wurde in dem Bericht verschwiegen. Zur Verdeutlichung der Folgen von Folter veröffentlichten



pässen und der Gefangene weitergeschlagen wird. Zu bestimmten Stunden wird über die Prinzipien Atatürks referiert, so versucht man mit Gewalt die Überzeugungen in den Köpfen der Leute wegzuschleichen und die eigenen Überzeugungen hineinzubekommen.

Wiederum nach den Aussagen von jemandem, der zufällig festgenommen wurde und dann wieder freigelassen wurde, gibt es keine Möglichkeit, wenn man einmal in das Militärgefängnis von Mamak gekommen ist und dort eine Weile zugebracht hat, seelisch und physisch gesund wieder herauszukommen. Bei dem Bekannten, mit dem ich zusammentraf, gab es eine Unkonzentriertheit und eine absolute Erschöpfung, die zu spüren war. Er machte sich ständig Vorwürfe „wir sind zwar hinausgekommen, aber den anderen das drinnen geht es immer noch so“.

Wie weiterhin berichtet worden ist, sind jetzt schon bei vielen Leuten viele physische Behinderungen festzustellen. Viele Leute können nicht schlafen oder wachen während des Schlafens durch eigene Schreie oder Gerbrüll auf.

Das Essen, das verteilt wird, ist

schon am 24.11.80 den Auftrag, von den gewissenhaften Untersuchungen der Folterter zu untersuchen. Weitere Nachrichten im Dezember sollten ganz sicher den gleichen Effekt erzeugen, nämlich die Bevölkerung

und die ausländischen Politiker davon zu überzeugen, daß die Folterungen Verfehlungen einzelner Beamter sind, die ganz sicher nicht im Auftrag der Militärjunta handeln.

Sie durften aber nicht von der Verhaftung von fünf und dem Folterter eines dieser Verhafteten, einer Jugendorganisation berichten, für die aus dem Ausland eine Hungerstreikaktion zu Weihnachten 1980 begonnen wurde. Nicht nur Behcet Dinler, der am 17.12.1980 an den Folgen der Folter starb, sondern auch die anderen Festgenommenen sollten zuerst ausgepreßt und dann klammheimlich umgebracht werden, da für eine formale Hinrichtung doch zu viel Beweise gebraucht werden und unter Umständen dagegen sich auch eine internationale Protestwelle ergeben könnte.

Die entschlossene Haltung der Hungerstreikenden brachte jedoch speziell in der Bundesrepublik eine breite Öffentlichkeit auf die Beine, die nun zum ersten Mal von den weit-

9.80, wegen Plakatklebens erlitten hatte, verstorben war. In seinem Fall hieß es, daß keine Person dieses Namens in den Akten des Polizeipräsidentiums Ceyhan zu finden sei. Dabei hatte die Presse schon am 8.10.80

von der Verhaftung eines stellvertretenden Kommissars berichtet, der Zeynel Abidin zu Tode gefoltert hatte. Weitere Berichte zu diesem Vorfall waren am 17.10.80, 24.11.80 und 11.12.80 in der Presse erschienen. Es dauerte denn auch nicht sehr lange, bis dieser „gründliche“ Bericht zumindestens an diesem Punkt korrigiert werden mußte. Am 30.1.1981 konnte die Presse dann melden, daß Zeynel Abidin nicht im Polizeipräsidentium Ceyhan umgebracht wurde, sondern im Polizeipräsidentium in Ankara.

Der Betrug dieses angeblich objektiven Berichtes geht aber noch weiter. Eine Person, die am 24.11.80 noch aufgeführt worden war, Rafet DEMIR, wird gar nicht mehr erwähnt. Desweiteren werden natürlich auch alle anderen Personen nicht erwähnt, die zuvor nicht in der Presse veröffentlicht wurden (hierbei sind die türkeiinformationen natürlich ausgeschlossen). Das Pressebüro der Gene-

wir den Autopsiebericht vom 3.11.1980 in voller Länge. Der zweite, kürzere Autopsiebericht bezieht sich auf Ekrem EKSI, der ebenfalls nicht in dem Untersuchungsbericht erwähnt wird.

Das barbarische Verhalten der „demokratieliebenden“ Diktatoren kommt in diesen Berichten doch sehr deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig wird auch klar, warum sie die Notwendigkeit verspüren, nachgewiesene Fälle ganz einfach zu verschweigen. Sie stehen als Drahtzieher hinter diesen Menschenrechtsverletzungen und haben von daher überhaupt kein Interesse an ihrer Aufklärung. Mehr noch, sie versuchen jeden Protest gegen die Folter zu kriminalisieren. Angefangen vom Kriegsverbrecherkommandanten in Istanbul über die deutsche Botschaft in Ankara, bis die türkische Botschaft in Bonn bis hin zum Nationalen Sicherheitsrat selbst hat in den letzten Wochen eine Diffamierungskampagne begonnen, mit der sie die Antifolterbewegung stoppen wollten. Demgegenüber bleibt es aber die Pflicht jedes aufrechten diese Geheil der Menschheit so lange zu erheben, bis die Schreie der Gefolterten endgültig verstummen.

FOLTER

Türkische Republik
Universität Istanbul
Medizinische Fakultät Cerrahpaşa
Gerichtsmedizinisches Institut

Istanbul, ohne Datum

Protokoll Nr.: 1410/2176

AUTOPSIEBERICHT

... Personalien wie Eintragung ins Einwohnerregister usw. unleserlich ... der am 1.10.1980 in das Musterkrankenhaus Haydarpaşa eingeliefert wurde, der verstorben ist und dessen Tod zweifelhaft erscheint, Sohn des Halil und der Fatma, Kerem EKŞİ, geb. 1956 wurde auf Beschluß der Staatsanwaltschaft mit der Nr. 1980/5051 Hz. am 15.10.1980 eingeliefert. Im Beisein des stellvertretenden Staatsanwalts Sermet Cangizalp wurde durch Dr. Kulusayin, Dr. Özkartal und Dr. Argöksel die Autopsie vorgenommen.

Das Ergebnis der Autopsie war, daß der Tod durch ein scharfes Thorax-trauma (Brustverletzung), Zerreißen der Lunge aufgrund von Rippenbrüchen, dadurch innere Blutungen und Pneumothorax (Ansammlung von Luft in einem Brustfellraum) eingetreten ist. Der Bestattung steht nichts im Weg. Ein ausführlicher Bericht erfolgt später. Es besteht keine Veranlassung zu einer weiteren Kontrolle. Die oben namentlich erwähnten vereidigten Sachverständigen unterschrieben gemeinschaftlich diesen Bericht und beschlossen die Mitteilung an das Gesundheitsamt.

stellvertr. Staatsanwalt
Sermet Cangizalp
Unterschrift

15.10.1980
Dr. R. Özdemir Kulusayin
Dienstgrad, Unterschrift

Dr. Erol Özkartal
Dienstgrad Unterschrift

Dr. Hatice Argöksel
Dienstgrad Unterschrift

Untersuchungsstaatsanwalt
İbrahim Etem Sezer
Ök:FB

Türkische Republik
Universität Istanbul
Medizinische Fakultät Cerrahpaşa
Gerichtsmedizinisches Institut

Istanbul, 3.11.1980

Protokoll Nr.: 1334/2057

AUTOPSIEBERICHT

Vor- und Nachname des Toten: ALI İNAN Alter: 17
Geschlecht: männlich
Einwohnerregister: Malatya, Doganşehir, Zentrum, Ciglik köyü, Haus 19
Bd. 7, S. 135

Anschrift: Istanbul, Fatih, Ali Naki Sokak 1
Todesdatum: 28.9.1980
Sterbeort: Musterkrankenhaus Haydarpaşa

Todesursache: Gehirnblutung unter der harten Hirnhaut (subdural) auf ein scharfes Kopftrauma (Verletzung) zurückzuführen.

Autopsie angefordert durch: Staatsanwaltschaft Üsküdar, Nr. 1980/4747
am 29.9.1980

Autopsie durchgeführt: Gerichtsmedizinischer Autopsiesaal
Datum: 30.9.1980

Ausführende: stellvertr. Staatsanwalt Orhan Soyman, Dr. Özdemir Kulusayin, Dr. Erol Özkartal, Dr. Hatice Argöksel, vereidigte Ärzte.

ÄUSSERE UNTERSUCHUNG:

Größe 1,56 m, ca. 14 - 15 Jahre alt, Gewicht 45 - 50 kg, untersetzter Wuchs, hellbraunes Haar, mit Augenbrauen, Bart und Schnäuzer flaumig, beschnitten, braunhäutig, männliche Leiche, bei der die Leichenstarre fast beendet, mit den üblichen Todesverfärbungen.

Außerlich an beiden Lippenvereinigungen, Abstand zwei cm, frische Ekchymosen (scharf begrenzte Blutergüsse) von 2,5 x 2,5 cm, am linken Halsansatz, Fläche von 0,5 cm abgeschürft, am linken Ellenbogen innen und am rechten Ellenbogen innen leichter Bluterguß wie Nadelverletzung, Fläche von 8 x 10 cm auf dem Vorderarm Ekchymose, auf dem rechten Bizeps unten leichte Ekchymose, Abschürfung, auf dem rechten Armgelenk außen Ekchymose von 5 x 6 cm, frisch, auf der äußeren rechten Hand frische Ekchymose von 6 x 4 cm, durch Inzision (Aufschneiden) beider Fäuste wurde nach Blutergüssen gesucht und tiefe, frische Ekchymosen gefunden. Am linken Ellenbogen außen eine alte verkrustete 3 mm Wunde, am linken Bizeps wurden zwei Nadelverletzungen mit äußerem Bluterguß entdeckt. Auf dem linken Handrücken wurde ein verbreitetes frisches Ekchymos, unter beiden Kniegelenken mittelgroße Blutergußflächen durch Inzision gefunden. Auf beiden Fußrücken gab es verbreitete Blutergüsse (frisch), und auf den Fußsohlen vorne von kleiner Ausbreitung Blutergußflächen. Wiederum auf dem linken Fuß, 1/4 zur oberen Seite hin ein frisches Ekchymos von 0,5 cm, Abschürfung. Beide Fußsohlen wurden inzisiert. Vorne wurde tiefe Ekchymose von 2 x 1 cm gefunden.

Obere linke Schulter hinten und linke Skapula (Schulterblatt) drei frische Abschürfungen. Im Lumbergebiet wurde eine Hautabschürfung von 0,5 cm gefunden. Auf dem Rücken wurden auf jeder Hemithorax (Brustseite) und beiden Gluteus und hinterem Abschnitt der Femur Inzisionen durchgeführt. Im mittleren Abschnitt der linken Gluteus wurde ein 6 x 7 cm großer Bluterguß entdeckt. Auf hinteren Gebieten des Saks wurden bei der Inzision Ekchymosen gefunden.

INNERE UNTERSUCHUNG

Der Schädel wurde geöffnet: Unter der Haut links und rechts frontal Ekchymosen von 5 x 6 und 3 x 4 cm, wiederum links temporal (Schläfe) frische Ekchymosenfelder von 6 x 5 cm, links parietal (Scheitelbein) Felder von 8 x 7 und 9 x 8 cm Größe. Die Schädeldecke wurde geöffnet. Rechte Stirnhöhle und Seite verbreitetes Blutergüß, das subdurale (hirnhäutige) Gehirnblutung zeigt. Die rechte Gehirnhälfte war nach links verschoben. Auf der linken Gehirnhälfte verbreitete Ödeme und auf der linken temporal (Schläfe), im hinteren Teil eine 3 x 4 cm große subdurale (Hirnhaut) Blutung.

In Hirnteilen auf der rechten Hirnhälfte direkt unter der Schädeldecke wurden vereinzelte Quetschungen gefunden. Die Knochen der Schädeldecke waren unversehrt. Brustöffnung: Beide Lungenflügel frei, geschwollen, schwer, auf Ausschnitten wurden viele Odem festgelegt. Das Herz war von normaler Größe, in Ausschnitten wurde nichts festgestellt.

Unterleibsöffnung: Im Magen waren in kleiner Menge Speisereste vorhanden, die Gedärme waren leer. In Leber und Nieren wurde Hyperemis (Erbrächen) gefunden.

Die Blutprobe wurde auf Alkohol, Betäubungsmittel, allgemeine Gifte von der chemischen Abteilung untersucht. Die Analyse der chemischen Abteilung vom 17.10.1980 mit der Nummer 2829/2057 ergab einen normalen Alkoholspiegel der Person von 6 mg%. Es ist in dem Bericht vermerkt, daß in den inneren Organen keine organischen oder anorganischen Gifte oder Betäubungsmittel gefunden wurden.

ERGEBNIS:

ALI İNAN' geb. 17.4.1963, Sohn von Bekir und Nuriye (weitere Personalien oben) ist am 28.9.1980 im Musterkrankenhaus von Haydarpaşa verstorben. Es wurde mitgeteilt, daß er im ersten und zweiten Revier der Sicherheitskräfte geschlagen wurde. Die Autopsie am 30.9.1980 im Autopsiesaal der Gerichtsmedizinischen Abteilung des Leichenschauhauses und der Analysebericht der chemischen Abteilung ergeben folgendes Bild:

1. Der Tod der Person trat durch eine subdurale (Hirnhaut) Gehirnblutung ein, die auf eine scharfe Kopfverletzung zurückzuführen ist. Die chemische Abteilung stellte fest, daß in Ausschnitten der inneren Organe und dem Blut der Person ein normaler Alkoholspiegel von 6 mg% bestand und daß sich dort kein toxisches (giftiges) Material befand.
2. An verschiedenen Stellen des Körpers der Person befanden sich traumatische Ekchymosen (Verletzungen, Blutergüsse).
3. Die im Schreiben der Kriegsverbrechenskommandantur vom 6.10.1980 mit der Nummer 1980/5365 erfragten Punkte sollen zu einer genaueren Untersuchung dem Gerichtsmedizinischen Institut vorgelegt werden.

Dr. Özdemir KULUSAYIN
Dienstgrad u. Unterschrift

Dr. Erol ÖZKARTAL
Dienstgrad u. Unterschrift

Dr. Hatice ARGÖKSEL
Unterschrift u. Dienstgrad

An die
Staatsanwaltschaft Üsküdar
3.11.1980

Dr. Metin SARAC
stellv. Vors. d. gerichtsm. Instituts

Untersuchungsstaatsanwalt
Sakir Ünsal ENSARI

İSTANBUL ÜNİVERSİTESİ
CERRAHPAŞA TIP FAKÜLTESİ
Adli Tıp Kurumu
Protokol No.: 1410/2176

OTOPSİ TUTANAĞI

Nispetiye
Adı: ALI İNAN
Doğum Tarihi: 17.4.1963
Doğum Yeri: Malatya
Yaş: 17
C. Sayılı Kanun 15 / 1410/2176
İstemiş olanlar: C. Sayılı Kanun 15 / 1410/2176
Tarafların Adları: Dr. Kulusayin, Dr. Özkartal, Dr. Argöksel
Kürt toraks travmasına bağlı, kaburga kırıkları sonucu akciğer zıtlığı nedeniyle iç kanama ile ölmüştür.

İleri geldiği, lehinde maddesi hakkında ve tabiiyle raporunun bilgilere verilmesi, ayrı ayrı yemeler yaptırılan ve yukarıda ismi geçen kişiler tarafından bildirilen olmaları, tetkiki mücep başkaca bir ellet gerektirmeyi edeceğinden, bu tutanağı her tarafına imza altına alınarak C. M. U. K. nın 152 nci maddesine göre durdurulmuş.
Belirliye Baş Hekimliği: İbrahim Etem Sezer

Istanbul C. S. Yrd.

Erol Özkartal

Dr. R. Özdemir Kulusayin

Dr. Erol Özkartal

Tahkikat Sayısı:

İbrahim Etem Sezer
Ök:FB

Ein „amnesty international“ — Bericht

ai

Die am meisten angewendeten Methoden der Folter sind:

Schlagen auf die Fußsohlen

Elektroschocks

Verbrennen mit Zigaretten

Heftige Schläge auf alle Teile des Körpers

Hineinstoßen des Polizeiknüppels in den After oder in die Vagina.

Amnesty Internationals Hauptsorge in Bezug auf die Türkei gilt der Inhaftierung von Gewissensgefangenen, grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung von Gefangenen und der Anwendung der Todesstrafe. Das Hauptthema des vorliegenden Berichts ist die Folter an politischen Gefangenen, aber die beiden folgenden Paragraphen fassen die übrigen Anliegen von amnesty international zusammen.

Die Zahl der Gewissensgefangenen in der Türkei ist zur Zeit nicht bekannt, aber abgesehen von denen, die gegenwärtig im Gefängnis sind, hat ai Informationen über Hunderte von Fällen von Personen, die beschuldigt werden, wegen Verstoßes gegen Artikel 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die im Fall ihrer Inhaftierung als Gewissensgefangene angesehen würden. Sie sind entweder gegenwärtig frei und erwarten ihren Prozeß, oder ihre Prozesse laufen bereits.

Artikel 141 behandelt die Mitgliedschaft in illegalen Organisationen, definiert als solche, die "es zum Ziel haben, die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere soziale Klassen zu errichten oder die Vernichtung einer bestimmten sozialen Klasse oder den Umsturz der Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung des Landes anstreben."

Für Mitgliedschaft können Urteile von acht bis fünfzehn Jahren ausgesprochen werden; die Organisation und Leitung einer solchen Vereinigung kann mit dem Tode bestraft werden.

Artikel 142 besagt folgendes: "Wer Propaganda treibt mit der Absicht, die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere zu errichten, irgendeine soziale Klasse zu vernichten, die Grundlagen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung des Landes oder das politische und gesetzliche System des Staates umzustürzen, wird mit verschärfter Haft von fünf bis zehn Jahren bestraft."

Journalisten, Publizisten, Schriftsteller, Übersetzer, Akademiker und jeder, der irgendetwas zu tun hat mit der Verbreitung von Material von dem die Behörden annehmen, daß es linksorientiert sei, müssen damit rechnen, aufgrund dieses Artikels inhaftiert zu werden. Gewaltlose kurdische Aktivisten und solche, die die Kurden öffentlich erwähnen, werden ebenfalls aufgrund von Artikel 141 und 142 angeklagt. Professor ISMAEL BESIKCI, ein bekannter Schriftsteller und Soziologe verbüßt zur Zeit eine dreijährige Gefängnisstrafe, weil er in seinem Buch "Thesen zur türkischen Geschichte: die Theorie der Sonnensprache" die Kurden erwähnt hat.

Seit 1972, als drei politische Aktivisten gehängt wurden, hatten in der Türkei keine Hinrichtungen stattgefunden. Zur Zeit sind 13 Personen zum Tode verurteilt; zehn für gewaltsame politische Vergehen und drei wegen krimineller Vergehen.

Im April 1977 veröffentlichte ai eine Kurzbroschüre über die Türkei, die sich mit Foltervorwürfen in der Zeit seit dem Militärputsch vom 12.

Marz 1977 bis zum Beginn des Jahres 1977 befaßte. 1977 und 1978 erhielt ai nur wenige Foltervorwürfe, aber in der 2. Hälfte des Jahres 1979 nahmen die Foltervorwürfe zu und bis Mai 1980 wurden sie so häufig, daß beschlossen wurde, eine Untersuchungskommission in die Türkei zu schicken, um weitere Informationen zu sammeln und zu versuchen, Ausmaß und Schwere der Folter festzustellen. Die Delegation berichtete nach ihrer Rückkehr, daß die Folter weit verbreitet sei und systematisch angewandt werde.

Die Zunahme der Folter kann in direkter Beziehung gesehen werden zu der Zunahme der Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, die ihrerseits bedingt ist durch das große Ausmaß an politischer Gewalt in der Türkei in den letzten Jahren. Politische Morde von rechts- und links-extremen Gruppen begannen 1975 und sind seitdem kontinuierlich angestiegen. Keine Regierung war in der Lage, die Gewalt zu kontrollieren und im Dezember 1978 wurde über 13 der 67 türkischen Provinzen das Kriegsrecht verhängt. Es wurde in Abständen erneuert und im Juli 1980 war es in 20 Provinzen in Kraft. Trotzdem und trotz der hohen Zahl von Verhaftungen (die Zeitung Cumhuriyet berichtete im April 1980, daß in den vier Monaten bis Anfang April 46.796 Personen aus politischen Gründen inhaftiert worden waren) stieg die Gewalt weiter an. Nach Statistiken, die von dem Info-Türk-Agentur Bulletin im Juni 1980 veröffentlicht wurden, gab es 337 politische Morde vom 16. Mai bis zum 15. Juni 1980, 1781 zwischen November 1979 und Juni 1980 und 3991 zwischen Januar 1976 und Juni 1980.

Es gibt keinen Zweifel, daß den türkischen Regierungsstellen die Foltervorwürfe bekannt sind, denn in der Türkei haben sie eine beachtliche Publizität erlangt. Cumhuriyet und Hürriyet, beides Zeitungen mit hoher Verbreitung, brachten Berichte über Folter und zwei linksorientierte Zeitungen, Demokrat und Aydinlik, haben regelmäßig Folterberichte veröffentlicht, manchmal begleitet von Fotografien und ärztlichen Berichten. Im Mai 1980 veröffentlichte Demokrat in mehreren Ausgaben Fotos von einem Gerät mit einer Überschrift, in der Ministerpräsident Süleyman DEMIREL gefragt wurde: "Was ist das, Herr Demirel?"

Nach Demokrat wurde es in einer staatseigenen Fabrik hergestellt und wird zur Elektroschock-Folter verwendet.

Ende April 1980 gab der stellvertretende Generalsekretär der republikanischen Volkspartei, ALTAN OYMAN, eine Pressekonferenz, bei der er zwei Jugendliche vorstellte, die in der Polizeistation Kayas in Ankara gefoltert wurden. Ebenfalls im April gaben die Istanbul Ärztevereinigung, die türkische Ärztevereinigung und die Vereinigung der Universitätsprofessoren eine gemeinsame Pressekonferenz, um die Folter an Dr. Dursun KIRBAS anzuklagen, dessen Aussage in diesem Dokument enthalten ist. Die Istanbul Rechtsanwaltskammer hat, ebenso wie andere Berufsvereinigungen, eine öffentliche Erklärung über die Folter abgegeben. Die rechte Partei der Nationalistischen Bewegung hat ebenfalls eine Untersuchung über die Folter gefordert und im April 1979 ein 400seitiges Buch veröffentlicht, in welchem sie Folter an ihren Mitgliedern und Anhängern während der Regierungszeit von Bülent ECEVIT dokumentiert.

Aus einem der 11 angefügten Folter-Berichte:

1. Sie stießen ein Gewehr in meinen Mund.
2. Sie schlugen und stießen mich andauernd an den verschiedensten Stellen meines Körpers.
3. Sie übergossen mich mit kaltem Wasser, wenn ich schweißgebadet war.
4. Sie verabreichten mir Elektroschocks.
5. Sie schlugen meine Kniescheiben und Fußgelenke, bis sie bluteten.
6. Sie schlugen meine Fußsohlen.
7. Sie brachen mir die Finger.
8. Sie hielten mich längere Zeit unter kaltem Wasser, dann setzten sie mich kaltem Luftzug aus.
9. Sie folterten mich dauernd psychisch.
10. Sie bedrohten meine Familie.

Nach all dem habe ich Sorge um meine Gesundheit und mein Überleben. Noch schmerzen all meine Knochen, mein rechtes Ohr ist geschädigt, und ich habe einen Gehörschaden.

Dr. Dursun KIRBAS, Mitglied der Istanbul Medical Association, Rotational/Assistance to the Bakirkoy Psychiatric Hospital.

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Türkei-Koordination
Nürnberg 9.1.1981

Amnesty International
Internationales Sekretariat
10 Southampton Street
London WC2E 7HF
England

Amnesty international ist zunehmend besorgt über Berichte aus der Türkei, daß

- Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung verhaftet werden

- in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen systematisch und in großem Ausmaß gefoltert wird

- zahlreiche Menschen nach ihrer Verhaftung verschwunden sind, ohne daß Angaben zu ihrem Schicksal gemacht wurden

- die Todesstrafe wieder angewandt wird.

Amnesty international hatte im Mai 1980, als in weiten Teilen der Türkei Kriegsrecht herrschte, eine Untersuchungskommission in die Türkei entsandt, die in ihrem Abschlußbericht feststellte, daß Folter in der Türkei "weitverbreitet ist und systematisch angewandt wird."

Nach dem Militärputsch vom 12. September wandte sich amnesty international mehrmals an den Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates, General Kenan Evren, mit der Bitte um Untersuchung der zurückliegenden Folterpraktiken und mit der Bitte um Nicht-Anwendung der Todesstrafe.

amnesty international sieht alle Anzeichen gegeben, daß die Folter weiterhin systematisch angewandt wird und dies im großem Ausmaß. Die letzten beiden Todesfälle auf Grund von Folterungen, die ai bekannt wurden sind ERCAN KOCA und BEHCET DINLERER.

ERCAN KOCA wurde am 13. Dezember 1980 verhaftet, als er ein Plakat aufhing, das gegen die Hinrichtung des Jugendlichen Erdal Eren protestierte. Zwei Tage später, am 15. Dezember starb Ercan Koca an den Folgen von "Atmungs- und Kreislaufversagen, die von einer Gehirnbildung herrühren."

BEHCET DINLERER starb am 21.12.1980 im Militärkrankenhaus in Ankara, ebenfalls an den Folgen der Folter. DINLERER wurde zusammen mit MEHMET ALI YASIN KETENOGU, BÜLENT FORTA und SELAHATTIN KARATAS verhaftet. Es liegen Berichte vor, wonach die vier letzteren ebenfalls gefoltert wurden und der Zustand von BÜLENT FORTA und SELAHATTIN KARATAS sehr ernst ist.

Vier Personen wurden inzwischen in der Türkei hingerichtet. SEYHAN SOYERGIN (22), MUSTAFA PEHLIVANOGLU (22), NECDET ADALI, und ERDAL EREN (18). Obwohl das Europäische Parlament, dem auch die Türkei angehört, am 21. November 1980 diejenigen seiner Mitgliedsstaaten aufgefodert hat, deren Rechtsprechung auch heute noch die Todesstrafe kennt, bis zu einer endgültigen gesetzlichen Abschaffung dieser Strafe von der Vollstreckung abzusehen, wurde ERDAL EREN dennoch am 13. Dezember im Zentralgefängnis in Ankara aufgehängt.

Die Todesstrafe und die Folter sind in jedem Fall und ausnahmslos eine Verletzung des Rechts auf Leben und des Rechts, keiner grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen zu werden. Es ist die Pflicht eines jeden, und gerade der verantwortlichen Politiker in Europa, darauf hinzuwirken, daß die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ein baldiges Ende haben werden.

20. November 1980

Türkei Spezial Aktion

1. Hintergrund

Vor dem Militärputsch in der Türkei am 12.9.1980 hatte ai eine Kampagne gegen die weitverbreitete und systematische Anwendung von Folter in diesem Land, die von der Organisation umfangreich dokumentiert wurde (siehe: Folter in der Türkei, Juli 1980, ai Index EUR 44/05/80).

Eine Mission von ai in die Türkei im Mai 1980 hatte ein beständiges Muster der Folter festgestellt, welches "Falaka" (Schläge auf die Fußsohlen), Elektroschocks, Verbrennen mit Zigaretten, Gewaltanwendung auf alle Körperteile und das Einführen von Schlagstöcken oder anderen Objekten in Anus oder Vagina beinhaltete.

Infolge des Regierungswechsels wurde die Kampagne abgesetzt, und am 17.9. schrieb ai an den neuen Staatspräsidenten, General Kenan EVREN, mit der Bitte um Untersuchung aller Foltervorwürfe, Verfolgung von Folterern und Entschädigung der Opfer. Außerdem appellierte ai an General EVREN, nach dem Putsch keine Hinrichtungen zu genehmigen und alle politischen Gefangenen freizulassen.

Seitdem hat ai alarmierende Berichte über die Fortsetzung von Menschenrechtsverletzungen erhalten. Der nationale Sicherheitsrat erklärte am 28. Oktober 1980, daß seit dem Putsch etwa 11.500 Menschen verhaftet worden seien. Von diesen wurden 746 verurteilt, die übrigen warten auf ihr Verfahren oder werden verhöört. Es wurden acht Todesfälle in Haft bekannt, was, wie ai befürchtet, ein Anzeichen dafür sein kann, daß die weitverbreitete und systematische Folter, die vor dem Putsch stattfand, fortgesetzt wird.

FOLTER

Der Sicherheitsapparat, der unter dem vorigen Regime existierte, und der als Werkzeug für die weitverbreitete Folterpraxis diente, scheint unverändert geblieben zu sein. Die Dauer, welche Festgenommene gefangengehalten werden dürfen, ohne angeklagt zu sein, wurde vor 15 Tagen in Gebieten mit Kriegsrecht vor dem Putsch für die ganze Türkei nach dem Putsch auf 30 Tage ausgedehnt. Im November wurde diese Dauer auf 90 Tage ausgedehnt. In Fällen, die ai bekannt gemacht wurden, wurde es Verhafteten während dieser Zeit nicht erlaubt, Kontakt mit ihrer Familie oder Anwälten aufzunehmen. In drei der acht bekannten Todesfälle in Haft war die offizielle Erklärung, die Gefangenen seien aus einem Fenster der Zentral-Polizeistation in Bursa gefallen. In einem dieser Fälle erhielten wir überzeugende Informationen, die stark nahelegen, daß das Opfer, Gewerkschaftsanwalt AHMET FEYZIOGLU, unter der Folter gestorben ist. Er wurde am 12. September, dem Tag des Putsches verhaftet und starb am 2. Oktober. Nach zuverlässigen Informationen wurde er die letzten vier Tage seines Lebens gefoltert, die letzten 18 Stunden ununterbrochen. Der Regierungsarzt, der die Autopsie ausstellte, sagte, daß der Körper Zeichen von "Falaka", Nieren- und Milzbeschädigungen, Elektroschocks an den Hoden und andere Zeichen von Gewaltanwendungen aufwies, jedoch keine Hinweise auf einen Sturz.

Fortsetzung nächste Seite

Kurzmeldungen

Wessen Politik macht Turgut Özal

Inflation an privaten Fluggesellschaften

Nachdem der türkische Staat seine Monopolstellung im Flugverkehr aufgegeben hat, haben sich 5 private Firmen gegründet, die nun der staatlichen "Turkish-Airlines" Konkurrenz machen. Einige von diesen Fluggesellschaften eroberten sich letztes Jahr ihren Marktplatz auf recht spektakuläre Weise, indem sie die Belegschaft der "Turkish-Airlines" durch die Demirel-Regierung zum Streik provozierten und während des Streiks die Kunden an sich rissen.

COCA-COLA erweitert sein Betriebskapital

Coca-Cola und 3 Pharmakafirmen im ausländischen Besitz wollen ihr Betriebskapital in beträchtlichem Maße erweitern. Bereits in den ersten 10 Monaten des Jahres 1980 hatte sich das Betriebskapital von 21 ausländischen Firmen um 5,58 Milliarden Lira erhöht.

Schiedskommission für Tarifangelegenheiten gebildet

Nachdem auch der erlaubten Gewerkschaftskonföderation TÜRK-İS es nicht gestattet wurde, irgendwelche Tarifabkommen zu schließen, d.h. jede Art von gewerkschaftlicher Tätigkeit untersagt wurde, mußte die Regierung daran gehen, eine Kommission zur Schlichtung von Tarifauseinandersetzungen zu bilden. Diese Kommission besteht aus 9 Personen, die sich wie folgt zusammensetzen. Vorsitzender: Vorsitzender eines Revisionsgerichts, Arbeitsamtspräsident, Staatliches Planungsbüro (1), Regierungsvertreter (2), Staatsbetriebe (1), Unternehmensverband (1) und die regierungstreue Gewerkschaft Türk-İs mit 2 Vertretern. An den Institutionen und Personen, die nun in dieser Schiedskommission (zuständig für die Tarife von über 3.000 Betrieben) zusammensitzen, kann man nun schon ablesen, wie sehr doch die Arbeiterinteressen berücksichtigt werden.

Somit stehen sieben Vertretern der Regierung und Unternehmen nur 2 Vertreter der Arbeiter gegenüber (und das noch aus dem regierungstreuen Lager). Die Personalien eines Regierungsvertreters sind dabei besonders bezeichnend. Der Vorsitzende des staatlichen sozialen Planungsinstitutes, Kazım ÖZKAY, ist ein entschiedener Anhänger der MHP, der schon unter Demirel das Planungsamt mit Faschisten durchsetzt hatte.

ZUM NEUJAHR ALLE HOFFNUNGEN WIEDER BEI DER LOTTERIE

Die Bewohner der Türkei haben eine Leidenschaft. Sie meinen das der Glücksgott zu Neujahr besonders großzügig sein wird. Deswegen versucht jeder in irgendeiner Form zu spielen. Wer sich dabei nicht in die großen Spielsalons begeben kann und auch nicht an einer heißen Pokerpartie teilnehmen kann, kauft sich wenigstens ein Los der staatlichen Lotterie. Auch im Jahre 1980 war wieder ein enormer Anstieg der Beteiligung zu verzeichnen, so daß die Ausschüttung erneut gesteigert werden konnte. Vor zwei Jahren waren es noch 525 Millionen Lira, dieses Mal werden 1 Milliarde 27 Millionen 700 Tausend Lira ausgeschüttet. Demgegenüber haben sich die Einnahmen von 1 Milliarde 864 Millionen vor zwei Jahren auf geschätzte 6 Milliarden Lira gesteigert.

An diesem Neujahr wird es also 12 neue oder "alte" Millionäre mehr in der Türkei gegeben haben, aber eine Gruppe ist bei diesem Glücksspiel ganz sicher leer ausgegangen. Das ist die Heerschar der Verkäufer von den Losen, die sich wochen- und monatelang für einen Hungerlohn die Haken auf den Straßen abgelaufen haben, um Kunden für Lose zu finden, die in der Regel nur als Viertellos gekauft werden können.

Oberste Schiedsstelle gegründet

Nach Streik- und Koalitionsrecht hat die Junta nun auch das Tarifrecht abgeschafft. Die auslaufenden Tarifverträge dürfen nicht mehr erneuert werden. Über Lohnhöhungen entscheidet eine 9-köpfige "Oberste Schiedsstelle", der 2 TÜRK-İS-Vertreter angehören sollen.

Keine Steuererleichterung für Arbeiter

Am 1.1.1981 trat das neue Steuer-gesetz in Kraft. Nach diesem Gesetz wurde ein Mindestbetrag von 61.200 Lira für steuerfrei erklärt, und auf die Restsumme vom Brutto-lohn wurden bis zu 40% Steuern angesetzt. Allerdings hält dieses Gesetz für die Arbeiter zwei Einschränkungen parat:

- a) das Gesetz tritt für sie erst nach Ablauf der laufenden Tarifverträge in Kraft.
- b) Selbst dann wird aber der Differenzbetrag, der nach neuem Gesetz hinzugekommen wäre, nicht ausbezahlt, sondern in einem Fonds eingetrennt. Über die Auszahlungsmodalitäten entscheidet dann die Regierung bis Ende 1982.

Turgut Özal, Vizepremier und Chefökonom von Juntas Gnaden, gilt allgemein als der geistige Vater des "Stabilisierungs"programms vom 24.1.1980.

Dieses vom IWF diktierte Programm ging davon aus, daß die Monopolbourgeoisie zu exportorientierter Produktion übergehen könnte, wenn man alle Klassen der Türkei zugunsten der Monopolbourgeoisie rigoros enteignen würde. Ein Jahr "Stabilisierungs"programm hat aber zu Genüge gezeigt, daß dies eine Fehlannahme war. Die türkische Monopolbourgeoisie war trotz kolossaler Enteignung nicht imstande, den Export und die Produktion zu steigern. Sie war der Konkurrenz auf dem Weltmarkt einfach nicht gewachsen.

Trotz dieser negativen Entwicklung sieht sich aber Özal nicht veranlaßt, seine Politik zu ändern. Er meint, die erwünschte Wirkung des "Stabilisierungs"programms würde sich erst nach einer langen Talfahrt, etwa nach 5 Jahren, einstellen. Bis dahin müsse man sich gedulden und die Gürtel enger schnallen.

Das ist aber ein Punkt, in dem die Konzerne ihm nicht mehr folgen können. Waren sie bisher wegen Disziplinierung der Arbeiter höchst erfreut über die monetaristische Wirtschaftspolitik, die Özal in Anlehnung an M.Friedmann durchführte, so sind sie heute höchst besorgt über die monetaristische Wirtschaftspolitik, die Özal in Anlehnung an M. Firedmann durchführte, so sind sie heute höchst besorgt über den Ausgang dieser Politik. Sakıp Sabancı, einer der mächtigsten Konzernherren der Türkei, brachte diese Besorgnis folgendermaßen zum Ausdruck: "Unsere Aufgabe ist es, die falschen Praktiken, die uns in die heutige mißliche Lage gebracht haben, klar zu erkennen und zu beheben... Allein monetaristische Mittel können keinen Erfolg bringen... Wie soll es überhaupt möglich sein, die ökonomische, soziale und politische Ruhe im Lande wieder herzustellen, wenn keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden und die Straßen von Arbeitsuchenden Jugendlichen überflutet sind, die jede Hoffnung auf eine Arbeit aufgegeben haben."

Was diesen Konzernherren zu solch einer außergewöhnlichen Erklärung zwingt, ist die Tatsache, daß alle entscheidenden Zeiger der wirtschaftlichen Entwicklung nach unten gerichtet sind und vor allem die Produktion Unheil drohend in allen wesentlichen Industriezweigen zurückgeht. Sabancı und seine Klassenossen begreifen instinktiv, daß die herrschenden Klassen zur Fortsetzung ihrer Machtstellung vor allen Dingen die Produktion steigern, d.h. die Produktivkräfte entwickeln müssen. Ihre Angst gilt der Tatsache, daß dies in der Türkei heute nicht mehr der Fall ist.



T. Özal läßt sich jedoch von dieser Tatsache nicht beeindrucken und sucht den Ausweg eher in demagogischen Äußerungen: "Um zu behaupten, das "Stabilisierungs"programm sei nicht erfolgreich gewesen, muß man entweder unwissend sein oder aber subversiv. Die Subversiven kennen wir; sie sind unverbesserlich." Was die Unwissenden betrifft, das sind alle opponierenden Kapitalistenverbände und bürgerlichen Wissenschaftler. Er aber, Özal, ist der einzige, der aus diesem Kreis der Unwissenden auszuschließen ist.

In den letzten Tagen und Monaten hat sich dieses "Dialog" zwischen führenden Kapitalisten und Wirtschaftswissenschaftlern auf der einen Seite und Özal auf der anderen Seite eher zu einer Tragikomik entwickelt, die in der Frage der Inflationsrate gipfelte. Während staatliche Institute die jährliche Inflationsrate auf 105-110 % veranschlagten und IWF sogar von 130 % ausgeht, treibt Özal die Kaltschnauzigkeit soweit, daß er gleich einen Kalender a la Özal erfindet und den Anfangsmonat des Jahres in April legt. Im Zeitraum vom April bis November stellt er dann eine Inflationsrate von 40 % fest und wertet dies als einen Erfolg seiner Wirtschaftspolitik.

Kürzlich gaben die Banken den "Gentlemenvertrag" in der Zinspolitik auf, und der Zinsfuß für Ersparnisse erhöhte sich schlagartig auf 50 %. Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler erklärten daraufhin fast einstimmig, daß dies die Inflation zum Galopp bringen würde und die Bankrotterklärungen unerhörte Maße annehmen würden. Der gutmütige Monetarist Özal meinte aber dazu, die Inflation würde nicht galoppieren, die Wirtschaft würde nur geschrumpfen. Diejenigen, die mit dem Gelde spekulierten und unnötig Kredite vergebeten, würden

im Konkurrenzkampf erliegen. Diese Aussagen von Özal machen überaus deutlich, was die türkische Wirtschaft in Zukunft zu erwarten hat. Die "Gesundenschumpfungspolitik" wird die kleineren Kapitalisten derart niederwalzen, daß sich zum Schluß nur noch die Systemfrage stellen wird.

An dieser Stelle könnte die Frage gutstehen, warum eigentlich der IWF der Türkei dieses mörderische Rezept verschreibt, obwohl es klar auf der Hand liegt, daß dies die Türkei ganz sicher ins Grab bringen wird. Auf diese Frage kann man aus der Eigen-dynamik der Türkei heraus keine vernünftige Antwort geben. Die Antwort ist viel mehr in den global strategischen Optionen des Imperialismus zu suchen. Diese Optionen bewirken es, daß sich der Imperialismus sogar zeitweilig über die Interessen der einheimischen Monopolbourgeoisie hinwegsetzt und dann im nationalen Maßstab solche "tragikomische Auseinandersetzungen" entstehen wie im Fall der Türkei.

Man kann daraus ersehen, daß Özal nicht einmal die Politik der türkischen Monopolbourgeoisie macht, sondern unmittelbar die Politik des Imperialismus in der Türkei. Auf seine Beziehungen zum IWF und zum Monetarismus hin gefragt antwortet er zwar volkstümlich: "Jeder Kämpfe hat seine Art, Joghurt zu essen.", aber man kann davon überzeugt sein, daß er die Politik des IWF buchstabengetreu durchführt. In diesem Sinne wird er, genauso wie er Demirel abgenutzt hat, in Zukunft auch Evren in die Rumpelkammer stellen. Unsere Einschätzung ist, daß Özal als politische Hülle zu seiner direkt vom Imperialismus diktierten Wirtschaftspolitik in Zukunft nur noch Männer vom Format des Bürgerkriegsgenerals Ali Elverdi brauchen wird, der die "liberalen Generäle" als faule Eier bezeichnet hatte und Kommunisten mit Phantomjägern ausradieren wollte.

...ai

Die anderen Männer, die nach Berichten seit dem 12. September in Haft gestorben sind, sind: RIFAT DEMİR, ZEYNEL ABIDIN CEYLAN, HASAN ASKER OZMEN, SAADETTIN GÜVEN, AHMET KARLANGAC, BEKİR BAG und İLHAN ERDOST. Der letztere starb am 7. November 1980, dem Tag seiner Festnahme, nachdem er von Soldaten im Militärgefängnis Mamak in Ankara mit Gewehr-kolben geschlagen wurde. Die Männer, die für den Tod von Herrn ERDOST verantwortlich gemacht wurden, wurden angeklagt, und es wurde berichtet, daß Po-lizeioffiziere aufgrund von zwei anderen Todesfällen angeklagt wurden. Amnesty International erhielt Berichte aus der Türkei, die be-

gen, daß AHMET KARLANGAC und SAADETTIN GÜVEN zu Tode gefoltert wurden, und daß ihre Körper eindeutige Folterspuren aufwiesen. Die offizielle Todesursache war in beiden Fällen Selbstmord.

TODESSTRAFE

Dreizehn Artikel des geänderten Türkischen Strafbuches von 1926 sehen zwingend die Todesstrafe vor für Verbrechen gegen den Staat, die Regierung oder die Verfassung. Außerdem ist in Artikel 450 des Strafbuches die Todesstrafe für Mord vorgesehen. Todesurteile, die vom Berufungsgericht aufrechterhalten werden, sind der Ratifizierung durch das Parlament unterworfen und müssen dann vom Präsidenten bestätigt werden, der das Urteil nur aufgrund des Alters oder des Gesundheitszustandes des Angeklagten umwandeln darf. Die Hinrichtung erfolgt durch Hängen.

Zur Zeit des Putsches am 12. September waren 34 Gefangene bekannt, die zum Tode verurteilt waren. Unter ihnen waren 22 Personen, die als rechte sunnitische Extremisten bezeichnet wurden, die am 8. August 1980 von einem Militärgericht in Adana zum Tode verurteilt wurden, da sie der Teilnahme an sektiererischen und politischen Unruhen in der südlichen Stadt Kahramanmaraş im Dezember 1978 überführt worden waren.

Seit dem Putsch wurden mindestens sieben weitere Gefangene zum Tode verurteilt (einschließlich drei rechte Terroristen, berichtet von Reuter/İPİ, Daily Telegraph, 13.11.1980). Unter ihnen war SEYHAN SOYER-GE-ZIN, 22 Jahre alt, als linker Terrorist bezeichnet, der von einem Militärgericht in Adana am 19. September zum Tode verurteilt wurde wegen des Mordes an einem Arbeiter einer anderen linken Fraktion; und KADRI TANDOGAN und AHMET

SANER, Mitglieder der verbotenen Marxistisch-Leninistischen bewaffneten Propaganda Union, die von einem Militärgericht in Istanbul am 13. Oktober zum Tode verurteilt wurden wegen der Ermordung von einem amerikanischen Berater und seinem türkischen Fahrer im April 1980.

Drei Menschen wurden seit dem Putsch hingerichtet. MUSTAFA PEHLİVAOĞLU, 22 Jahre alt und Mitglied der "Idealisten", einer militanten rechten Gruppe, und NECEDİT ADALI, Mitglied von "Kurtulus", einer militanten linken Gruppe, wurden am Morgen des 8. Oktober im Zentralgefängnis von Ankara gehängt. Beiden wurden politische Morde nachgewiesen. SERDAR SOYERGIN (oben beschrieben) wurde am 26. Oktober in Adana gehängt.

Die drei Hinrichtungen, die ersten in der Türkei seit 1972, wurden in

Zusammenhang gebracht mit der Zielsetzung der Militärdiktatur, den politischen Terrorismus zu unterdrücken, und es ist zu befürchten, daß bald weitere Todesurteile vollstreckt werden könnten. In den letzten Jahren wurden keine Todesurteile vom Parlament bestätigt, aber seit dem Putsch ist das Parlament aufgelöst und der Nationale Sicherheitsrat unter Leitung von General Evren hat die Aufgaben von Legislative und Exekutive übernommen. Die drei Hinrichtungen wurden nahezu sofort nach der Bestätigung der Todesurteile durch den Sicherheitsrat ausgeführt.

Die Todesurteile von İSA ARMA-GAN, 24 Jahre alt und Mitglied der "Idealisten", und KEMAL ERGIN, Mitglied von "Kurtulus", wurden ebenfalls vom Nationalen Sicherheitsrat bestätigt, aber die beiden Häftlinge, denen politische Morde vorgeworfen wurden, sind geflohen.

Nun erscheint die "türkei-informations" schon mit der Nummer 7 und jedes Mal mit dem Symbol und Namen einer türkischen Organisation: **DEVYOL**. Bislang haben wir es jedoch nicht als vorrangige Aufgabe der Zeitschrift betrachtet, gerade diese Organisation einer deutschen Öffentlichkeit in allen Einzelheiten näherzubringen. Im Vordergrund stand jeweils die Information über die konkreten Ereignisse in der Türkei. Lediglich in den kommentierenden Teilen wurde die Einschätzung der aktuellen Lage aus dem Blickwinkel von DEV-Yol deutlich.

Jetzt sind aber aufgrund der jüngsten Ereignisse Fragen aufgetaucht, die es notwendig machen, diese Organisation sowie ihr Verhältnis zu deutschen Gruppen (der westdeutschen Linken) explizit darzulegen. Die Notwendigkeit einer - wenn auch verkürzten - Selbstdarstellung ergibt sich zum einen aufgrund der von den neuen Herrschern der Türkei verübten vorgetragenen Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne gegen DEV-YOL. Die Kampagne wird in der Bundesrepublik durch die Türkische Botschaft, Boulevardpresse und andere Medien fortgeführt. Die andere Seite betrifft die Fragen von vielen deutschen Demokraten, die mit uns, bzw. mit denen wir zusammengearbeitet haben. Hier müssen wir die Frage beantworten, unter welchen Aspekten eine längerfristige Zusammenarbeit möglich ist.

Wir werden hier keine ausführliche Argumentation über Verständnis von Bündnispolitik und Internationalismus führen können. Die aufgeworfenen Fragen können aber auch nicht unbeantwortet gelassen werden. Ein ansatzweise Selbstdarstellung ist außerdem deshalb von Wichtigkeit, weil nur ein offenes Bekenntnis zu den als richtig erkannten Positionen eine Orientierung von Freund und Feind ermöglicht. Auf keinen Fall werden wir es den blutrünstigen Militäristen in der Türkei gestatten, uns als Einzige in der westdeutschen Öffentlichkeit zu charakterisieren, was in jedem Fall ein Abdrängen in die kriminelle Ecke bedeuten würde.

1. DEVYOL IN DER TÜRKIE

Eine ausführliche Darstellung der Positionen von Devrimci Yol findet sich in der Broschüre "Die sozialistische Bewegung in der Türkei". Hier dürfte es ausreichen, einige prinzipielle Aussagen zur Bedeutung dieser Organisation in der Türkei zu machen. Devrimci Yol ist bemüht, einen von den sozialistischen Großmächten unabhängigen, undogmatischen Weg zur demokratischen Volksherrschaft zu beschreiben. Auf diesem Wege stand und steht sie im Widerspruch zum herrschenden System; erhielt aber auch vehemente Kritik aus den Reihen anderer linker Organisationen, die auf mehr oder weniger vorgeprägten Wegen zum Ziel des Sozialismus gelangen wollen. Das Ziel einer demokratischen Volksherrschaft wird durch DEV-YOL in allen gesellschaftlichen Bereichen versucht anzustreben. Dazu gehören ökonomische, soziale, kulturelle wie auch allgemein als demokratisch einzustufende Bereiche. Innerhalb der Auseinandersetzungen in der Türkei ist die Organisation nicht bei einer Organisation der Studenten stehengeblieben und hat auch die Hochschulpolitik nicht als ihr zentrales Anliegen (obwohl sie auch in diesem Bereich tätig ist). Die Politik von DEV-YOL in Richtung auf Selbstverwaltung wurde in Stadtteilkomitees, sowohl als auch in Betriebsgruppen verfolgt. Hierbei ist DEV-YOL bis zu Einflüssen in Gewerkschaften und Berufsverbänden vorgedrungen, die als systemverändernde Kräfte in der Türkei nun einer besonders scharfen Verfolgung ausgesetzt sind.

Seit der Einführung des Kriegsrechts Ende '78 in mehreren Provinzen der Türkei ist die Organisation in diesen Gebieten und ist nun in der gesamten Türkei einer besonders brutalen Verfolgung unterworfen, da man von den Anhängern von DEV-YOL einen

verstärkten Widerstand gegen repressive Maßnahmen der neuen Führung erwartet. Ihre Mitglieder und vermeintliche Sympathisanten werden in die Kerker geworfen, gefoltert oder aber direkt als Terroristen schon vor der Verhaftung erschossen. Trotzdem ist der Widerstandswillen ungebrochen. Derzeit müssen die Menschen in der Türkei mit ständigen Lohnentzug und einer galoppierenden Inflation unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Leben fristen. Ihnen sind die elementarsten Grundrechte, wie Organisations-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheiten genommen. Die Durchsetzung von demokratischen Forderungen hat sich dadurch zwar erschwert, DEV-YOL ist aber entschlossen, auch unter diesen Bedingungen alles nur menschenmögliche für Freiheit und Demokratie in der Türkei zu tun.

Schon vor den brutalen Angriffen der Diktatoren von heute war dieses entschiedene Auftreten Grund genug für die faschistischen Kräfte, gezielt ihre Opfer in diesen Kreisen zu suchen. Darüber hinaus griffen sie aber häufig die ganze Bevölkerung an. Mitglieder von DEV-YOL haben sich dabei immer für eine aktive Verteidigung eingesetzt, d.h. sie konnten sich nicht damit abfinden, daß die Mordkommandos die Bewohner von ganzen Stadtteilen abschlachten. Während das Massaker von Kahramanmaraş im Dezember 1978 noch das Leben von weit mehr als hundert Menschen kostete, verhinderte der Barrikadenkampf von Corum im Mai/Juni 1980 ein erneutes Massaker. Zur gleichen Zeit wurde aber auch die Bevölkerung einer Stadt wie *Fatsa* angegriffen (und zwar mit starker militärischer Unterstützung), weil sich hier nach demokratischer Wähler Selbstverwaltungsprinzipien in den Stadtteilkomitees durchgesetzt hatten, mit denen alle sozialen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Probleme in der neuen Kollektivität gelöst wurden.

Der unerschrockene Einsatz für die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Bevölkerung ist die Stärke der Organisation, die viel weiter reicht als der Einfluß einer kleinen radikalen Gruppe von intellektuellen Linken. Aus diesem Grunde wird auch der Vorwurf, eine terroristische, kriminelle Vereinigung zu sein, nicht verfangen. DEV-YOL repräsentiert in der Türkei die unabhängige Linke, ein Teil der Befreiungsbewegung, der es um Unabhängigkeit von den ausländischen Mächten für eine Selbstbestimmung der Völker, der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen geht.

2. DEVYOL IN WESTDEUTSCHLAND

Selbstverständlich vertreten die Anhänger von DEV-YOL, die sich zum Arbeiten, zum Studium, aber auch als Verfolgte des türkischen Regimes in der Bundesrepublik aufhalten, keine grundsätzlich anderen Positionen von der Organisation in der Türkei. Die gemeinsamen Ansichten, die diese Emigranten verbinden, machen sie aber nicht einfach zur Auslandssektion oder zum verlängerten Arm der "Mutterpartei". Neben der Verbundenheit zum Heimatland finden die Arbeiter und Studenten aus der Türkei aber auch veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik vor, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Die besondere Ausbeutung und Diskriminierung der Gastarbeiter führt zwangsläufig zu einem Kampf um Gleichberechtigung. In dieser Hinsicht betrachten sich die Anhänger von DEV-YOL auch als Interessenvertretung der Arbeitsemigranten.

DEVYOL

Eine linke Organisation aus der Türkei in Westdeutschland

Bei der alltäglichen politischen Arbeit spielen demnach zwei wesentliche Komponenten eine Hauptrolle. DEV-YOL ist einmal Vertreter einer Befreiungsbewegung in der Türkei, zugleich aber auch Organisator der Bestrebungen um Gleichberechtigung insbesondere der Arbeiter aus der Türkei. Hierbei geht es nicht einfach um Integration (=Verschmelzung) in die deutsche Gesellschaft, Assimilation vermeint das Recht auf nationale Eigenarten, das wir neben der Gleichberechtigung als Minderheit beanspruchen.

Dies ist wohl einer der wesentlichen Unterschiede zu anderen politischen Organisationen aus der Türkei, die sich je nach eigener Ausrichtung eine "Brüderpartei" gesucht haben, mit der sie ihr gesamtes politisches Programm Arm in Arm durchführen. Die Bündnispolitik der Türkei-Sektionen richtet sich in einem solchen Fall schlicht an der Bündnispolitik des deutschen "Bruders" aus, der seine Entscheidungen selbstverständlich aufgrund der politischen Verhältnisse in der BRD trifft.



„Gastarbeiterpolitik“, oder wie es im Sozialpädagogendeutsch bezeichnet wird, Ausländerarbeit hört für uns aber nicht bei den Problemen in Westdeutschland auf. Wir kommen aus der Türkei, und selbst wenn wir in absehbarer Zeit nicht dorthin zurückkehren, so sind wir doch ein Teil dieses Landes und daher auch unmittelbar mit seinem Schicksal verbunden. Wer immer sich um die Probleme der Menschen aus der Türkei kümmert, hat sich auch um die Probleme dieses Landes zu sorgen.

In gleichem Maße wie dieser politische Anspruch zwei Aspekte umfaßt, richtet er sich auch an zwei zum Teil sehr verschiedenen Bevölkerungsschichten. Die Basis für diese Arbeit ist einmal in der türkischen Öffentlichkeit, zum anderen in deutschen (=nicht türkischen) Unterstürzern zu suchen. Innerhalb des letztgenannten Personenkreises existieren eine ganze Reihe von Initiativgruppen zur Ausländerarbeit bis hin zur antifaschistischen Arbeit gegen die "Grauen Wölfe". Darüber hinaus betätigt sich jede politische Organisation (bis hin zu den Bundestagsparteien und Gewerkschaften) im Rahmen ihres Internationalismus in dieser oder jener Form in der Ausländerarbeit. Diese Kreise sind innerhalb unserer Schwerpunktsetzung in erster Linie als Ansprechpartner anzusehen.

3. DEVYOL UND WESTDEUTSCHE GRUPPEN

Wie schon gesagt, sind die Probleme der Arbeiter und Studenten aus der Türkei unser besonderes Anliegen. Aufbau einer Türkei-Solidarität ist dabei ebenso wichtig wie die Gleichbehandlung bei der Zahlung des Kindergeldes oder aber die Erhaltung des Wahlrechts für Arbeitsemigranten. Bei der Verfolgung dieser Ziele stützen wir uns auf keine besondere Gruppierung der westdeutschen Linken, obwohl es sicher Organisationen gibt, die aufgrund ihres politischen Programms uns näher sind als andere. Wir streben eine Zusammenarbeit mit allen Personen, Institutionen und Gruppierungen an, die sich für die Interessen der "Gastarbeiter" einsetzen.

Aktionsbündnisse heranzutreten. Mehr noch, sie meinen uns vor einer Zusammenarbeit mit Klassenverrätern wie der SPD warnen zu müssen. Sie glauben, wir würden durch die gemeinsame Arbeit die Rolle der sozial-liberalen Bundesregierung bei der Stabilisierung der Militärjunta und den Unterdrückungsorganen in der Türkei unkritisch hinnehmen.

Demgegenüber ist zu sagen, daß die Richtigkeit dieser Behauptung vorausgesetzt - es nicht unsere Aufgabe, sondern die der Streikkomitees gewesen wäre, solche "schädliche" Einflüsse aus der Solidaritätsbewegung herauszuhalten. Wir meinen darüber hinaus aber, daß diese Haltung einen grundsätzlichen Fehler beinhaltet. Die Forderungen der Hungerstreikenden waren gezielt auch an die Bundesregierung gerichtet, die besonders durch eine Kritik aus den eigenen Reihen zum Einlenken gezwungen werden konnte. Uns ist klar, daß wir weder Helmut Schmidt noch andere federführende Vertreter der Regierung zu ständigen Bündnispartnern gewinnen können. Die Unterstützung der Angehörigen der Partei hat aber grundsätzlich anderen Stellenwert, da mit ihr eine innerparteiliche Opposition gegen die offizielle Regierungspolitik aufgebaut werden kann. An diesem Punkt halten wir es für unmöglich, solche Menschen für eine Unterstützung gewinnen zu wollen, sie aber gleichzeitig wegen irgendwelchen Eigenschaften, hier ihrer Parteizugehörigkeit wegen, zu beschimpfen.

Für uns ist der Kampf gegen die Militärdiktatur in der Türkei nicht identisch mit dem Kampf gegen die SPD. Die Rolle dieser SPD bei der Stabilisierung des diktatorischen Regimes in der Türkei ist uns sehr klar. Diese Aufgabe ist innerhalb der Nahostpolitik der Westmächte der Bundesregierung aufgetragen worden. Aus diesem Grunde hegen wir auch nicht die Illusion, diese Haltung verändern zu können. Unsere erste Aufgabe ist der Aufbau einer Solidaritätsbewegung gegen die Militärjunta. In diesem Zusammenhang beziehen wir auch eindeutig gegen die menschenfeindlichen Machenschaften der SPD-Regierung Stellung. Wir denken aber, daß man nicht ständig mit abgegriffenen Parolen zu Felde ziehen kann und dabei die Türkeipolitik der Bundesregierung nur als neue Argumentationsmunition benutzt.

Wenn uns Mitglieder der SPD gegen die Militärjunta in der Türkei unterstützen, so wird hiermit eine Basis gewonnen, die mithilft, die Rolle der SPD-Führung bei diesen reaktionären Bestrebungen offenzulegen.

Wir sind uns bewußt, daß wir mit diesen Ausführungen keine letztgültigen Antworten auf alle Fragen gefunden haben. Wir hoffen aber, daß hierdurch ein Diskussionsprozeß in Gang gesetzt wird, an dessen Ende eine erstarkte Solidaritätsbewegung steht, die sich nicht nur in endlosen, ideologischen Diskussionen um das Wohl der Menschheit verliert, sondern diese Aufgabe ganz konkret anpackt.



Da all diese Fragen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei aufgetaucht sind, wollen wir das Gesagte an diesem Beispiel noch einmal verdeutlichen. Diese Aktion wurde von breiten Teilen einer demokratisch eingestellten Öffentlichkeit zum Erfolg geführt. Entscheidend war dabei, daß nicht nur das Spektrum der organisierten westdeutschen Linken angesprochen war. Das Engagement von insbesondere Christen, Humanisten, Sozialdemokraten, Liberalen bis hin zu Sozialisten und Kommunisten nur konnte den notwendigen öffentlichen Druck zur Durchsetzung der Forderungen erzeugen.

Da auch wir aktiv in den Streikkomitees mitgearbeitet haben, sind Vertreter der verschiedenen Organisationen an uns (und nicht die Streikkomitees) mit der Frage eines